



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF August 2008



Monatsbericht des BMF August 2008

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008	28
Termine, Publikationen	30
Analysen und Berichte	33
Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2008	35
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2008	47
Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige	51
Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2005 bis 2007	61
Ergebnisse des G8-Gipfels in Toyako	67
Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU in Potsdam	73
Statistiken und Dokumentationen	83
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	86
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	110
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

jeder von uns wird in den kommenden Monaten seine persönliche steuerliche Identifikationsnummer erhalten. Notwendig dafür ist eine der größten Versandaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Weit über 80 Millionen Briefe mit einem Gesamtgewicht von über 1 000 Tonnen müssen verschickt werden. Doch dieser Aufwand lohnt sich. Die Zusammenführung der verschiedenen Nummernsysteme für Einkommensteuer, Kindergeld und Zulagen zu einer einzigen Identifikationsnummer, die sich anders als bisher auch nach Wohnorts- oder Arbeitsplatzwechsel nicht mehr ändert, macht die Steuerverwaltung insgesamt effizienter und moderner. Sie erleichtert das Angebot bisher papiergebundener Besteuerungsverfahren in elektronischer Form, und Finanzbehörden können künftig steuerlich relevante Informationen bundesweit einfach und präzise einem Steuerfall zuordnen. Das vermeidet Verwechslungen und erleichtert die Missbrauchsbekämpfung. Dabei ist der Datenschutz gewährleistet, denn alle Bürger erhalten genaue Informationen darüber, welche Daten zusammen mit ihrer Identifikationsnummer gespeichert sind. Der Gebrauch unterliegt einer strengen Zweckbindung, die sich ausschließlich auf die Finanzverwaltung beschränkt.

Ein Blick in die Steuerstrafsachenstatistik der Jahre 2005 bis 2007 zeigt, wie notwendig eine effektive Missbrauchsbekämpfung ist, um Steuergerechtigkeit und stabile Staatseinnahmen zu sichern: Allein im Jahr 2007 wurden 1,6 Mrd. € infolge des Einsatzes der Steuerfahndung als Nachzahlung festgesetzt. Damit leisten die Steuerfahndungsdienste der Länder einen erheblichen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens, zumal ihre Präsenz und ihr Erfolg auf potentielle Steuerhinterzieher abschreckend wir-

ken. Steuerhinterziehung ist eben kein Kavaliersdelikt, sondern ein – strafbarer – Betrug an allen ehrlichen Bürgerinnen und Bürgern.

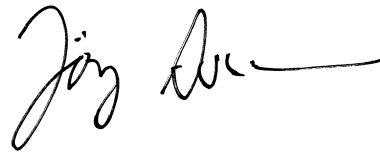
Die Bundesregierung verbindet in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik die notwendige Haushaltskonsolidierung mit wichtigen Investitionen in Bildung und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist die richtige Strategie, um Wachstum und Beschäftigung angesichts zunehmend globalisierter Märkte und des demographischen Wandels zu sichern. Deshalb zeichnet sich auch der laufende Bundeshaushalt 2008 durch beide Elemente aus: Eine Rückführung der Nettokreditaufnahme und wichtige Wachstumsimpulse. Diese Politik wird die Bundesregierung fortsetzen – mit dem klaren Ziel, ab 2011 einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

Die Tragfähigkeit und Qualität der öffentlichen Haushalte waren auch Themen der informellen Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) der Europäischen Union Ende Juni in Potsdam. Bei der Tagung standen zusätzlich finanzpolitische Fragen der Energie- und Klimapolitik im Fokus. Der WPA unterstützt den Rat der 27 Finanzminister der Europäischen Union in der Analyse wichtiger Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Ziel ist, die strategische Ausrichtung des Rates zu stärken und die finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in Europa zu verbessern.



Vom 7. bis 9. Juli 2008 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten unter japanischer Präsidentschaft zu ihrer jährlichen Tagung in Toyako auf der japanischen Insel Hokkaido. Sie diskutierten die Entwicklung der Weltwirtschaft, Lösungsansätze zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Stärkung der Entwicklung in Afrika sowie aktuelle außen- und sicherheitspolitische Fragen. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Nahrungsmittelpreise enthielt eine gesonderte Gipfelerklärung Zusagen zu kurzfristigen Finanzhilfen für besonders betroffene

arme Länder und Eckpunkte für eine Strategie zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg Asmussen', with a long horizontal stroke extending to the right.

Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008	28
Termine, Publikationen	30

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Juli mit 176,4 Mrd. € um 8,3 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 5,0 %). Der Ausgabenanstieg geht, wie auch in den Vormonaten, in erster

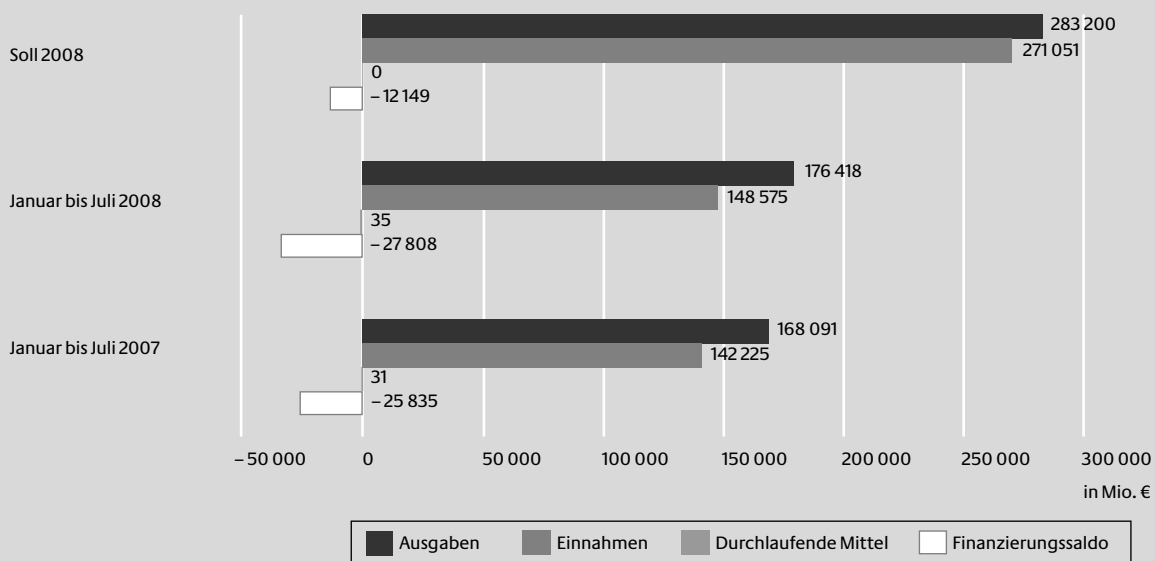
Linie auf die Ende 2007 wieder aufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse, die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum höheren Zinszahlungen und den

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Juli 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	176,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	5,0
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	148,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	4,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	130,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	4,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 27,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 36,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	8,6

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



deutlichen Zuwachs (1,1 Mrd. €) beim Erziehungs-/Elterngeld zurück. Ein weiterer Grund für den Anstieg ist die im Juli erfolgte Darlehensauszahlung in Höhe von 1,2 Mrd. € an die KfW im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Kapi-

talmaßnahme zugunsten der IKB Deutsche Industriebank AG.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 148,6 Mrd. € um 6,4 Mrd. € (+ 4,5 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Ver-

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	49 353	50 045	28 893	16,4	28 176	16,8	2,5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	3 486	2,0	3 123	1,9	11,6
Verteidigung	28 540	29 299	17 277	9,8	15 925	9,5	8,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	3 272	1,9	4 557	2,7	- 28,2
Finanzverwaltung	3 093	3 471	1 711	1,0	1 696	1,0	0,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 837	13 758	6 832	3,9	6 748	4,0	1,2
BAföG	1 092	1 297	756	0,4	729	0,4	3,7
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	3 364	1,9	3 381	2,0	- 0,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	139 751	140 322	87 609	49,7	85 818	51,1	2,1
Sozialversicherung	75 520	75 664	49 267	27,9	49 289	29,3	0,0
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	4 424	2,5	3 773	2,2	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	20 077	11,4	21 014	12,5	- 4,5
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	12 993	7,4	13 702	8,2	- 5,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	2 293	1,3	2 546	1,5	- 9,9
Wohngeld	876	1 000	615	0,3	701	0,4	- 12,3
Erziehungsgeld/Elterngeld	3 710	4 514	2 960	1,7	1 835	1,1	61,3
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	1 448	0,8	1 611	1,0	- 10,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	853	999	502	0,3	437	0,3	14,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	1 771	800	0,5	860	0,5	- 7,0
Wohnungswesen	1 225	1 223	645	0,4	723	0,4	- 10,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 605	5 975	3 551	2,0	3 301	2,0	7,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	409	0,2	343	0,2	19,2
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 816	1,0	1 662	1,0	9,3
Gewährleistungen	697	1 065	326	0,2	353	0,2	- 7,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	11 149	5 798	3,3	5 400	3,2	7,4
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	2 672	1,5	2 509	1,5	6,5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 904	15 319	7 758	4,4	4 646	2,8	67,0
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	1 873	1,1	2 744	1,6	- 31,7
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	1 462	0,8	1 711	1,0	- 14,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	43 862	34 675	19,7	32 706	19,5	6,0
Zinsausgaben	38 721	41 818	33 806	19,2	32 148	19,1	5,2
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	176 418	100,0	168 091	100,0	5,0

gleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,5 Mrd. € (+ 4,4%). Positiv entwickelten sich hierbei insbesondere die Einnahmen aus den Einkommen- und Körperschaftsteuern. Das Ergebnis bei den Verwaltungseinnahmen fiel im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis einschließlich Juli 2007, bedingt durch positive Einmaleffekte im Vorjahr, mit 4,9% geringer aus.

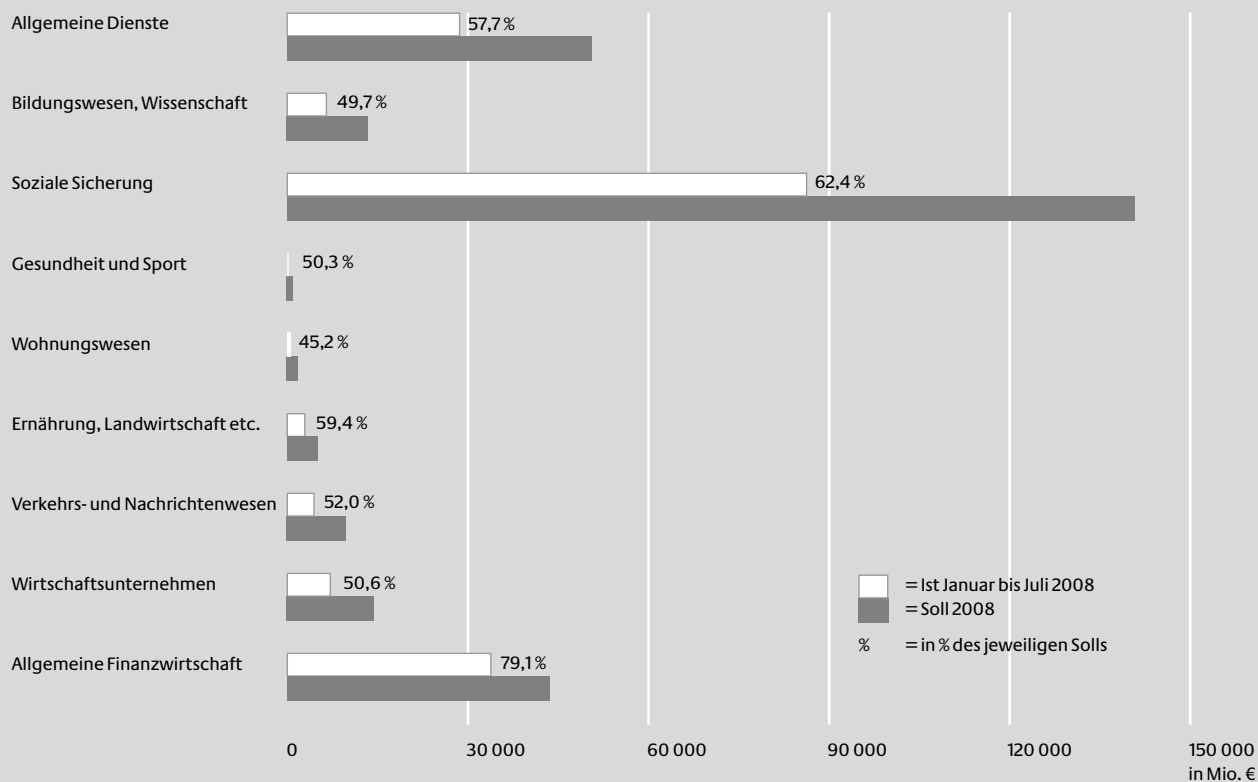
Der Finanzierungssaldo hat sich im Juli mit – 27,8 Mrd. € erwartungsgemäß gegenüber dem Vormonat deutlich erhöht. Da im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

nicht gleichmäßig verläuft und oftmals von Einmaleffekten geprägt ist, können aus dem unterjährigen Saldo nur schwer Rückschlüsse auf die Höhe des endgültigen Jahresergebnisses gezogen werden. Nach derzeitiger Einschätzung besteht jedoch weiterhin die Erwartung, dass die im Haushaltsplan 2008 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € eingehalten werden kann. Der in der Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 8,6 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von – 36,3 Mrd. € gegenüber.

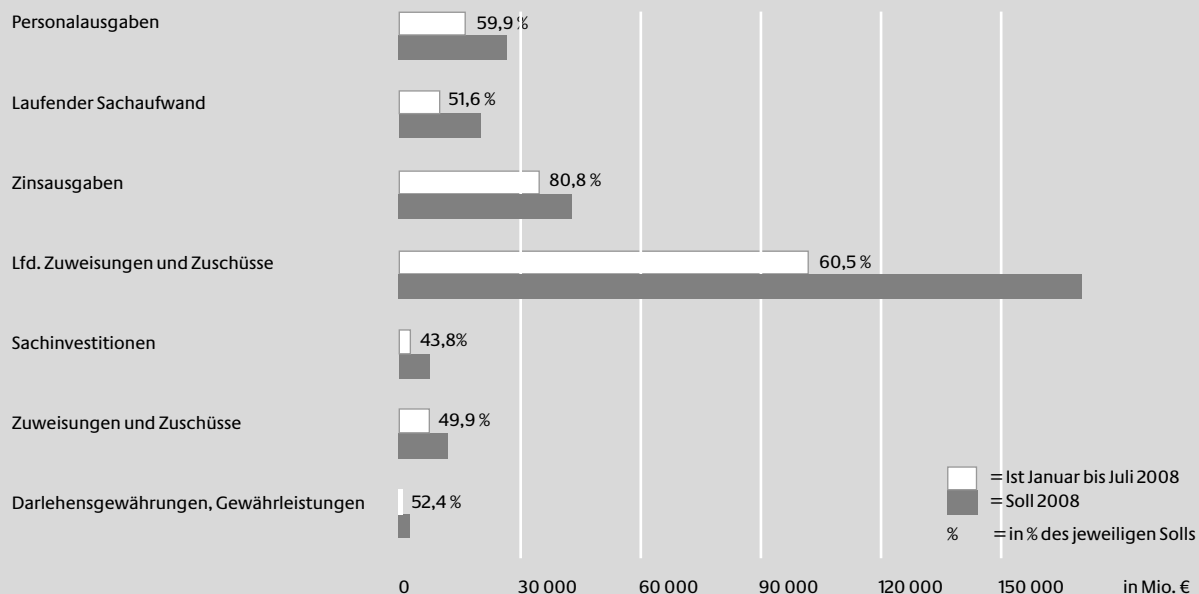
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	244 235	258 509	164 221	93,1	156 036	92,8	5,2
Personalausgaben	26 038	26 762	16 019	9,1	15 326	9,1	4,5
Aktivbezüge	19 662	20 276	11 902	6,7	11 336	6,7	5,0
Versorgung	6 376	6 486	4 117	2,3	3 990	2,4	3,2
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	10 210	5,8	9 656	5,7	5,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	689	0,4	649	0,4	6,2
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	5 075	2,9	4 431	2,6	14,5
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	4 446	2,5	4 576	2,7	– 2,8
Zinsausgaben	38 721	41 818	33 806	19,2	32 148	19,1	5,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	102 752	58,2	98 665	58,7	4,1
an Verwaltungen	14 003	14 463	7 031	4,0	7 972	4,7	– 11,8
an andere Bereiche	146 349	155 307	95 834	54,3	90 808	54,0	5,5
darunter:							
Unternehmen	15 399	23 740	12 224	6,9	8 604	5,1	42,1
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	17 691	10,0	17 330	10,3	2,1
Sozialversicherungen	97 712	98 521	63 147	35,8	62 390	37,1	1,2
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	1 434	0,8	241	0,1	495,0
Investive Ausgaben	26 215	24 658	12 197	6,9	12 055	7,2	1,2
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	9 014	5,1	9 058	5,4	– 0,5
Zuweisungen und Zuschüsse	16 580	13 924	6 950	3,9	7 218	4,3	– 3,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 100	2 717	1 425	0,8	1 289	0,8	10,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	639	0,4	550	0,3	16,2
Sachinvestitionen	6 903	7 273	3 183	1,8	2 997	1,8	6,2
Baumaßnahmen	5 478	5 783	2 593	1,5	2 328	1,4	11,4
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	390	0,2	395	0,2	– 1,3
Grunderwerb	516	480	200	0,1	275	0,2	– 27,3
Globalansätze	0	32	0		0		
Ausgaben insgesamt	270 450	283 200	176 418	100,0	168 091	100,0	5,0

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juli 2008



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juli 2008



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	230 043	237 955	130 746	88,0	125 221	88,0	4,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	108 344	72,9	101 583	71,4	6,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	53 220	35,8	47 934	33,7	11,0
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	32 641	22,0	30 137	21,2	8,3
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	6 032	4,1	3 626	2,5	66,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	6 005	4,0	5 263	3,7	14,1
Zinsabschlag	4 918	5 317	3 870	2,6	3 103	2,2	24,7
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	4 671	3,1	5 806	4,1	- 19,5
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	54 591	36,7	53 049	37,3	2,9
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	533	0,4	600	0,4	- 11,2
Energiesteuer	38 955	40 335	17 417	11,7	17 017	12,0	2,4
Tabaksteuer	14 254	14 050	7 023	4,7	7 650	5,4	- 8,2
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	7 554	5,1	6 985	4,9	8,1
Versicherungsteuer	10 331	10 540	7 043	4,7	6 942	4,9	1,5
Stromsteuer	6 355	6 600	3 602	2,4	3 961	2,8	- 9,1
Branntweinabgaben	1 962	2 163	1 270	0,9	1 086	0,8	16,9
Kaffeesteuer	1 086	980	559	0,4	634	0,4	- 11,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	- 7 259	- 4,9	- 7 415	- 5,2	- 2,1
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 8 771	- 5,9	- 7 424	- 5,2	18,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 2 430	- 1,6	- 2 111	- 1,5	15,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 3 894	- 2,6	- 3 914	- 2,8	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	25 675	33 096	17 830	12,0	17 005	12,0	4,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	4 197	2,8	3 736	2,6	12,3
Zinseinnahmen	924	702	371	0,2	444	0,3	- 16,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	3 158	2,1	4 884	3,4	- 35,3
Einnahmen zusammen	255 718	271 051	148 575	100,0	142 225	100,0	4,5

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) haben im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahr um + 5,6 % zugelegt. Während die gemeinschaftlichen Steuern (+ 7,3 %) und die Bundessteuern (+ 1,7 %) stiegen, blieben die Ländersteuern hinter dem vergleichbaren Vorjahreswert zurück (– 2,5 %).

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen insgesamt beläuft sich von Januar bis Juli 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf + 5,8 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen im Juli 2008 das Niveau des Vorjahresmonats um + 8,0 %. Das Bundesergebnis wurde dabei nicht zuletzt von den EU-Eigenmitteln bestimmt, die sich im Vergleich zum Vorjahresmonat stark verminderten. Das wirkte sich auf den Zuwachs beim Bund im Berichtsmonat positiv aus. Für die ersten sieben Monate des laufenden Jahres errechnet sich eine kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen des Bundes von + 4,3 %.

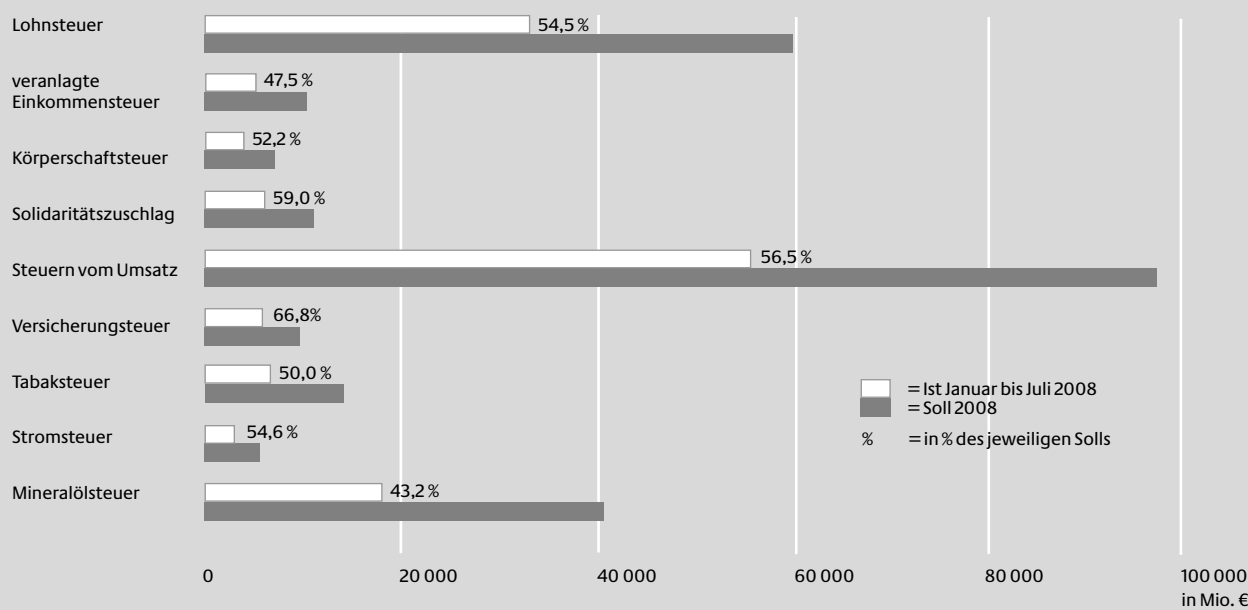
Bei der Lohnsteuer hat sich die Aufwärtsbewegung mit einem Zuwachs von + 9,1 % fortgesetzt. Die Rate hat sich, verglichen mit dem Juni-Ergebnis, (+ 7,4 % gegenüber Vorjahr) wieder etwas erhöht. Die in Abzug gebrachten Kindergeldzahlungen lagen unter ihrem Vorjahreswert, haben die kassenmäßigen Einnahmen also ebenfalls günstig beeinflusst.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer fiel im Juli 2008 um rd. + 600 Mio. € höher aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und verbesserte sich damit deutlich. Verringerte Arbeitnehmererstattungen und Nachzahlungen für vergangene Zeiträume trugen dazu in erheblichem Maße bei. In die gleiche Richtung, wenn auch nicht ganz so stark, wirkten um insgesamt rund – 20 Mio. € verminderte Auszahlungen bei der Eigenheim- und Investitionszulage.

Dagegen ergab sich bei der Körperschaftsteuer im Vergleich zum Vorjahr erneut ein Minus. Die Aufkommensminderung in Höhe von – 180 Mio. € stellt wegen der Effekte der Unternehmenssteuerreform keine Überraschung dar.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ist die Entwicklung weiter positiv. Gemessen an der Entwicklung im ersten Halbjahr (+ 14,4 %) und

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juli 2008



im Juni 2008 (+ 23,2 %) hat sich die Veränderungsrate mit jetzt + 8,8 % aber merklich verringert.

Beim Zinsabschlag liegt die Zunahme weiter im zweistelligen Bereich (+ 33,4 %) und damit sogar noch über dem in den ersten sechs Monaten des Jahres erzielten Ergebnis (+ 24,3 %). Dafür dürfte neben höheren Zinsen auch eine steigende Sparquote verantwortlich sein.

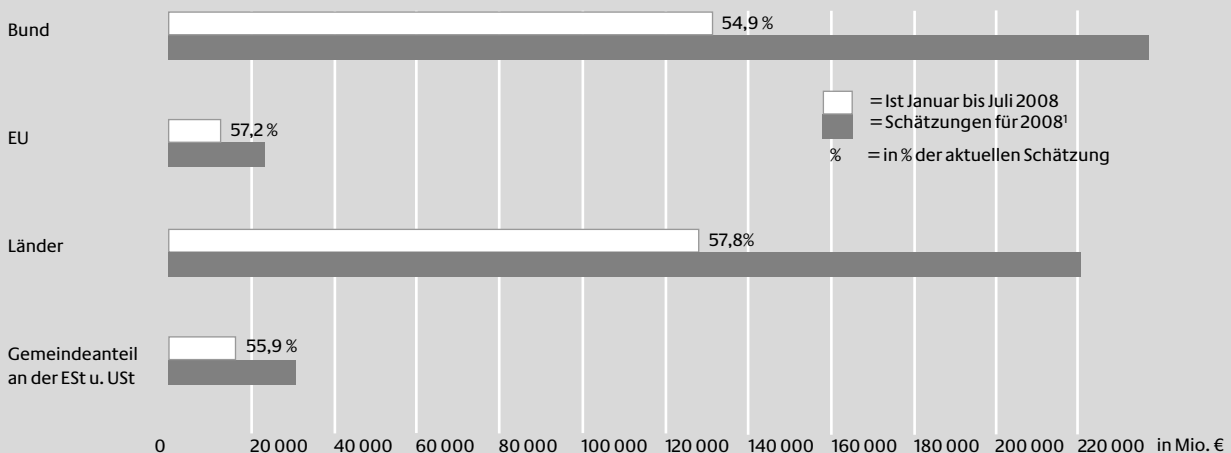
Bei den Steuern vom Umsatz hat sich der im Juni beobachtete Zuwachs, der vermutlich auf temporäre Verschiebungen des Kasseneingangs zurückzuführen war, erwartungsgemäß wieder vermindert (von + 7,2 % auf jetzt + 1,8 %). Im Falle der Binnen-Umsatzsteuer wurde das Vorjahresniveau nur knapp überschritten (+ 0,2 %), die fort-dauernde Schwäche bei den privaten Konsumausgaben wird jetzt wieder deutlicher sichtbar.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern lag im Juli 2008 um + 1,7 % über dem Vorjahresergebnis. Bei der Energiesteuer (– 2,1 %) hat sich ähnlich wie bei den Steuern vom Umsatz die Erwartung bestätigt, dass der im Vormonat erzielte Zuwachs nicht von Dauer sein würde. Bei der Tabaksteuer (– 4,9 %) setzte sich der seit einiger

Zeit vollziehende Rückgang fort. Die übrigen Verbrauchsteuern stellten sich in der Summe günstiger dar. Zuwächse bei der Versicherungsteuer (+ 5,4 %) und der Stromsteuer (+ 45,4 %) sorgten zusammen mit dem Solidaritätszuschlag (+ 9,1 %) dafür, dass trotz des Rückgangs der aufkommensstarken Energiesteuer das Niveau des Vorjahres bei den Bundessteuern übertroffen werden konnte. Allerdings ist der starke Anstieg bei der Stromsteuer in erster Linie Reflex eines ungewöhnlich schwachen Ergebnisses im gleichen Zeitraum des Vorjahres und wird sich so in den kommenden Monaten nicht wiederholen.

Bei den reinen Ländersteuern (– 2,5 %) wurde das Aufkommensvolumen aus dem Vorjahr erneut nicht erreicht. Außer bei der Erbschaftsteuer (+ 24,4 %) und der Biersteuer (+ 1,2 %) waren hier durchweg Rückgänge zu verzeichnen, die sich bei der Grunderwerbsteuer auf eine zweistellige Größenordnung (– 12,8 %) und bei der Kraftfahrzeugsteuer auf ein Minus von – 5,4 % beliefen. Im Falle der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 0,3 %) wurde das Vorjahresergebnis nur knapp verfehlt.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juli 2008



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2008).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 557	9,1	80 049	7,9	141 700	7,5
veranlagte Einkommensteuer	109	X	14 175	66,2	30 050	20,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 315	8,8	11 977	13,8	14 630	6,1
Zinsabschlag	1 038	33,4	8 918	25,3	12 635	13,0
Körperschaftsteuer	- 223	X	9 324	- 19,7	18 840	- 17,8
Steuern vom Umsatz	14 261	1,8	100 444	3,5	176 200	3,9
Gewerbesteuerumlage	589	- 11,1	1 560	- 8,2	2 775	- 27,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	638	5,3	1 600	12,1	2 828	- 9,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 283	7,3	228 048	7,5	399 658	4,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 179	- 2,1	17 417	2,4	39 900	2,4
Tabaksteuer	1 209	- 4,9	7 023	- 8,2	13 420	- 5,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	163	- 7,1	1 269	17,0	2 160	10,3
Versicherungsteuer	554	5,4	7 043	1,5	10 400	0,7
Stromsteuer	461	45,4	3 602	- 9,1	6 350	- 0,1
Solidaritätszuschlag	860	9,1	7 554	8,1	12 950	4,9
übrige Bundessteuern	114	7,0	845	- 2,2	1 451	- 2,5
Bundessteuern insgesamt	6 540	1,7	44 754	0,6	86 631	1,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	399	24,4	2 787	12,5	4 270	1,6
Grunderwerbsteuer	503	- 12,8	3 640	- 9,2	6 360	- 8,5
Kraftfahrzeugsteuer	791	- 5,4	5 670	- 0,1	8 690	- 2,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	144	- 0,3	946	- 2,0	1 682	- 1,1
Biersteuer	70	1,2	430	- 3,1	760	0,4
sonstige Ländersteuern	4	- 69,3	228	- 2,4	320	- 1,3
Ländersteuern insgesamt	1 911	- 2,5	13 701	- 0,8	22 082	- 3,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	316	- 7,4	2 223	- 3,2	4 240	6,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	189	- 21,5	2 430	15,1	4 300	9,4
BNE-Eigenmittel	517	- 37,8	8 771	18,1	14 910	4,0
EU-Eigenmittel insgesamt	1 023	- 27,7	13 423	13,5	23 450	5,4
Bund³	18 411	8,0	130 946	4,3	238 333	3,6
Länder³	17 306	5,0	127 147	5,7	220 031	3,2
EU	1 023	- 27,7	13 423	13,5	23 450	5,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 309	13,9	17 209	13,1	30 797	9,0
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 050	5,6	288 726	5,8	512 611	3,8

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2008.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

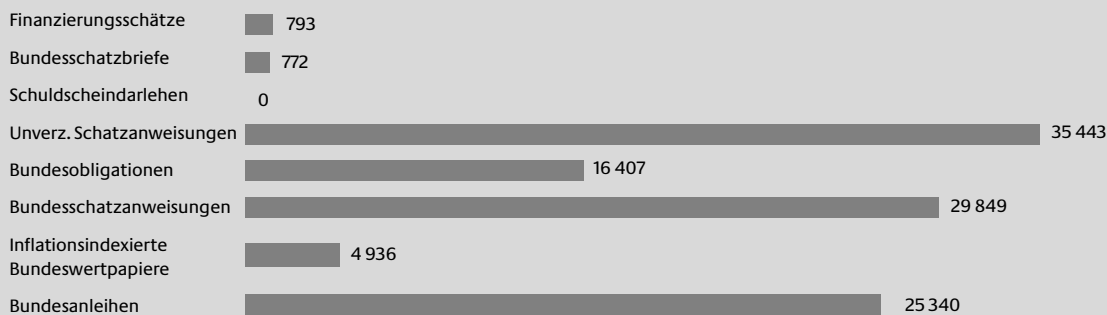
Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sanken im Juli gegenüber Juni leicht. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Juni bei 4,54 % lag, notierte Ende Juli bei 4,41 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich leicht von 4,95 % Ende Juni auf 4,97 % Ende Juli. Die Europäische Zentralbank hatte

zuletzt am 3. Juli 2008 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 9. Juli liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,25 %.

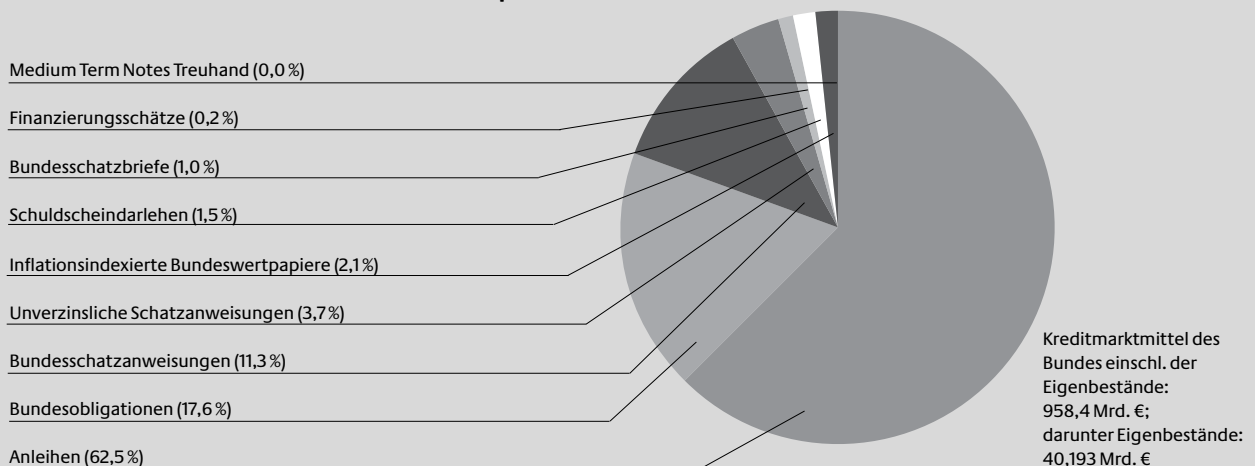
Die europäischen Aktienmärkte erholten sich im Juni leicht; der Deutsche Aktienindex verbes-

Kreditaufnahme des Bundes bis Juni 2008 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 326 Mio. €.

Kreditmarktmittel des Bundes per 30. Juni 2008



serte sich von 6 418 auf 6 480 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 von 3 353 auf 3 368 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Juni bei 9,5 % (nach 10,0 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum April 2008 bis Juni 2008 betrug 9,9 %, verglichen mit 10,1 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Juni auf 11,1 % (nach 11,9 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit relativ kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 5,5 % im Mai 2008 auf 5,8 % im Juni 2008.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich Juni 113,5 Mrd. €. Davon wurden 108 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Tenderverfahren die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE0001030518 – am 5. März 2008 um 3 Mrd. € sowie die 1,5 %ige inflationsindexierte Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 – um 2 Mrd. € am 11. Juni 2008 aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 0,3 Mrd. €).

Die im 3. Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2008“.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe insgesamt
in Mrd. €							
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,6	–	–	–	–	–	15,6
Bundesobligationen	–	14,0	–	14,0	–	–	28,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	–	–	14,0	30,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	35,3
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,4	0,0	0,1	0,2	1,2
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,2
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,0	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	1,6
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	23,2	20,4	22,7	20,2	6,2	20,2	112,9

Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe insgesamt
in Mrd. €							
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	3,4	0,2	1,7	21,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich bis einschließlich Juni 2008 auf rund 112,9 Mrd. €;

die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ betragen rund 21,0 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2008

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135358 WKN 113 535	Aufstockung	2. Juli 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 30. Mai 2008 erster Zinstermin: 4. Juli 2009	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137222 WKN 113 722	Aufstockung	9. Juli 2008	2 Jahre fällig 11. Juni 2010 Zinslaufbeginn: 11. Juni 2008 erster Zinstermin: 11. Juni 2009	ca. 7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Aufstockung	23. Juli 2008	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135358 WKN 113 535	Aufstockung	13. August 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 30. Mai 2008 erster Zinstermin: 4. Juli 2009	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137230 WKN 113 723	Neuemission	10. September 2008	2 Jahre fällig 10. September 2010 Zinslaufbeginn: 10. September 2008 erster Zinstermin: 10. September 2009	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114 153	Neuemission	24. September 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	ca. 7 Mrd. €
3. Quartal 2008 insgesamt				ca. 39 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115186 WKN 111 518	Neuemission	14. Juli 2008	6 Monate fällig 14. Januar 2009	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115194 WKN 111 519	Neuemission	11. August 2008	6 Monate fällig 18. Februar 2009	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115202 WKN 111 520	Neuemission	15. September 2008	6 Monate fällig 18. März 2009	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2008 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal im Vergleich zum ersten Vierteljahr merklich zurückgegangen.
- Insbesondere der private Konsum und die Bauinvestitionen waren rückläufig.
- Vom Außenbeitrag gingen positive Wachstumsimpulse aus.
- Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Belebung fortgesetzt.

Die gesamtwirtschaftliche Dynamik hat sich im 2. Quartal merklich abgeschwächt. Dies ist – wegen der witterungsbedingten Übersteigerungen im 1. Vierteljahr – auf einen Rückpralleffekt zurückzuführen. Die monatlichen Konjunkturindikatoren hatten bereits eine schwächere Wirtschaftsleistung als im 1. Vierteljahr angezeigt. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. August 2008 verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal.

Für die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts stellt das Statistische Bundesamt in seiner Schnellmeldung folgende Entwicklungstendenzen fest: Im 2. Quartal sind vom Außenbeitrag rein rechnerisch positive Wachstumsimpulse auf das Bruttoinlandsprodukt ausgegangen, vor allem da die Importe signifikant rückläufig waren. Negative Wachstumsimpulse kamen vor allem von den Bauinvestitionen und vom privaten Konsum.

Zwar kam es durch den bis zuletzt anhaltenden kräftigen Beschäftigungsaufbau und die Lohnerhöhungen in diesem Jahr zu spürbaren Einkommensverbesserungen. Dies spiegelt sich auch in dem deutlichen Anstieg der Lohnsteuer von Januar bis Juli wider (+ 7,5 % gegenüber dem Vorjahr). Aber der beschleunigte Preisniveauanstieg beeinträchtigte die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Schwäche der Privaten Konsumausgaben zeigt sich vor allem in einer rückläufigen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze

sowie in einem nur leichten Anstieg der Binnenumsatzsteuer (Januar bis Juli: +1,2 %).

Auch die Bauinvestitionen belasteten das Bruttoinlandsprodukt. Hier spiegelt sich der Rückpralleffekt auf die vorangegangenen Übersteigerungen der Bauaktivität wider. So dürfte das milde Winterwetter dazu geführt haben, dass Aufträge schon im 1. Quartal abgewickelt werden konnten, deren Erledigung ansonsten im 2. Quartal erfolgt wäre.

Im Rahmen der jährlichen Sommerrevision wurden darüber hinaus auf Grund neu zur Verfügung stehender Informationen die bisher veröffentlichten Ergebnisse der vergangenen vier Jahre überarbeitet. Der saisonbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal 2008 fällt mit +1,3 % gegenüber dem Vorquartal etwas niedriger aus als im Mai veröffentlicht (+1,5 %). An der konjunkturellen Einschätzung zum 1. Quartal ändert sich damit allerdings nichts. Trotz des BIP-Rückgangs im 2. Vierteljahr dürfte die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung für 2008 (BIP-Anstieg: +1,7 %) gut nach unten abgesichert sein.

Die ausführlichen Ergebnisse zur Wirtschaftsentwicklung im 2. Quartal 2008 werden zwar erst am 26. August 2008 bekannt gegeben. Dennoch lassen sich – über die Aussagen des Statistischen Bundesamts in seiner BIP-Schnellmeldung hinaus – anhand der Konjunkturindikatoren weitere Entwicklungstendenzen einzelner Aggregate erkennen.

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4.Q.07	1.Q.08	2.Q.08	4.Q.07	1.Q.08	2.Q.08
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,7	+ 2,5	+ 0,3	+ 1,3	- 0,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 3,1
jeweilige Preise	2 423	+ 4,4	+ 0,5	+ 1,7	- 0,1	+ 3,5	+ 3,1	+ 4,4
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 824	+ 4,1	+ 0,0	+ 1,6	.	+ 3,7	+ 3,9	.
Arbeitnehmerentgelte	1 182	+ 2,9	+ 0,6	+ 1,7	.	+ 2,8	+ 3,4	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	642	+ 6,6	- 1,0	+ 1,4	.	+ 5,6	+ 4,8	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 518	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5	.	+ 1,4	+ 2,6	.
Bruttolöhne und -gehälter	957	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,0	.	+ 3,4	+ 3,9	.
Sparen der privaten Haushalte	168	+ 5,9	+ 5,5	+ 1,6	.	+ 8,9	+ 6,0	.
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt		
			Mai 08	Jun 08		Mai 08	Jun 08	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	- 0,6	- 0,4	.	- 3,0	+ 3,4	.	+ 5,2
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	969	+ 8,5	- 3,4	+ 4,2	- 0,4	+ 2,2	+ 7,9	+ 8,0
Waren-Importe	770	+ 5,0	+ 0,5	- 0,1	- 1,8	+ 8,1	+ 5,3	+ 8,3
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)²	116,3	+ 5,9	- 1,8	+ 0,2	- 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,6
Industrie ³	121,1	+ 6,9	- 1,9	+ 0,5	- 1,6	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,0
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,8	+ 2,4	- 2,1	- 8,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,9
Umsätze im Produzierenden Gewerbe²								
Industrie (Index 2000 = 100) ³	121,6	+ 6,4	- 0,4	- 0,6	- 1,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 3,3
Inland	107,1	+ 4,5	+ 0,4	- 0,5	- 1,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,4
Ausland	144,9	+ 8,7	- 1,3	- 0,8	- 1,8	+ 2,2	+ 0,8	+ 3,1
Auftragseingang (Index 2000 = 100)²								
Industrie ³	130,7	+ 9,8	- 1,4	- 2,9	- 4,1	- 0,2	- 8,4	- 1,7
Inland	113,0	+ 7,1	- 2,8	- 0,6	- 2,3	- 0,4	- 1,7	+ 0,9
Ausland	152,8	+ 12,5	+ 0,1	- 5,1	- 5,8	+ 0,0	- 14,1	- 4,0
Bauhauptgewerbe	77,6	+ 4,1	- 4,8	.	- 4,7	- 5,8	.	- 3,2
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(einschl. Kfz und Tankstellen)	100,6	- 3,6	+ 2,0	- 3,5	- 2,4	+ 0,0	- 4,4	- 0,4
Großhandel (ohne Kfz)	109,2	- 0,5	- 0,5	- 1,0	- 1,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 5,4
Arbeitsmarkt	2007 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Mai 08	Jun 08	Jul 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	+ 4	- 36	- 20	- 529	- 528	- 505
Erwerbstätige, Inland	39,74	+ 1,7	+ 14	+ 13	.	+ 568	+ 561	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26,97	+ 2,2	+ 9	.	.	+ 580	.	.
Preisindizes	2007 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Mai 08	Jun 08	Jul 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08
2000 = 100								
Importpreise	108,0	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,5	.	+ 7,9	+ 8,9	.
Erzeugerpreise gewerbli. Produkte	119,1	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,0	+ 6,0	+ 6,7	+ 8,9
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,3
ifo-Geschäftsklima								
saisonbereinigte Salden								
Gewerbliche Wirtschaft								
	Dez 07	Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08
Klima	+ 5,2	+ 5,9	+ 7,2	+ 8,6	+ 3,9	+ 6,0	+ 1,6	- 5,7
Geschäftslage	+ 12,1	+ 11,7	+ 16,3	+ 18,6	+ 12,5	+ 15,8	+ 12,4	+ 7,2
Geschäftserwartungen	- 1,4	+ 0,3	- 1,5	- 1,0	- 4,4	- 3,3	- 8,5	- 17,9

¹ Quartale Rechenstand Mai 2008. ² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ³ Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Die Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung schlägt sich allmählich im Außenhandel nieder. So hat sich die Dynamik der nominalen Warenexporte im 2. Quartal gegenüber dem 1. Vierteljahr in saisonbereinigter Rechnung spürbar verringert. Dies konnte auch durch den starken Anstieg der Ausfuhren im Juni nicht verhindert werden.

Im 1. Halbjahr kam es im Vergleich zum Vorjahr weiterhin zu einer spürbaren Zunahme der Exporte. Dabei waren die Ausfuhren in Drittländer (+ 10,4 %) und in den Nichteuroraum der Europäischen Union (+ 7,3 %) überdurchschnittlich hoch. Dies deutet auf eine immer noch hohe wirtschaftliche Dynamik in den asiatischen Schwellenländern sowie in den aufstrebenden mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften hin. Dagegen zeigt sich in dem geringeren Zuwachs der Exporte in den Euroraum (+ 3,9 %) und in die USA (Januar bis Mai 2008: + 0,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau) die konjunkturelle Verlangsamung in den Ländern dieser Wirtschaftsbereiche.

Die Exporte dürften auch in den nächsten Monaten weiter an Kraft verlieren: So sind die Auslandsaufträge deutlich rückläufig, insbesondere aus dem Euroraum, in den ca. 40 % aller deutschen Exporte gehen. Aber auch die Bestellungen aus dem Nichteuroraum verringerten sich spürbar. Die ifo-Exporterwartungen verschlechterten sich im Juli zum dritten Mal in Folge und liegen nunmehr auf dem niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Der aktuelle OECD-Leading-Indicator gab für die OECD-Mitgliedsstaaten deutlich nach, insbesondere für den Euroraum, das Vereinigte Königreich und die USA. Dagegen stehen in den Nicht-OECD-Mitgliedsstaaten China und Brasilien die Zeichen weiter auf Expansion. Ein Lichtblick hinsichtlich einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportunternehmen könnte allerdings die seit Ende Juli rückläufige Entwicklung des Eurowechselkurses gegenüber dem US-Dollar sein (von Höchstwert im Juli 1,59 \$/€ auf 1,47 \$/€ Mitte August).

Die nominalen Warenimporte gingen im 2. Quartal deutlich stärker zurück als die Exporte. Der Rückgang der Einfuhren ist – angesichts des kräftigen Importpreisanstiegs – auf eine spürbare mengenmäßige Abnahme der Lie-

ferungen in die Bundesrepublik zurückzuführen. Da die Exporte einen großen Anteil importierter Vorleistungen enthalten, dürfte die geringere Exportdynamik belastend auf die Importe gewirkt haben. Vor allem aber dürfte die schwache Binnennachfrage für die rückläufigen Einfuhren verantwortlich sein.

Auf eine schwache Binnenkonjunktur deuten auch die Produktionsrückgänge in der Industrie im 2. Quartal hin, obgleich die Erzeugung im Juni leicht ausgeweitet worden war. Der Produktionsausstoß wurde in allen drei Bereichen (Vorleistungs-, Investitions-, Konsumgüterherstellung) zurückgefahren. Besonders stark war der Rückgang in der Konsumgüterindustrie. Die Umsätze in der Industrie nahmen etwas stärker ab als die Produktion. Dabei war das Umsatzminus aus dem Inland etwa genau so hoch wie das aus dem Ausland. Im Inland gaben die Konsumgüterumsätze besonders deutlich nach und der Rückgang der Auslandsumsätze war für Investitionsgüter besonders hoch. Bei Letzteren waren die Umsatzeinbußen auf den Märkten der EU-Länder (saisonbereinigt – 2,4 % gegenüber dem Vorquartal) nur geringfügig höher als auf den Märkten des Nichteuroraums der EU (– 2,1 %).

Die Industrieproduktion dürfte sich – angesichts der tendenziell abwärts gerichteten Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland – in den kommenden Monaten kaum beleben. So verminderte sich der Auftragszugang in der Industrie im Juni zum siebten Mal in Folge (saisonbereinigt). Im 2. Quartal hat sich der Rückgang gegenüber dem Vorquartal sogar noch beschleunigt. Die Abnahme resultiert vor allem aus einer spürbaren Verringerung der Auslandsbestellungen. Aber auch die Inlandsnachfrage ging deutlich zurück. Alle drei Gütergruppen waren im Inland davon betroffen, wobei das Minus bei den Investitionsgütern am stärksten ausfiel.

Die abwärts gerichtete Tendenz der Auftragszugangseingänge sowie die Verschlechterung der Stimmung in den Unternehmen (ifo-Geschäftserwartungen) deuten darauf hin, dass die konjunkturelle Entwicklung weiter an Dynamik verlieren könnte. Allerdings sind die Kapazitätsauslastung der Unternehmen (2. Quartal 87 %, langjähriger Durchschnitt 84 %) und der Auftragsbestand noch überdurchschnittlich hoch (ifo-

Auftragsbestand für Investitionsgüter 2. Quartal 4,2 Monate, langjähriger Durchschnitt 3,7 Monate). Mit der spürbaren Verringerung der Neuaufträge beginnen die Auftragspolster jedoch langsam zu schmelzen.

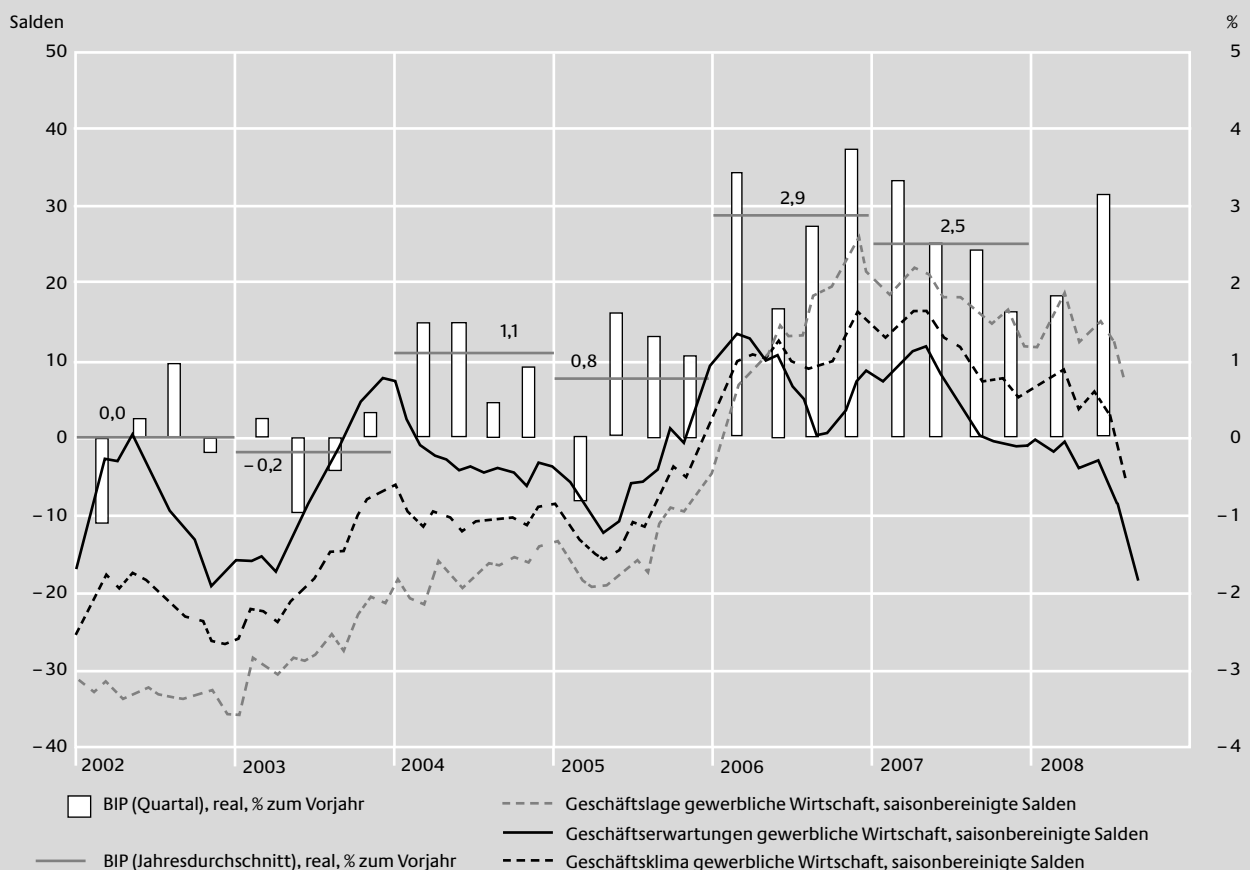
Der saisonbereinigt spürbare Rückgang der Bautätigkeit im 2. Quartal gegenüber dem Vorquartal dürfte vor allem eine Gegenreaktion auf die witterungsbedingten Übersteigerungen in den Wintermonaten (mildes Winterwetter) sein. Angesichts der Abschwächung der Investitionsdynamik dürfte aber auch eine Verringerung der vom Erweiterungsmotiv geprägten Ausrüstungsinvestitionen die Bauproduktion belastet haben.

Die Privaten Konsumausgaben sind und bleiben wahrscheinlich zunächst das Sorgenkind der Konjunkturentwicklung. Die Einzelhandels-

umsätze im 2. Quartal zeigen für sich genommen einen signifikanten Rückgang der Privaten Konsumausgaben an. Sie lagen im 2. Vierteljahr deutlich niedriger (saisonbereinigt –2,4% gegenüber dem Vorquartal) als im 1. Quartal, in dem sie noch einen Anstieg verzeichnet hatten (+1,4%). Dabei hat der geringere Umsatz aus dem Verkauf von Privatfahrzeugen den abwärtsgerichteten Trend spürbar verstärkt. Die rückläufige Entwicklungstendenz im Einzelhandel dürfte vor allem mit Kaufkrafteinbußen durch die Inflationsbeschleunigung bei Energie- und Nahrungsmittelpreisen zusammenhängen.

Auch die weiteren Aussichten für die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze sind eingetrübt. Der anhaltende Preisanstieg verunsichert die Verbraucher. Sowohl die Stimmung der Konsumenten als auch die Stimmung der Einzel-

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



händler haben sich im Juli deutlich verschlechtert (GfK-Konsumklima und ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel). Damit ist eine Belebung des privaten Konsums im weiteren Jahresverlauf mit Risiken behaftet, bis sich zum Jahresende die Jahresteuersraten des Verbraucherpreisindex voraussichtlich wieder leicht abschwächen.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Belebung fortgesetzt. Allerdings ist sie weniger dynamisch als zuvor. Die saisonbereinigte Zahl der arbeitslosen Personen verringerte sich im Juli merklich (– 20 000 gegenüber dem Vormonat). Von Dezember bis Juni fiel der Rückgang mit monatsdurchschnittlich 44 000 noch wesentlich höher aus. Nach Ursprungszahlen hat die registrierte Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um gut eine halbe Million abgenommen auf nun 3,21 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich dabei um 1,2 Prozentpunkte auf 7,7 % und liegt in den neuen Bundesländern immer noch doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.



Die Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlands-konzept ist in saisonbereinigter Rechnung im Juni leicht angestiegen (gegenüber dem Vormonat). Die Zunahme fiel jedoch wesentlich geringer aus als im 1. Quartal dieses Jahres: Da der Beschäftigungsanstieg in den Wintermonaten (milder Winter) außergewöhnlich kräftig war, kam es im 2. Quartal zu einer entsprechend

schwächeren Frühjahrsbelebung. Nach Ursprungswerten erhöhte sich die Beschäftigungszahl gegenüber dem Vorjahr spürbar auf 40,32 Mio. Personen. Die Beschäftigungsexpansion kam vor allem aus einem deutlichen Anstieg sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Dabei entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungsplus auf Vollzeitstellen.

Neben saisonalen Sondereffekten zeigt die Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus auch, dass sich die geringere wirtschaftliche Dynamik allmählich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht. Dennoch ist die Arbeitsmarktlage zurzeit noch weitgehend robust. Allerdings signalisierten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bereits, dass sie im weiteren Jahresverlauf zurückhaltender Personal einstellen wollen (ifo-Geschäftsklima). Auch der Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit deutet auf einen leichten Rückgang der Arbeitskräftenachfrage hin.

Die Entwicklung der Privaten Konsumausgaben wird nach wie vor durch den hohen Anstieg der Verbraucherpreise beeinträchtigt. So lag der Verbraucherpreisindex im Juli – wie bereits im Juni – um 3,3 % über seinem Vorjahresniveau. Bei dem bis etwa zur Monatsmitte beschleunigten Anstieg des Rohölpreises auf dem Weltmarkt ist die Zunahme des Verbraucherpreisindex von über 3 % nicht überraschend. Die rückläufige Entwicklung des Ölpreises ab der zweiten Hälfte des Monats Juli ist in die Statistik noch nicht eingegangen, da die preisstatistischen Erfassungen bereits zur Monatsmitte erfolgen. Im Energiebereich stiegen daher die Preise für Mineralölprodukte (Kraftstoffe, Heizöl) überdurchschnittlich stark an. Auch die Gas- und Strompreise verzeichneten eine deutliche Zunahme. Ohne Einrechnung von Energieprodukten hätte die Gesamtteuerungsrate bei 1,9 % gelegen. Auch Nahrungsmittel waren erheblich teurer als vor einem Jahr. Insgesamt trugen diese beiden Gütergruppen knapp $\frac{3}{4}$ zum Anstieg des Verbraucherpreisindex bei. Angesichts des starken Anstiegs der Nahrungsmittel- und Energiepreise seit September vergangenen Jahres ist zum Jahresende mit einer leichten Abschwächung der Jahresteuersraten zu rechnen (Basiseffekt).

Der Importpreisanstieg hat sich im Juni weiter beschleunigt. Die Zunahme um 8,9 % war die

höchste Jahresteuerrate seit November 2000. Besonders hoch war die Preisniveauerhöhung für Energieträger (+49,7%). Dabei verteuerten sich Steinkohle, Rohöl und Mineralölzeugnisse besonders stark. Ohne Rohöl und Mineralölprodukte belief sich der Preisanstieg auf 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Erdgas verteuerte sich um +42,9%. Deutliche Preiserhöhungen gab es auch im Nahrungsmittelsektor im Vorjahresvergleich (Getreide: +35,9%, Milch und Milcherzeugnisse: +9,0%).

Auch der Erzeugerpreisindex ist im Juli weiter kräftig angestiegen (+8,9% gegenüber dem Vorjahr). Eine höhere Jahresteuerrate hatte es letztmalig im Oktober 1981 (+9,1%) gegeben. Den größten Einfluss auf die Teuerungsrate hatten Energieprodukte mit einem Preisanstieg um +24,5%. Dabei nahmen Erzeugerpreise für Mineralölzeugnisse, Strom und Gas besonders stark zu. Ohne Energieprodukte stiegen die Erzeugerpreise lediglich um 3,6%. Mit +4,2% verteuerten sich die Verbrauchsgüter ebenfalls spürbar. Die Preissteigerungen bei Vorleistungsgütern beliefen sich auf durchschnittlich 5,0%.

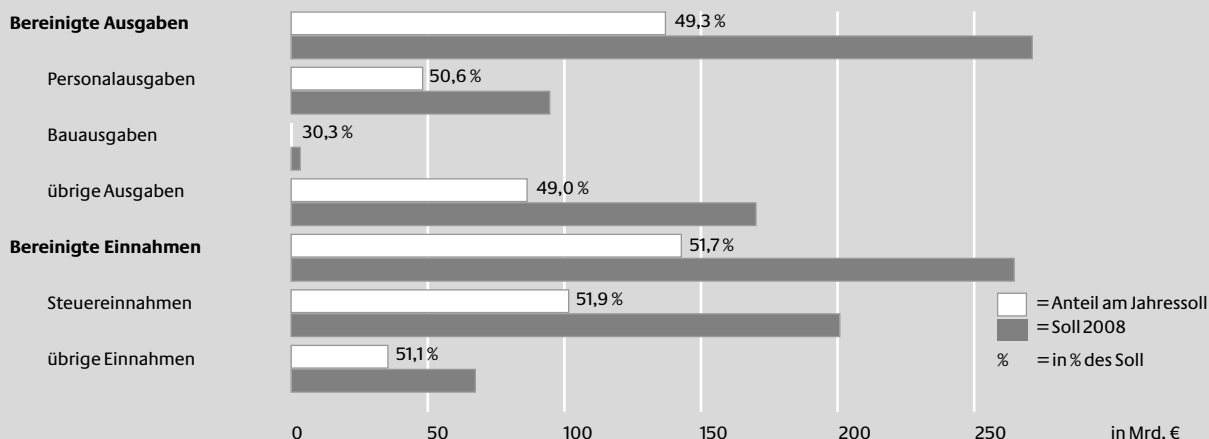
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juni 2008 vor.

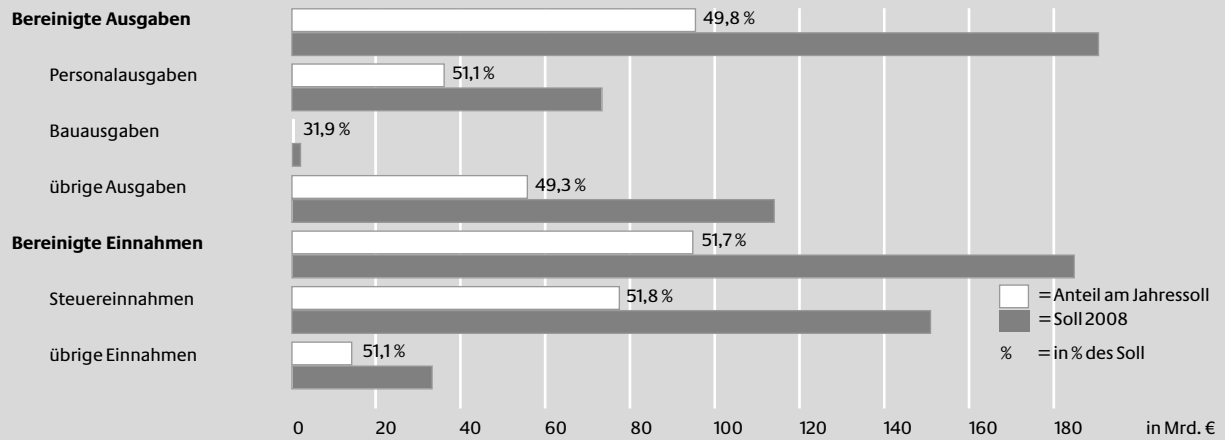
Der Finanzierungssaldo der Länder insgesamt belief sich Ende Juni 2008 auf rd. + 3,2 Mrd. €. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Verbesserung um rd. 3,4 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen derzeit von einem Finanzierungsdefizit für das Jahr 2008 von – 6,6 Mrd. € aus.

Im Berichtszeitraum erhöhten sich die Ausgaben der Länder insgesamt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 3,1%. Das entspricht fast den Planungen (+ 3,0%). Dem Ausgabenzuwachs steht mit + 5,7% ein erheblich stärkerer Anstieg der Einnahmen gegenüber. Am günstigsten entwickelten sich die Einnahmen in den Stadtstaaten (+ 12,6%), verhaltener war die Einnahmeentwicklung in den Flächenländern West (+ 5,0%) und den ost-deutschen Flächenländern (+ 4,6%). Die aktuellen Planungen der Länder insgesamt sehen einen Rückgang der Einnahmen um rund – 0,5% vor.

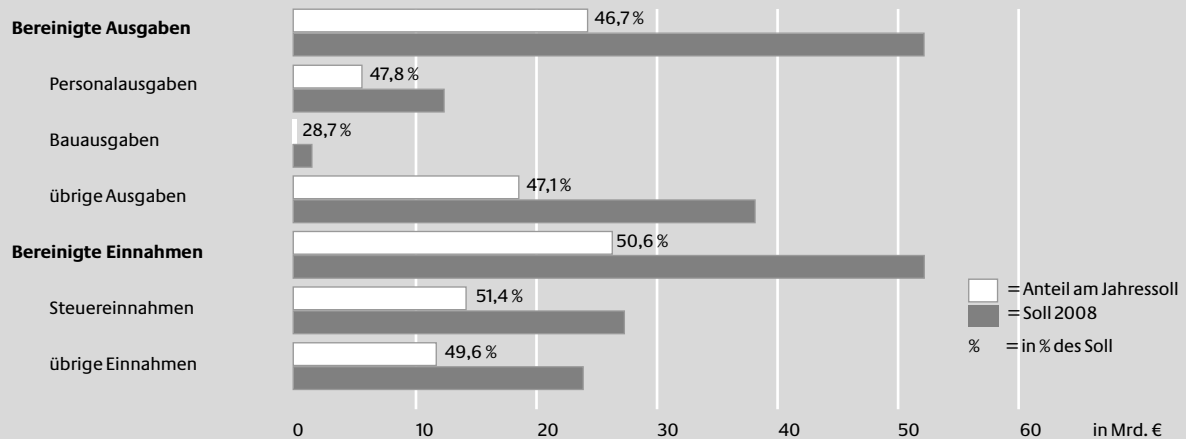
Länder insgesamt



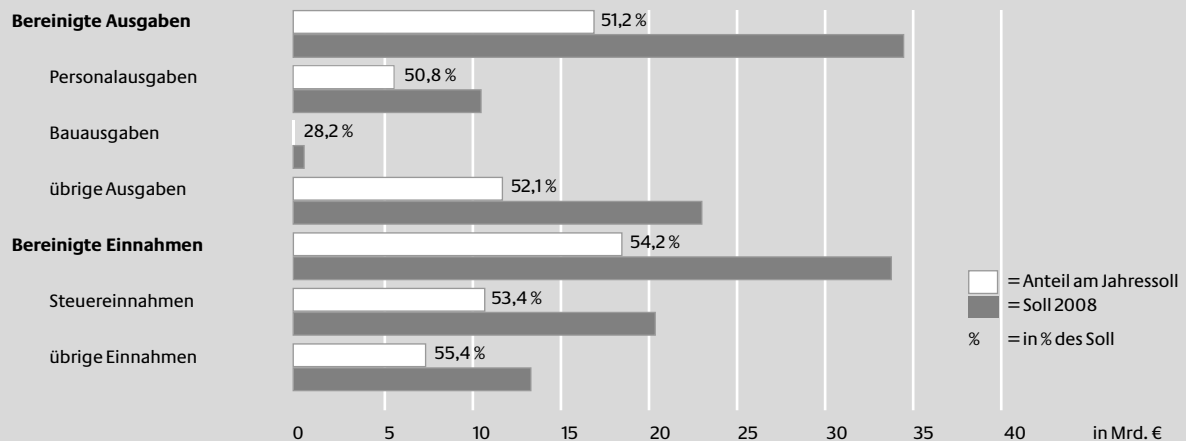
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 12./13. September 2008 – Informeller ECOFIN in Nizza/Frankreich
- 6./7. Oktober 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 10./12. Oktober 2008 – Herbsttagung von IWF und Weltbank in Washington

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 20. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 27. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 2. Juli 2008 – Kabinettsbeschluss
- 2. Juli 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4. und 5. November 2008 – Steuerschätzung
- 13. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
September 2008	August 2008	19. September 2008
Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
Wilhelmstraße 97
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>





Analysen und Berichte

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2008	35
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2008	47
Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige	51
Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2005 bis 2007	61
Ergebnisse des G8-Gipfels in Toyako	67
Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU in Potsdam	73

Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2008

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bis Juni 2008

1	Zusammenfassung der Entwicklung im ersten Halbjahr 2008	35
2	Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ..	36
3	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008	38
4	Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen bis Juni 2008	41
5	Entwicklung der Einnahmen bis Juni 2008	46

- Die Einnahmen- und Ausgabenseite haben sich im bisherigen Haushaltsvollzug insgesamt im Rahmen der Erwartungen entwickelt.
- Entsprechend der Veranschlagung lag auch im ersten Halbjahr 2008 die Steigerung der Einnahmen über der Steigerung der Ausgaben.
- Die im Bundeshaushalt 2008 gesetzten Akzente werden mit dem Haushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 fortgesetzt. Ziel bleibt es, ab dem Jahr 2011 im Bundeshaushalt keine neuen Schulden aufzunehmen.

1 Zusammenfassung der Entwicklung im ersten Halbjahr 2008

Das Haushaltsgesetz 2008 wurde am 30. November 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 22. Dezember 2007 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3227) verkündet.

Ausgaben: Im ersten Halbjahr 2008 betragen die Ausgaben des Bundes 139,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Steigerung um 5,0 Mrd. € bzw. + 3,7%. Rund die Hälfte des Zuwachses ergibt sich aus der Ende 2007 wieder aufgenommenen Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse.

Die investiven Ausgaben beliefen sich bis Ende Juni auf 9,4 Mrd. € und sind im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,3 Mrd. € gestiegen.

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) lagen bis Ende Juni 2008 bei 126,5 Mrd. €. Diese sind damit um

6,5 Mrd. € bzw. + 5,4 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen. Der Zuwachs bei den Steuereinnahmen belief sich auf 4,2 Mrd. € bzw. + 3,9%. Hierzu trug in erster Linie die positive Entwicklung der Gemeinschaftssteuern bei (+ 5,9 Mrd. € bzw. + 6,7%).

Die Verwaltungseinnahmen sind um 2,3 Mrd. € bzw. + 17,8 % gestiegen. Hier wirkte sich besonders der erstmalig in diesem Jahr von der Bundesagentur für Arbeit (BA) an den Bund zu leistende Eingliederungsbeitrag positiv aus. Bis Ende Juni 2008 beliefen sich die Abschlagszahlungen planmäßig auf 2,5 Mrd. €. Im Gegenzug sind die Einnahmen des Ende 2007 abgeschafften Aussteuerungsbeitrag der BA weggefallen (– 1,1 Mrd. €).

Finanzierungssaldo: Der Finanzierungssaldo lag im ersten Halbjahr 2008 bei – 13,1 Mrd. €. Dies sind 1,5 Mrd. € bzw. – 10,1 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dabei stand einer gebuchten Nettotilgung in Höhe von 5,1 Mrd. € ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von 18,2 Mrd. € gegenüber.

Die Haushaltsentwicklung innerhalb eines Jahres verläuft nicht gleichmäßig. Daher können

Tabelle 1: Gesamtübersicht für das erste Halbjahr 2008

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	283,2	139,6	134,6	+ 5,0	+ 3,7
2. Einnahmen	271,1	126,5	120,0	+ 6,5	+ 5,4
– Steuereinnahmen	238,0	111,1	107,0	+ 4,2	+ 3,9
– Verwaltungseinnahmen	33,1	15,3	13,0	+ 2,3	+ 17,8
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 12,1	– 13,1	– 14,6	+ 1,5	– 10,1
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/ aktueller Kapitalmarktsaldo ²	11,9	– 5,1	13,9	– 18,9	X
Kassenmäßiger Fehlbetrag	–	18,2	0,6	+ 17,6	X
Münzeinnahmen	0,2	0,05	0,2	– 0,1	– 75,0
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	24,7	9,4	9,1	+ 0,3	+ 3,3

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Soll: Nettokreditaufnahme, unterjährig: aktueller Kapitalmarktsaldo.

aus den Zahlen zum ersten Halbjahr erfahrungsgemäß nur bedingt Vorhersagen zum weiteren Jahresverlauf getroffen werden. Bisher haben sich die Ausgaben- sowie die Einnahmenseite im Haushaltsvollzug insgesamt im Rahmen der Erwartungen entwickelt. Auf Basis der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung, die bei einer Gesamtbetrachtung im Prinzip die Sollplanung bestätigt hat, sowie der Kassenentwicklung des ersten Halbjahres besteht die Erwartung, dass bei weitgehender Umsetzung der eingeplanten Privatisierungserlöse die im Haushaltsplan 2008 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € eingehalten werden kann.

Ausblick: Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2009 mit dem Finanzplan bis zum Jahr 2012 wurde am 2. Juli 2008 vom Bundeskabinett beschlossen. Das wichtigste haushaltspolitische Ziel bleibt die Rückführung der Nettokreditaufnahme im Jahr 2011 auf Null. Durch den weitgehenden Verzicht auf Privatisierungseinnahmen soll der Bundeshaushalt ab 2012 auch strukturell nahezu ausgeglichen sein. Gleichzeitig will die Bundesregierung in den nächsten Jahren auf der Ausgabenseite wichtige und

wachstumsfördernde Politikfelder wie die Entwicklungshilfe sowie Forschung und Entwicklung stärken.

2 Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum¹

In der Tabelle 2 (siehe S. 37) sind wesentliche Einzelpositionen für Veränderungen zwischen dem Ergebnis Januar bis einschließlich Juni 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum dargestellt.

Postbeamtenversorgungskasse: Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Leistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Die Postbeamtenversorgungskasse konnte durch den Verkauf ihrer Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen ihren Bedarf in den

¹ Anmerkung: Unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabeänderungen haben oftmals lediglich buchungstechnische Gründe. Ursache hierfür sind ggf. ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im weiteren Jahresverlauf aufheben.

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	2,5	–	+ 2,5	X
Elterngeld	4,0	2,1	0,3	+ 1,8	X
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	14,3	13,5	+ 0,9	+ 6,4
Zinsen	41,8	20,0	19,2	+ 0,8	+ 4,3
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Bundeseisenbahnvermögen	5,1	1,3	2,3	– 1,0	– 42,8
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	34,9	17,1	18,0	– 0,9	– 5,1
Erziehungsgeld	0,5	0,4	1,2	– 0,8	– 64,0
Nachrichtlich: Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	–	–

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Jahren 2005 bis 2007 fast vollständig ohne Bundeszuschüsse decken. Ab 2008 setzen nunmehr die gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen des Bundes wieder in vollem Umfang ein.

Elterngeld/Erziehungsgeld (Neuregelung der Familienförderung): Ab dem 1. Januar 2007 wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt. Eltern, deren Kinder bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben aber weiterhin Anspruch auf Erziehungsgeld. Die bis Juni 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1 Mrd. € gestiegenen Ausgaben beim Elterngeld ergeben sich hauptsächlich aus dem größeren Bezieherkreis. Im Laufe des Jahres 2008 wird annähernd die volle Berechtigtenzahl erreicht. Demgegenüber gehen die Ausgaben für das Erziehungsgeld wegen sinkender Berechtigtenzahlen zurück. Der Mittelabfluss ist aber – insbesondere aufgrund von Zahlungsverchiebungen – höher als vorausgesehen, so dass zur Jahresmitte schon fast der gesamte Ansatz (470 Mio. €) abgeflossen ist.

Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung: Der Anstieg der Ausgaben spiegelt die Erhöhung der Ausgabenansätze 2008 im Einzelplan 14 um über 1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr wider. Im Jahresverlauf fließen die Mittel nicht gleichmäßig ab.

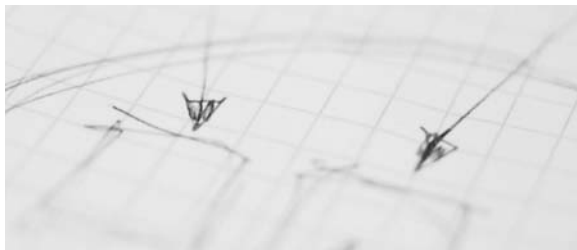
Zinsen: Die gestiegenen Ausgaben für Zinsen gehen zum einen zurück auf die insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2007 verteuerten Konditionen für die Kreditaufnahme sowie auf die Netto neuverschuldung im Jahr 2007. Die Steigerung des Zinsniveaus in der ersten Jahreshälfte 2008 hat darüber hinaus zu einer weiteren Erhöhung der Zinsausgaben in diesem Zeitraum geführt.

Bundeseisenbahnvermögen: Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 1 Mrd. € niedrigere Erstattung resultiert im Wesentlichen aus dem Zahlungseingang für die Privatisierung des Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH.

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Der Rückgang der Ausgaben spiegelt die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider. Die im ersten Halbjahr um 0,6 Mrd. € geringeren Ausgaben für das Arbeitslosengeld II ergeben sich aus dem Sinken der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Der Rückgang der Ausgaben für die Beteiligung des Bundes an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung um – 0,2 Mrd. € hat zwei Ursachen. Zum einen ist dies grundsätzlich der Rückgang der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften und zum anderen ist wegen dieses Rückgangs die durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes an den kommunalen Leistungen für

Unterkunft und Heizung im Jahr 2008 mit 29,2 % um 2,6 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2007 mit 31,8 %. Die Verwaltungskosten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind um – 0,1 Mrd. € geringer als im 1. Halbjahr des Vorjahres. Die leicht gestiegenen Ausgaben für Eingliederung (+ 0,1 Mrd. €) bei einem Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften unterstreichen die Anstrengungen der Träger, die Hilfebefürftigen entsprechend der Intention des SGB II bei der Integration in Erwerbstätigkeit zu unterstützen (vgl. auch Tabelle 3, S. 41).

Bundesbankgewinn: Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 11. März 2008 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 festgestellt. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 4,285 Mrd. € ist von der Deutschen Bundesbank am selben Tag an den Bund abgeführt worden. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Es wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. € im Bundeshaushalt vereinnahmt. Der überschüssige Betrag von 0,785 Mrd. € wurde – wie es die gesetzliche Regelung seit 1999 vorschreibt – zur Schuldentilgung beim Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt.



3 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Steuerpolitik

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912), welches zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland deutlich erhöht. Nationalen wie internationalen Investoren werden attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen wird langfristig gesichert und ein weiterer Verlust an der Steuerbasis verhindert. Für das Jahr 2008 werden Steuermindereinnahmen in Höhe von 6,6 Mrd. € erwartet. Auf mittlere Sicht soll eine jährliche steuerliche Entlastung von 5 Mrd. € nicht überschritten werden.

Die Kernelemente der Reform sind:

- die **Senkung des Körperschaftsteuersatzes** von 25 % auf 15 % sowie die gleichzeitige Senkung der Messzahl für die Berechnung der Gewerbesteuer auf 3,5 %, sodass einschließlich Solidaritätszuschlag eine nominale steuerliche Gesamtbelastung von 29,83 % (bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 400 %), also eine Senkung um fast neun Prozentpunkte erreicht wird;
- eine **Tarifvergünstigung für thesaurierte Gewinne** von Personenunternehmen, die Belastungsgleichheit mit Kapitalgesellschaften herstellt;
- als besondere Mittelstandskomponente die Umgestaltung der bisherigen Ansparabschreibung nach § 7g EStG in einen verbesserten und einfacher zu handhabenden Investitionsabzugsbetrag für kleine und mittlere Unternehmen;
- die Erhöhung des Faktors zur **Anrechnung der Gewerbesteuer** auf die Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8 – damit werden die meisten Personenunternehmen im wirtschaftlichen Ergebnis vollständig von der Gewerbesteuer entlastet;
- die Einführung einer „**modifizierten Zinsschranke**“ bei einer Freigrenze in Höhe von

1 Mio. € mit dem Ziel, einen im Verhältnis zu den geltend gemachten Finanzierungsaufwendungen angemessenen Gewinn zu versteuern sowie

- die Hinzurechnung in Höhe von 25 % aller Zinsen und der Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen bei der Ermittlung des Gewerbeertrags (bei Gewährung eines Freibetrags in Höhe von 100 000 €).

Mit dem **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2332) wurden die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vereinbarungen insbesondere zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement durch eine Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts umgesetzt („Hilfen für Helfer“). Bürgerschaftliches Engagement wird rückwirkend ab Januar 2007 mit einem Volumen von rund 490 Mio. € jährlich stärker steuerlich gefördert als vorher.

Mit dem „**Zweiten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft**“ vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) wurden die Gewinn Grenzen für die Buchführungspflicht für kleine und mittlere Unternehmen von 30 000 € auf 50 000 € angehoben.

Im Rahmen des **Jahressteuergesetzes 2008 vom 20. Dezember 2007** (BGBl. I S. 3150) wurde eine Vielzahl von Regelungen beschlossen, die insbesondere den Bürokratieabbau und die Steuerrechtsvereinfachung, die Umsetzung europarechtlicher Vorgaben sowie fachliche Einzelmaßnahmen zum Gegenstand haben.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung: Nachdem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt wurden (Haushaltsbegleitgesetz 2006), werden beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssatzsenkung um 0,9 Prozentpunkte auf dann 3,3 % nachhaltig entlastet (bei gleichzeitiger Erhöhung des Pflegebeitrages um 0,25 Pro-

zentpunkte zum 1. Juli 2008). Möglich wurde diese weitere Beitragssatzsenkung durch die mit der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einhergehende positive Entwicklung des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Aussteuerungsbetrag / Eingliederungsbeitrag: Der von der BA an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag nach § 46 Abs. 4 SGB (Sozialgesetzbuch) II wurde zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen wurde die BA ab dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag zur Hälfte an den vom Bund zu tragenden Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende beteiligt. Dies sind 5 Mrd. € in 2008. Mit dem reformierten Instrument sollen Anreize für die BA gesetzt werden, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag entsprechend zu vermindern. Weiterhin bleibt eine Ausgleichskomponente erhalten, weil die BA durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von bis dahin erbrachten Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen für Langzeitarbeitslose entlastet worden ist.

Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für Ältere (7. Gesetz zur Änderung des SGB III vom 8. April 2008, BGBl. I vom 11. April 2008 S. 681): Die Reformen am Arbeitsmarkt und die gute konjunkturelle Entwicklung haben dazu beigetragen, dass die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer deutlich gestiegen ist. Gleichwohl gestaltet sich die berufliche Wiedereingliederung für viele ältere Arbeitnehmer nach wie vor schwierig. Deshalb soll die soziale Sicherung der älteren Arbeitnehmer und ihre Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Als zusätzliches Förderinstrument wird ein Eingliederungsgutschein eingeführt. Dieser unterstützt die betroffenen älteren Arbeitnehmer bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. In den Eingliederungsvereinbarungen, welche die Agenturen für Arbeit mit den betroffenen älteren Arbeitnehmern treffen, werden gleichzeitig notwendige Eigenbemühungen festgehalten. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose hat sich wie folgt verlängert: 15 Monate ab 50 Jahren (30 Monate Vorversicherungszeiten (VVZ) innerhalb

der letzten fünf Jahre), 18 Monate ab 55 Jahren (36 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre) und 24 Monate ab 58 Jahren (48 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre).

Für **Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit** ist das Programm „Kommunal-Kombi“ seit dem 1. Januar 2008 in Kraft: Bis 31. Dezember 2009 sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Förderfähig sind insgesamt 79 Regionen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von mindestens 15 %. Das Programm richtet sich an Menschen, die seit mindestens einem Jahr Arbeitslosengeld II beziehen und seit zwei oder mehr Jahren arbeitslos sind.

Weitere wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Mit dem **22. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)** vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254) erhöhten Bund und Länder ihre Leistungen erheblich. Durch die Kombination von Maßnahmen werden rund 100 000 Studenten (einschließlich Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung erreicht. Das bedeutet für viele eine erhöhte Attraktivität zur Aufnahme eines Studiums und trägt somit zum Ziel einer breiteren Beteiligung an Hochschulbildung erheblich bei. Im Ergebnis steigen die BAföG Bedarfssätze um 10 %. Die Freibeträge werden um 8 % angehoben. Außerdem wurde die Hinzuverdienstgrenze für alle Auszubildenden auf die Höhe der auch für sog. „Minijobs“ geltenden Einkommensgrenze von 400 € monatlich ausgedehnt. Diese Änderungen treten zum 1. Oktober 2008 in Kraft. Sofort nach Inkrafttreten der BAföG-Novelle wirksam ist der für Auszubildende mit Kindern gezahlte Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von 113 € monatlich für das erste und 85 € für jedes weitere Kind.

4 Entwicklung wesentlicher Ausgabenpositionen bis Juni 2008

Soziale Sicherung

In Tabelle 3 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt.

Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2008 140,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 49,5 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,2	44,4	44,5	- 0,01	- 0,02
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,2	22,3	22,3	- 0,01	- 0,03
– zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,2	10,6	10,4	+ 0,2	+ 1,9
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	5,7	5,8	- 0,03	- 0,6
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,3	0,3	- 0,02	- 8,0
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche/hüttenknappschaftliche RV	6,2	3,5	3,6	- 0,1	- 2,8
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	1,5	1,5	- 0,01	- 0,9
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondersversorgungssysteme in die RV	1,6	0,9	0,9	- 0,03	- 3,1
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	1,3	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	2,1	1,9	+ 0,2	+ 10,4
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	1,1	1,2	- 0,02	- 1,8
– Krankenversicherung	1,2	0,6	0,6	+ 0,02	+ 3,5
– Unfallversicherung	0,1	0,3	0,1	+ 0,2	X
Arbeitsmarktpolitik	42,9	21,2	21,7	- 0,5	- 2,2
darunter:					
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,6	3,8	3,2	+ 0,6	+ 17,3
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,4	0,3	0,5	- 0,1	- 30,7
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	34,9	17,1	18,0	- 0,9	- 5,1
darunter:					
– Arbeitslosengeld II	20,9	11,2	11,8	- 0,6	- 5,4
– Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,9	2,0	2,2	- 0,2	- 9,5
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	3,6	1,6	1,8	- 0,1	- 8,2
– Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,4	2,3	2,2	0,1	+ 5,1
Elterngeld	4,0	2,1	0,3	+ 1,8	X
Erziehungsgeld	0,5	0,4	1,2	- 0,8	- 64,0
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,1	0,1	+ 0,002	+ 2,9
Wohngeld	1,0	0,2	0,3	- 0,1	- 26,6
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,3	0,3	+ 0,01	+ 4,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,3	1,3	1,4	- 0,1	- 8,1

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Allgemeine Dienste

Bei den in Tabelle 4 dargestellten wesentlichen Ausgaben des Bundes für „Allgemeine Dienste“ handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenar-

beit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2008 mit 50,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 17,7 % an den Gesamtausgaben.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	14,3	13,5	+ 0,9	+ 6,4
– Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und mili- tärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	9,5	3,9	3,5	+ 0,5	+ 14,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,0	2,8	2,5	+ 0,3	+ 10,7
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,1	1,1	1,0	+ 0,1	+ 7,6
– Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,5	0,5	0,4	+ 0,1	+ 18,4
– Beitrag zu den „Europäischen Entwicklungsfonds“	0,8	0,4	0,4	+ 0,1	+ 15,1
– Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere inter- nationale Einrichtungen und internationa- le Nichtregierungsorganisationen	0,3	0,2	0,1	+ 0,1	+ 66,7
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	7,0	3,2	4,4	– 1,2	– 27,7
– Zivildienst	0,6	0,3	0,3	+ 0,02	+ 8,1
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,6	1,5	1,5	– 0,01	– 0,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,4	1,5	1,3	+ 0,2	+ 14,6
Nachrichtlich:					
Ausgaben für Versorgung	7,0	3,7	4,7	– 1,0	– 20,9
– Ziviler Bereich	2,8	1,4	2,4	– 1,0	– 42,6
– Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,2	2,3	2,3	+ 0,05	+ 2,0

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2008 13,8 Mrd. € vorgesehen. Dies entspricht einem Anteil von 4,9% an den Gesamtausgaben.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	
					in %
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,5	0,3	0,4	– 0,2	– 40,7
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,8	2,7	2,6	+ 0,1	+ 5,4
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,0	1,0	1,0	+ 0,01	+ 1,1
darunter:					
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,2	0,2	– 0,01	– 3,0
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,1	0,1	+ 0,03	+ 30,1
– Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,4	0,5	0,5	– 0,04	– 6,9
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,0	0,3	0,4	– 0,02	– 5,1
– Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,2	0,2	+ 0,01	+ 6,8
– Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,05	0,04	+ 0,01	+ 21,6
– Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,1	0,1	+ 0,0	+ 0,0
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,3	0,7	0,6	+ 0,02	+ 2,8
Hochschulen	2,5	1,0	0,8	+ 0,2	+ 27,3
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,3	0,3	–	–
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,3	0,3	– 0,05	– 14,3
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,1	0,01	+ 0,1	X
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,1	0,04	+ 0,1	X
– Hochschulpakt 2020	0,2	0,1	–	+ 0,1	X
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	+ 0,01	+ 14,2
Nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,7	0,9	0,9	+ 0,02	+ 1,7

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In der Tabelle 6 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die

Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2008 auf 11,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 3,9 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,6 Mrd. € werden 30,6 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	
					in %
Straßen	6,0	2,1	2,0	+ 0,1	+ 6,2
– Bundesautobahnen	3,3	1,2	1,2	+ 0,02	+ 1,5
– Bundesstraßen	2,4	0,8	0,7	+ 0,1	+ 11,5
Wasserstraßen und Häfen	1,5	0,7	0,6	+ 0,1	+ 19,8
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	0,7	0,7	–	–
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personen-nahverkehr	0,3	0,1	0,1	+ 0,01	+ 8,3
Nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:					
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	1,1	1,3	– 0,2	– 12,2
– Bundeseisenbahnvermögen	5,1	1,3	2,3	– 1,0	– 42,8

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Wirtschaftsförderung

In Tabelle 7 sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft aufgeführt. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2008 auf 6,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,1% an den Gesamtausgaben.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7²	0,3	0,3	+ 0,04	+ 14,3
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,6	0,3	0,3	+ 0,1	+ 24,7
Förderung des Kohlenbergbaus	2,0	1,9	1,7	+ 0,1	+ 8,3
Mittelstandsförderung³	0,8	0,3	0,2	+ 0,04	+ 18,9
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,1	0,1	+ 0,03	+ 31,0
Gewährleistungen	1,1	0,3	0,3	– 0,01	– 2,4
Landwirtschaft	1,0	0,3	0,2	+ 0,03	+ 12,3
– Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	0,6	0,1	0,1	– 0,02	– 20,6

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Soll ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

³ Ohne Altprogramme.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Zinsen	41,8	20,0	19,2	+ 0,8	+ 4,3
Wohnungswesen	1,2	0,5	0,6	– 0,1	– 18,8
darunter die Schwerpunkte:					
– Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,3	0,3	+ 0,002	+ 1,0
– Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,1	0,2	– 0,03	– 16,8
Städtebauförderung	0,5	0,1	0,1	+ 0,02	+ 15,6
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,0	0,4	0,4	+ 0,1	+ 13,9
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	2,5	–	+ 2,5	X
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,1	0,1	– 0,004	– 4,1

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

5 Entwicklung der Einnahmen bis Juni 2008

In der Tabelle 9 sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2008 aufgeführt. Den weitaus größten Anteil (87,8 %) haben die im Soll 2008 mit 238,0 Mrd. € veranschlagten Steuereinnahmen.

Sonstige Einnahmen sind im Jahr 2008 in Höhe von 33,1 Mrd. € vorgesehen, was einem Anteil von 12,2 % an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,2 Mrd. € veranschlagt.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Einnahmen	271,1	126,5	120,0	+ 6,5	+ 5,4
darunter:					
Steuern	238,0	111,1	107,0	+ 4,2	+ 3,9
Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage	191,7	94,0	88,2	+ 5,9	+ 6,7
– Lohnsteuer	59,9	27,3	25,2	+ 2,0	+ 8,1
– Veranlagte Einkommensteuer	12,7	6,0	3,8	+ 2,2	+ 55,9
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,1	5,3	4,7	+ 0,7	+ 14,4
– Zinsabschlag	5,3	3,4	2,8	+ 0,7	+ 24,3
– Körperschaftsteuer	8,9	4,8	5,8	– 1,0	– 18,1
– Steuern vom Umsatz	96,6	46,8	45,4	+ 1,4	+ 3,0
– Gewerbesteuerumlage	1,2	0,4	0,4	– 0,04	– 10,2
Bundessteuern	87,9	38,2	38,1	+ 0,1	+ 0,4
– Energiesteuer	40,3	14,2	13,8	+ 0,5	+ 3,4
– Tabaksteuer	14,1	5,8	6,4	– 0,6	– 8,8
– Solidaritätszuschlag	12,8	6,7	6,2	+ 0,5	+ 8,0
– Versicherungssteuer	10,5	6,5	6,4	+ 0,1	+ 1,1
– Stromsteuer	6,6	3,1	3,6	– 0,5	– 13,8
– Branntweinsteuer	2,2	1,1	0,9	+ 0,2	+ 21,6
– Kaffeesteuer	1,0	0,5	0,6	– 0,1	– 14,6
– Schaumweinsteuer	0,5	0,2	0,2	+ 0,1	+ 29,2
– Sonstige Bundessteuern	0,001	0,001	0,001	+ 0,0002	+ 18,8
Abzugsbeträge²	– 41,7	– 21,1	– 19,2	– 1,9	+ 9,7
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,7	– 7,3	– 7,4	+ 0,2	– 2,1
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	– 6,6	– 3,3	– 3,4	+ 0,02	– 0,5
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 4,1	– 2,2	– 1,9	– 0,4	+ 19,8
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,2	– 8,3	– 6,6	– 1,7	+ 25,2
Sonstige Einnahmen	33,1	15,3	13,0	+ 2,3	+ 17,8
Darunter:					
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	–	–
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	12,5	2,3	2,2	+ 0,1	+ 5,6
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	–	–	1,1	– 1,1	X
– Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,0	2,5	–	+ 2,5	X

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2008¹

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2008	47
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2008	49
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	50

- Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen gegenüber dem Vorjahr um + 5,9 %.
- Die positive Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern hält an.
- Die Einnahmen aus reinen Bundes- und Ländersteuern stagnieren.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2008

249 676 Mio. €, das sind + 13 863 Mio. € bzw. + 5,9 % mehr als im 1. Halbjahr 2007.

Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2008 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2008

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2008

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Halbjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	197 765	183 942	13 823	7,5
Reine Bundessteuern	38 214	38 071	143	0,4
Reine Ländersteuern	11 790	11 846	– 56	– 0,5
Zölle	1 906	1 954	– 48	– 2,4
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	249 676	235 813	13 863	5,9

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. Halbjahr 2008 im Vorjahresvergleich um +7,5% zu. Im 1. Quartal hatten sie um +9,7% über dem entsprechenden Vorjahreswert gelegen. Die Steigerung im 2. Quartal verlief mit +5,6% etwas weniger dynamisch. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass im 1. Quartal der Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs aus der Eigenheimzulage positiv zu Buche schlug.

Die Einnahmen aus der **Lohnsteuer** stiegen im 1. Halbjahr 2008 mit +7,6%. Ausschlaggebend waren die Ausdehnung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse aufgrund der guten konjunkturellen Situation und der Rückgang der aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen.

Das Aufkommen aus der **veranlagten Einkommensteuer** hat sich in der ersten Jahreshälfte 2008 von 9 020 Mio. € auf 14 066 Mio. € gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum erhöht (+55,9%). Der Zuwachs ist überwiegend auf die deutlich verbesserte Gewinnsituation der Personenunternehmen zurückzuführen. Die Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, blieb um –1 387 Mio. € unter dem Vorjahresniveau und auch die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (§ 46 EStG) gingen im gleichen Abrechnungszeitraum um –1 467 Mio. € zurück.

Die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** unterschritten im Berichtszeitraum infolge der Unternehmensteuerreform das Niveau des 1. Halbjahres 2007 um –18,1%. Dabei fiel der Rückgang im 2. Quartal 2008 mit –22,5% deutlich höher als im Vorquartal mit –13,0%.

Beim **Zinsabschlag** ist im 1. Halbjahr 2008 ein Zuwachs um +24,3% festzustellen. Ursächlich für den Anstieg war neben der gestiegenen Durchschnittsverzinsung zumindest im Januar noch die Kürzung des Sparer-Freibetrages. Bei dieser Steuer war nach einem Plus von +29,0% im 1. Quartal mit +15,1% im 2. Quartal eine deutliche Verlangsamung der Aufkommensentwicklung zu beobachten. Allerdings ist der Zuwachs immer noch höher als erwartet.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** – im wesentlichen Steuern auf ausgeschüttete Gewinne – stiegen im Berichtszeitraum um +14,4%. Nach einer Zunahme

von +10,2% im 1. Quartal 2008 wies das Aufkommen im 2. Quartal 2008 eine Wachstumsrate von +16,2% auf.

Die Kasseneinnahmen der Steuern vom Umsatz erreichten im 1. Halbjahr 2008 im Vorjahresvergleich einen um +3,8% höheren Wert. Im 2. Quartal 2008 war mit +2,2% (nach +5,4% im 1. Quartal 2008) eine Abschwächung zu verzeichnen, weil sich in den Kassenmonaten Januar und Februar 2008 die Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes noch auswirkte. Die Umsatzsteuer stieg im Berichtszeitraum lediglich um +1,4%, die Einfuhrumsatzsteuer aus Nicht-EU-Ländern um +11,5%. Dabei ist allerdings der steuertechnische Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der vom steigenden Ölpreis getriebene Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer zunächst entsprechend hohe Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, was das Aufkommen der Binnenumsatzsteuer vermindert. Dennoch ist festzustellen, dass sich die vereinbarten Lohnzuwächse und die steigende Beschäftigung bisher noch nicht positiv ausgewirkt haben. Die Konsumenten reagieren eher verhalten und vorsichtig.

Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern stagnierten die reinen Bundessteuern auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Insgesamt nahmen sie im 1. Halbjahr 2008 lediglich um +0,4% zu.

Im 1. Halbjahr 2008 weist die **Energiesteuer** als die aufkommensstärkste Bundessteuer einen Anstieg um +3,4% auf. Die Energiesteuer auf Heizöl ging im Berichtszeitraum um –26,4% zurück, während sich die Einnahmen der Energiesteuer auf Erdgas um +12,9% erhöhten. Daten zur Entwicklung des Mineralölverbrauchs deuten darauf hin, dass in den kommenden Monaten mit einer schwächeren Entwicklung bei der Energiesteuer zu rechnen ist.

Das **Tabaksteueraufkommen** hat im 1. Halbjahr 2008 um –8,8% abgenommen (–12,7% im ersten und –5,6% im zweiten Quartal). Insbesondere bei den Fertigzigaretten und beim Feinschnitt kam es zu Einnahmeeinbußen. Allerdings muss für das erste Quartal die erhöhte Basis berücksichtigt werden, da es zu Jahresbeginn 2007 wegen der Erhöhung der Mindeststeuer zum 15. Februar 2007 zu Vorzieheffekten kam. Außerdem hat sich die Ausweitung des Nichtraucher-schutzes ausgewirkt.

Der **Solidaritätszuschlag** stieg um +8,0 % an, die Versicherungsteuer um +1,1 %. Die Branntweinsteuer weist mit +21,7 % ebenso eine positive Veränderungsrate auf wie die Schaumweinsteuer (+29,3 %) und die Zwischenerzeugnissteuer (+27,5 %). Diese Zuwächse sind jedoch überwiegend durch veränderte Zahlungsfristen bedingt und somit technischer Natur. Bei der Stromsteuer macht sich mit einer Einnahmensenkung um –13,8 % das sparsame Verbrauchsverhalten der Konsumenten angesichts der Versteuerung der Energie bemerkbar. Auch die Kaffeesteuer unterschritt ihr Vorjahresergebnis um –14,6 %.



Die reinen Ländersteuern lagen im 1. Halbjahr 2008 um –0,5 % unter Vorjahresniveau. Hervorzuheben ist der Zuwachs bei der Erbschaftsteuer mit +10,7 %. Die Kraftfahrzeugsteuer übertraf mit +0,8 % das Ergebnis der ersten sechs Monate des Jahres 2007 nur geringfügig. Damit konnten aber die Ausfälle bei der Grunderwerbsteuer (–8,6 %), bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (–2,3 %) und bei der Biersteuer (–3,9 %) nicht kompensiert werden.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) wiesen im April 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von +5,2 % auf. Ursächlich für diese positive Entwicklung war der Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern (+6,0 %) und hier wiederum vor allem der gewinnabhängigen Steuern. Die Bundessteuern verbesserten sich lediglich um +1,7 %, die Ländersteuern hingegen um +7,8 %.

Ähnlich sah es im Mai 2008 aus: Die Steuereinnahmen insgesamt stiegen um +3,2 %, wobei der Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern mit +4,5 % nicht ganz so hoch war wie im April. Die Bundessteuern unterschritten ihr Vorjahresergebnis um –2,3 %, die Ländersteuern übertrafen es demgegenüber um +2,7 %, letztere getragen von der Entwicklung der Erbschaftsteuer (+21,5 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+5,1 %).

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat Juni 2008 lagen die Steuereinnahmen um +4,9 % über dem Vorjahreswert. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um +6,1 % zu, während die reinen Bundessteuern das Niveau des Vorjahres lediglich um knapp +50 Mio. € bzw. +0,7 % übertrafen. Die reinen Ländersteuern verzeichneten ein Minus von –0,6 %, wobei das positive Ergebnis bei der Erbschaftsteuer (+44,5 %) die Rückgänge bei der Grunderwerbsteuer (–19,1 %), der Kraftfahrzeugsteuer (–4,0 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (–22,1 %) und der Biersteuer (–3,5 %) nicht ganz ausgleichen konnte.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Bund, Länder und Gemeinden konnten im 1. Halbjahr 2008 allesamt einen Einnahmewachstum im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnen. Da sich gleichzeitig die Abführungen von EU-Eigenmitteln erhöhten, ist der Zuwachs beim Bund etwas weniger stark ausgeprägt als bei Ländern und Gemeinden.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2008 auf Bund, EU, Länder und

Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2008 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. Halbjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Bund ¹	112 535	108 455	4 080	3,8
EU	12 400	10 417	1 983	19,0
Länder ¹	109 841	103 755	6 086	5,9
Gemeinden ²	14 900	13 186	1 715	13,0
Zusammen	249 676	235 813	13 863	5,9

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige

1	Ziel der Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige	51
2	Organisatorischer Hintergrund zur Identifikationsnummer	53
3	Rechtlicher Hintergrund zur Identifikationsnummer	54
4	Verfahren zur Vergabe der Identifikationsnummer	56
4.1	Beteiligte	56
4.2	Verfahrensschritte zum Versand der Mitteilungsschreiben	57
4.3	Der Weg der Identifikationsnummer ins Finanzamt	59
5	Anwendungen	60
6	Ausblick	60

- Identifikationsnummern für Besteuerungsverfahren ermöglichen zielgenaue Datenübermittlungen und damit mehr E-Government in der Steuerverwaltung.
- Serviceleistungen der Steuerverwaltung wie z. B. vorausgefüllte elektronische Steuererklärungsformulare und elektronische Belege werden möglich.
- Kontakte zur Steuerverwaltung sind für Steuerpflichtige künftig effizienter zu erledigen.
- Missbrauch von Leistungen kann wirksamer bekämpft werden.

1 Ziel der Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige

Die bundeseinheitliche Identifikationsnummer für alle Bürgerinnen und Bürger ist Bestandteil der umfassenden E-Government-Strategie der Bundesregierung. Ziel ist, den Bürgern die Erledigung ihrer steuerlichen Angelegenheiten zu erleichtern. Für die Steuerverwaltung ist die bundeseinheitliche Identifikationsnummer ein entscheidender Schritt in Richtung des elektronischen Zeitalters.

Die Identifikationsnummer wird zunächst das aus den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammende Lohnsteuerverfahren kostensparend modernisieren und bürgerfreundlicher gestalten. Die Einführung der Identifikationsnummer ist Voraussetzung für die Abschaffung der Karton-Lohnsteuerkarte, die für das

Jahr 2010 letztmalig ausgestellt werden soll. Damit wird Bürokratie abgebaut und die Transparenz des Besteuerungsverfahrens erhöht. Leistungsmissbrauch und Steuerbetrug können wirksamer bekämpft werden. Im Ergebnis wird die bundeseinheitliche Identifikationsnummer auch zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen.

Jeder Bürger erhält für steuerliche Zwecke seine persönliche Identifikationsnummer, die sich nicht mehr ändert. Auch Neugeborene bekommen eine Steueridentifikationsnummer, da natürliche Personen nach dem Einkommensteuergesetz bereits mit der Geburt einkommensteuerpflichtig sind. Zwar werden Neugeborene im Regelfall noch keine Einkommensteuer schulden, dennoch können derartige Konstellationen nicht von vornherein ausgeschlossen werden (z. B. bei Kapitalerträgen).

Bei den beim Bundeszentralamt für Steuern gespeicherten Daten handelt es sich um Stammdaten, die auch noch Jahre nach dem Tod eines

Steuerpflichtigen zur Erfüllung der den Finanzbehörden obliegenden Aufgaben erforderlich sein können, z. B. wenn das Besteuerungsverfahren gegenüber den Erben oder Gesamtrechtsnachfolgern fortzusetzen und abzuschließen ist. Die beim Bundeszentralamt für Steuern gespeicherten Daten werden daher erst 20 Jahre nach dem Tod des Steuerpflichtigen gelöscht.

Die Identifikationsnummer besteht aus elf Ziffern, die nicht aus anderen Daten über den Steuerpflichtigen gebildet oder abgeleitet wurden. Die elfte Ziffer ist eine Prüfziffer. Dargestellt wird die Steueridentifikationsnummer – von hinten beginnend – in dreistelligen Kolonnen ohne Trennstriche (Beispiel: 12 345 678 901).

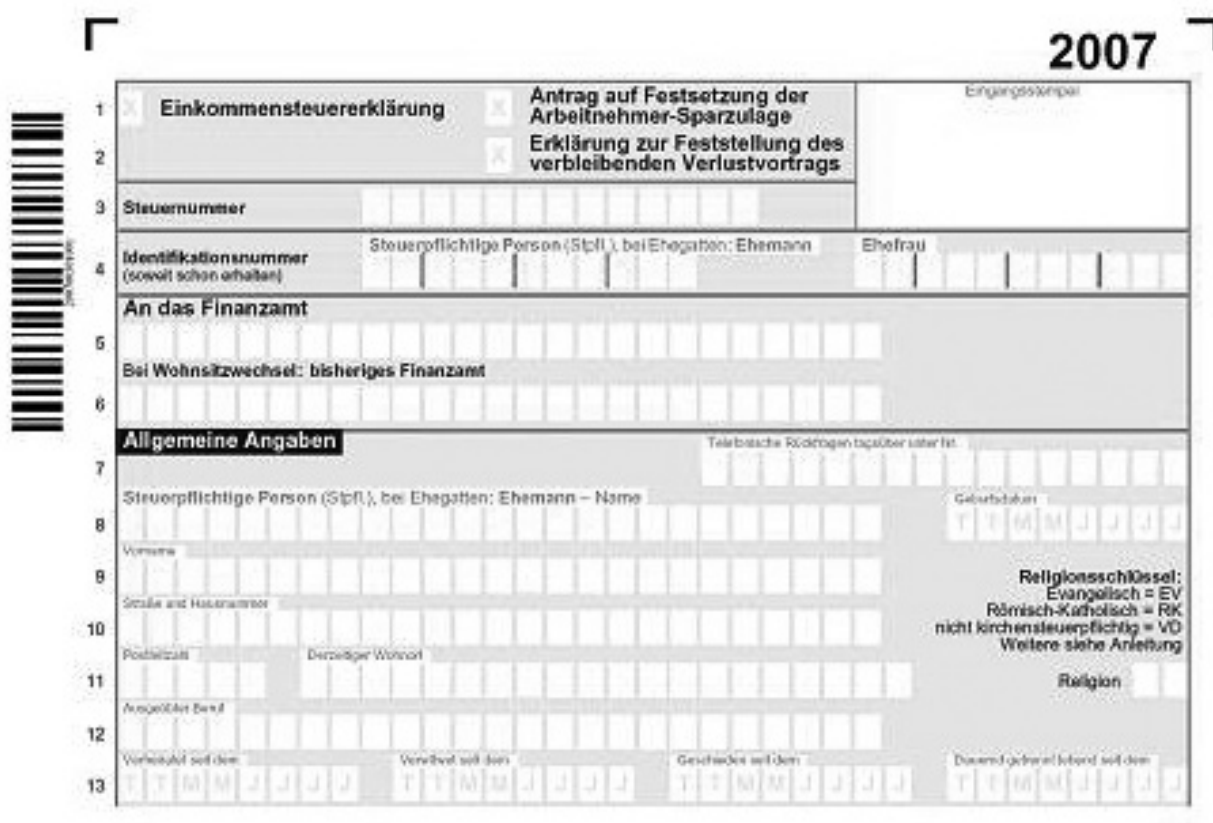
Die Identifikationsnummer ist bei Anträgen, Erklärungen oder Mitteilungen gegenüber Finanzbehörden anzugeben. Für die Bürgerinnen und Bürger, die noch keine Identifikationsnummer erhalten haben, wird der Kontakt zum Finanzamt über die bisherige Steuernummer auch weiter möglich sein. In den neuen Vordrucken ist daher noch ein Eingabefeld für die Steuernummer vorgesehen.

Da die Identifikationsnummer vom Bundeszentralamt für Steuern auf der Grundlage von

Datenlieferungen der kommunalen Meldebehörden gebildet wird, können nicht alle Einwohner sofort und zur selben Zeit ihre Identifikationsnummer erhalten, denn der Abgleich der Meldedaten wird einige Zeit beanspruchen. Daher wird die Nutzung der Steuernummer bis auf Weiteres möglich sein. Geplant ist aber, dass die Identifikationsnummer die Steuernummer ablösen wird.

Die herkömmliche Steuernummer ist insbesondere für die organisatorischen Abläufe im Finanzamt von Bedeutung. Bisher konnten bereits geringfügige Änderungen in der Organisation eines Finanzamtes bzw. ein Umzug oder eine Änderung der Besteuerungsmerkmale des Steuerpflichtigen die Vergabe neuer Steuernummern auslösen. Die Identifikationsnummer wird hingegen künftig jederzeit die eindeutige Identifizierung eines Steuerpflichtigen ermöglichen. Damit können elektronische Kommunikations- und Verarbeitungsverfahren künftig wesentlich effektiver genutzt werden, was zu einer schnelleren und effizienteren Bearbeitung von Steuererklärungen und Anträgen des Steuerpflichtigen führen wird.

Abbildung: Vordruck zur Einkommensteuererklärung 2007



Das Bild zeigt den Vordruck zur Einkommensteuererklärung für das Jahr 2007. Die Form ist in mehrere Abschnitte unterteilt, die durch eine vertikale Spalte mit den Nummern 1 bis 13 markiert sind. Links neben der Form befindet sich ein Barcode. Rechts oben ist das Jahr '2007' angegeben.

1 ☒ **Einkommensteuererklärung** ☒ **Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage** ☐ **Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags** ☐ **Einkunftssteuere**

2

3 **Steuernummer**

4 **Identifikationsnummer** (soweit schon erhalten) **Steuerpflichtige Person (Stpl.), bei Ehegatten: Ehemann** **Ehefrau**

5 **An das Finanzamt**

6 **Bei Wohnsitzwechsel: bisheriges Finanzamt**

7 **Allgemeine Angaben** **Teilweise Rückfragen später überl.**

8 **Steuerpflichtige Person (Stpl.), bei Ehegatten: Ehemann – Name** **Geburtsdatum**

9 **Vorname**

10 **Strasse und Hausnummer** **Religionsschlüssel:**
Evangelisch = EV
Römisch-Katholisch = RK
nicht kirchensteuerpflichtig = VD
Weitere siehe Anleitung

11 **Postleitzahl** **Darzeliger Wohnort** **Religion**

12 **Ausgeübter Beruf**

13 **Verheiratet seit dem** **Verwitwet seit dem** **Geschieden seit dem** **Dauernd getrennt lebend seit dem**

2 Organisatorischer Hintergrund zur Identifikationsnummer

Die Identifikationsnummer ist ein Produkt langwieriger technischer, organisatorischer und rechtlicher Vorüberlegungen, die bereits in den 90er-Jahren im Projekt FISCUS angestoßen worden sind. Strategisches Ziel war und ist eine grundlegende Erneuerung der Steuernummernsysteme der Steuerverwaltungen der Länder. Die bestehenden Steuernummernsysteme bilden fast ausschließlich die internen Organisationsstrukturen der jeweiligen Steuerverwaltung eines Landes ab. So haben sich – vorrangig zum Zweck der Organisation der Arbeitsabläufe in den Finanzämtern – ausgefeilte Steuernum-

mernsysteme innerhalb der einzelnen Landesverwaltungen entwickelt.

Die Finanzämter sind in der Regel in „Steuerbezirke“ untergliedert. Diese Steuerbezirke werden entweder nach der Art des Steuerfalles (z. B. natürliche Person mit Überschusseinkünften, natürliche Person mit Gewinneinkünften, juristische Person, Personengesellschaften, Grundstücksgemeinschaften etc.), nach Branchen (z. B. Bäcker, Metzger, Wirte) oder aber auch nach regionalen Kriterien oder alphabetisch nach Namen gebildet. Anhand der „Bezirksnummer“ als Bestandteil der Steuernummer lässt sich somit feststellen, welche Organisationseinheit im Finanzamt für den jeweiligen Steuerfall zuständig ist.

Bundeseinheitlich ist an der bisherigen Steuernummer lediglich die Anzahl der Stellen. Die Belegung dieser 13 Stellen ist in den Ländern allerdings nicht einheitlich:

Tabelle 1: Aufbau der Steuernummern

Inhalt in den Stellen*													
Land	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Baden-Württemberg	L	L	F	F	0	B	B	B	U	U	U	U	P
Berlin													
Bremen													
Hamburg													
Hessen													
Niedersachsen													
Rheinland-Pfalz													
Schleswig-Holstein													
Bayern	L	F	F	F	0	B	B	B	U	U	U	U	P
Brandenburg	L	L/F	F	F	0	B	B	B	U	U	U	U	P
Mecklenburg-Vorpommern													
Sachsen													
Sachsen-Anhalt													
Thüringen													
Nordrhein-Westfalen	L	F	F	F	B	B	B	B	0	U	U	U	P
Saarland	L	L	F	F	0	B	B	B	0	U	U	U	P

* Es bedeuten:

L = Länderschlüssel

Baden-Württemberg = 28

Bayern = 9

Berlin = 11

Brandenburg = 30

Bremen = 24

Hamburg = 22

Hessen = 26

Mecklenburg-

Vorpommern = 40

Niedersachsen = 23

Nordrhein-Westfalen = 5

Rheinland-Pfalz = 27

Saarland = 10

Sachsen = 32

Sachsen-Anhalt = 31

Schleswig-Holstein = 21

Thüringen = 41

F = Finanzamtsnummer

L/F = zugleich Länderschlüssel und Finanzamtsnummer

B = Bezirksnummer, ggf. mit führenden Nullen

U = Unterscheidungsnummer, ggf. mit führenden Nullen

P = Prüfziffer

0 = '0'

In der Praxis wird den Steuerpflichtigen überwiegend die vollständige Steuernummer mitgeteilt. In einigen Fällen wird dabei jedoch auf den Länderschlüssel und manchmal auch auf die Finanzamtsnummer verzichtet.

Jede organisatorische Änderung in der Steuerverwaltung kann zur Vergabe einer neuen Steuernummer an die Steuerpflichtigen führen. Darüber hinaus kann sich die Steuernummer ändern, wenn sich die steuerlichen Merkmale eines Steuerbürgers ändern. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ein Steuerpflichtiger zusätzlich zu Einkünften aus selbstständiger Arbeit noch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielt oder ein Gewerbe eröffnet. Auch ein Wohnsitz- oder Betriebssitzwechsel kann zur Vergabe einer neuen Steuernummer führen.

All diese Nachteile lassen sich nur mit einem Steuernummernsystem vermeiden, das die Identifikation der Steuerpflichtigen ermöglicht und den Finanzbehörden als bereichsspezifisches Ordnungsmerkmal zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht.

Ein derartiges System setzt voraus, dass jeder Steuerpflichtige nur eine Nummer erhält (Eindeutigkeit), die Nummer sich während der gesamten Dauer der Steuerpflicht nicht ändert und das gesamte System dauerhaft Bestand hat (Beständigkeit, Unveränderlichkeit). Damit wird die Vergabe weiterer Steuernummern, z. B. für verschiedene Steuerarten oder in Fällen des Wechsels des Wohn- oder Betriebssitzes, in Zukunft entbehrlich.

3 Rechtlicher Hintergrund zur Identifikationsnummer

In der Europäischen Union verwenden nahezu sämtliche Mitgliedstaaten einheitliche Identifikationsmerkmale für steuerliche Zwecke; zum Teil werden diese Identifikationsnummern auch von anderen Verwaltungen (z. B. Sozialverwaltung) genutzt. Die Einführung eines derartigen Steuernummernsystems in Deutschland ist die Voraussetzung für ein modernisiertes und vereinfachtes Besteuerungsverfahren – das gilt insbesondere für das Lohnsteuerverfahren.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2003 ist die Vergabe eines Identifikationsmerkmals an jeden Steuerpflichtigen gesetzlich geregelt worden (§§ 139a bis 139d der Abgabenordnung). Für wirtschaftlich Tätige wird nach § 139c der Abgabenordnung künftig noch eine Wirtschafts-Identifikationsnummer vergeben werden. Einzelkaufleute und Freiberufler werden also neben ihrer – persönlichen – Identifikationsnummer noch eine – betriebliche – Wirtschaftsidentifikationsnummer erhalten. Bis zu deren Einführung wird für betriebliche Steuern (z. B. Umsatzsteuer, Gewerbesteuer) weiterhin die Steuernummer verwendet.

Den gesetzlichen Auftrag, jedem Steuerpflichtigen ein Identifikationsmerkmal zum Zweck der Identifizierung in Besteuerungsverfahren zuzuteilen, hat das Bundeszentralamt für Steuern erhalten (§ 139 a Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung).

Jede natürliche Person erhält nur eine Identifikationsnummer zugeordnet (§ 139 b Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung). Diese wird bundesweit zentral vergeben und ist somit eindeutig, d. h. eine Person ist mit Hilfe dieser Nummer identifizierbar. Das Verfahren wird weitestgehend elektronisch abgewickelt.

Die elfstellige Ziffernfolge der Identifikationsnummer wird nach dem Zufallsprinzip gebildet. Da grundsätzlich jede natürliche Person im Inland steuerpflichtig ist, muss jedem der knapp 82 Mio. Einwohner der Bundesrepublik Deutschland eine solche Identifikationsnummer zugeordnet werden.

Zu diesem Zweck richtet das Bundeszentralamt für Steuern eine Datenbank ein, die für alle

Steuerpflichtigen die gesetzlich festgelegten Daten enthält. Hierfür ist es notwendig, dass das Bundeszentralamt für Steuern Daten über natürliche Personen speichert, die deren eindeutige Identifizierung im Besteuerungsverfahren ermöglichen wie z. B. Namen, Geburtsdatum und -ort, Anschrift usw. (§ 139 b Abs. 3 der Abgabenordnung).

Die beim Bundeszentralamt für Steuern gespeicherten Daten dürfen gemäß § 139 b Abs. 1 und Abs. 2 der Abgabenordnung nur gespeichert werden, um

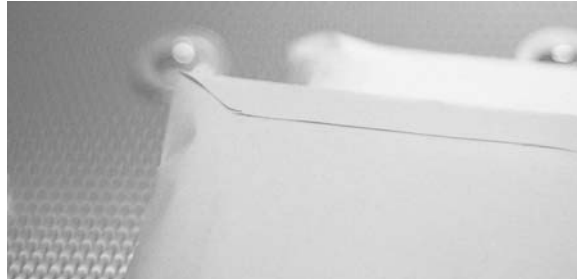
- sicherzustellen, dass eine Person nur eine Identifikationsnummer erhält und eine Identifikationsnummer nicht mehrfach vergeben wird,
- die Identifikationsnummer eines Steuerpflichtigen festzustellen,
- zu erkennen, welche Finanzbehörden für einen Steuerpflichtigen zuständig sind,
- Daten, die auf Grund eines Gesetzes oder nach über- und zwischenstaatlichem Recht entgegenezunehmen sind, an die zuständigen Stellen weiterleiten zu können,
- den Finanzbehörden die Erfüllung der ihnen durch Rechtsvorschrift zugewiesenen Aufgaben zu ermöglichen.

Da beim Bundeszentralamt für Steuern personenbezogene Daten gespeichert werden, ist gesetzlich abschließend geregelt, wer auf die Daten zugreifen darf und für welchen Zweck die Daten verwendet werden dürfen. Die Aufnahme dieser so genannten Zweckbindungsbestimmung in das Gesetz wurde von dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz ausdrücklich begrüßt.

Das Bundeszentralamt für Steuern speichert die in § 139b Abs. 3 der Abgabenordnung aufgeführten Daten aufgrund von Datenlieferungen der Meldebehörden. Die Meldebehörden sind in der Regel bei den Kommunen angesiedelt und mit der Führung der Einwohnermelderegister betraut. Das Verfahren wird weitestgehend elektronisch unter Verwendung des Standards des Meldewesens (OSCI-XMeld) abgewickelt.

Da die Finanzämter untereinander kaum und über Ländergrenzen hinaus überhaupt nicht elektronisch vernetzt sind, ist die Speicherung der Daten bei einer zentralen Stelle unabdingbar. Mit dem Bundeszentralamt für Steuern

haben sowohl die Meldebehörden als auch die Finanzämter jeweils nur einen Partner für den Datenaustausch und die übrige Kommunikation. Damit wird das Verfahren von vornherein so effizient wie möglich gestaltet.



4 Verfahren zur Vergabe der Identifikationsnummer

4.1 Beteiligte

Bundeszentralamt für Steuern (BZSt): Das BZSt ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen. Mit den IT-Aufgaben für steuerliche Verfahren beauftragt es das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT).

Finanzbehörden/Finanzämter: Finanzbehörden im Sinne der Abgabenordnung sind die im Gesetz über die Finanzverwaltung genannten Bundes- und Landesfinanzbehörden (§ 6 Abs. 2 AO). Hierzu zählen unter anderem die Finanzämter, die als örtliche Landesbehörden für die Verwaltung der Steuern mit Ausnahme der Zölle und der bundesgesetzlich geregelten Verbrauchsteuern zuständig sind.

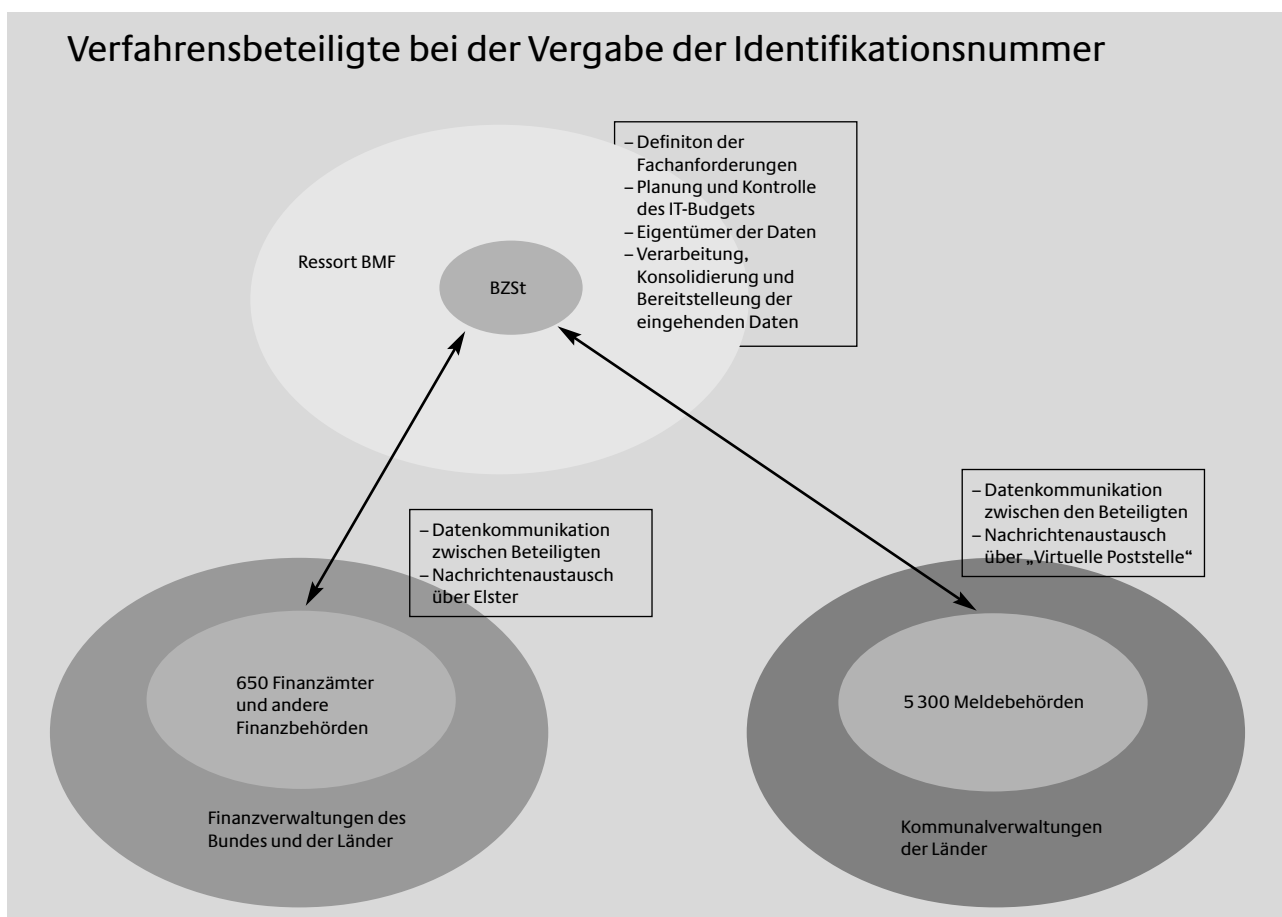
Meldebehörden: Die Meldebehörden registrieren die in ihrem Zuständigkeitsbereich wohnenden Personen (Einwohner), um deren Identität und Wohnungen feststellen und nachweisen

zu können. Dafür führen die Meldebehörden Melderegister. Diese enthalten Daten, die bei den Einwohnern erhoben, von Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen übermittelt oder sonst amtlich bekannt werden.

Mit der nationalen E-Government-Strategie „Deutschland Online“ haben Bund, Länder und Kommunen vereinbart, alle 2003 beschlossenen Deutschland-Online-Vorhaben im Internet verfügbar zu machen. Das gilt auch für das Meldewesen.

Eine Projektgruppe der Initiative Deutschland Online hat die notwendigen Geschäftsprozesse für den regelmäßigen Datenabgleich zwischen Meldebehörden und Bundeszentralamt für Steuern gemäß der Spezifikation OSCI-XMeld festgelegt und diese in die jeweiligen Kommunikations-Softwarekomponenten bei den Meldebehörden und beim Bundeszentralamt für Steuern integriert. Erforderliche Software-Updates während der Aufbauphase der zentralen Datenbank im Bundeszentralamt für Steuern stellen hohe Anforderungen an die Koordination des zeitgleichen Einsatzes der jeweils freigegebenen Softwareversionen bei den beteiligten Behörden.

Verfahrensbeteiligte bei der Vergabe der Identifikationsnummer



4.2 Verfahrensschritte zum Versand der Mitteilungsschreiben

Basis für die Identifikationsnummer bilden die Daten der Meldebehörden. Dort sind alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschland registriert. Zum festgelegten Stichtag („Ablauf des 30. Juni 2007“) haben die circa 5 300 Meldebehörden damit begonnen, für jeden Einwohner in ihrem Zuständigkeitsbereich, der mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet war, Nachrichten mit den für die Vergabe der Identifikationsnummer erforderlichen Daten nach § 139b Abs. 3 Abgabenordnung an das Bundeszentralamt für Steuern zu übermitteln.

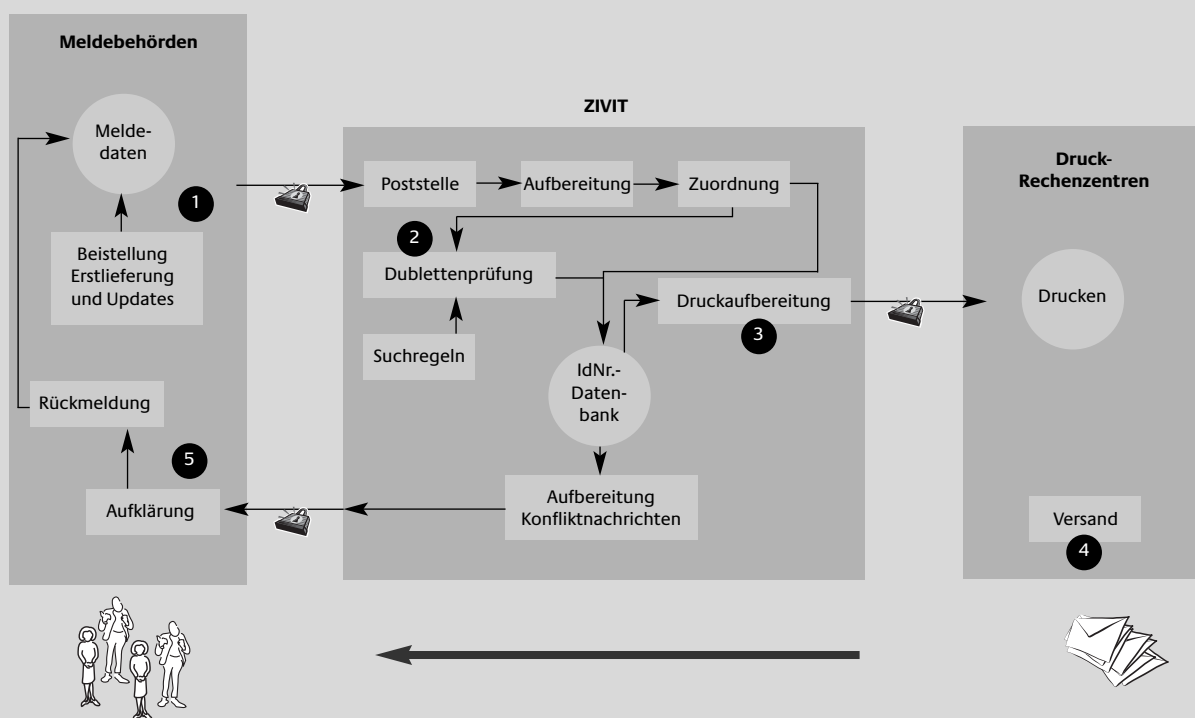
Der Aufbau der Datenbank erfolgt grundsätzlich durch Entgegennahme und Verarbeitung der von den Meldebehörden übersandten Nachrichten. Durch Geburten, Umzüge, Namensänderungen, Sterbefälle, etc. ergeben sich in den Meldedaten täglich etwa 40.000 Änderungen zum ursprünglichen Datenbestand. Um die Aktualität des Datenbestandes zu gewährleisten, übermitteln die Meldebehörden seit dem 1. Juli

2007 diese Veränderungen täglich dem Bundeszentralamt für Steuern. Das Bundeszentralamt für Steuern muss diese Änderungen einpflegen, um den zentralen Datenbestand für steuerliche Zwecke tagesaktuell zu halten. Ziel aller Maßnahmen ist es, Veränderungsnachrichten im Regelbetrieb sowohl in den Meldebehörden als auch im Bundeszentralamt für Steuern tagesaktuell zu verarbeiten.

Da jeder Einwohner nur eine einzige Identifikationsnummer erhalten darf, muss das Bundeszentralamt für Steuern sämtliche Daten von über 80 Mio. Einwohnern untereinander abgleichen. Doppelte Datensätze, so genannte Dubletten, müssen aus dem Datenbestand entfernt werden.

Die Ergebnisse dieses Datenbankabgleichs geben Hinweise auf nicht eindeutige Meldedaten, die dann an die Meldebehörden zum Zwecke der Aufklärung des Sachverhalts zurückgegeben werden. Dieses Vorgehen entspricht der gesetzlichen Regelung in § 139b Abs. 9 der Abgabenordnung, nach der das Bundeszentralamt für Steuern die Meldebehörden zu unterrichten hat, wenn konkrete Anhaltspunkte für Fehler in Datensätzen vorliegen.

Notwendige Schritte bis zur Vergabe von Identifikationsnummern



Alle Datensätze, die nicht zu Dubletten geführt haben, können im Weiteren an der Vergabe der Identifikationsnummer teilnehmen. Das bedeutet, dass nach dem Zufallsprinzip Identifikationsnummern den Meldedatensätzen technisch zugewiesen werden. Diese „Paare“ (Meldedatensatz und Identifikationsnummer) werden für die jeweilige Meldebehörde aufbereitet und verschlüsselt an diese Behörde zur Aufnahme in ihren Datenbestand zurückgeliefert. Damit wird erreicht, dass alle in den Melde-registern gespeicherten und beim zentralen Datenabgleich eindeutig identifizierten Personen eine Identifikationsnummer erhalten.

Nach Konsolidierung und Speicherung dieser Daten wird jede Bürgerin und jeder Bürger über die Zuordnung der Identifikationsnummer und über die übrigen beim Bundeszentralamt für Steuern zu seiner Person gespeicherten Daten schriftlich informiert. Diese Mitteilungen

basieren ausschließlich auf den bei den Melde-behörden vorhandenen Daten und beinhalten die aktuelle Anschrift der Bürger, die zugeteilte Identifikationsnummer und die weiteren gespeicherten Daten. Diese Vorgehensweise ist in § 139a Abs. 1 Satz 4 der Abgabenordnung und § 6 Abs. 1 der Verordnung zur Vergabe steuerlicher Identifikationsnummern (Steueridentifikations-nummervverordnung – StIdV) geregelt.

Das Bundeszentralamt für Steuern verschickt die Druckinformationen für diese Benachrichtigungen ab August 2008 an die Rechenzentren der Landesfinanzbehörden. Dafür nutzt es die elektronischen Datenübertragungswege der Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder. Die Rechenzentren drucken und versenden schließlich die Mitteilungen an die Bürger. Dieser logistische Abschlusspunkt ist wohl eine der größten Briefversandaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Verteilt über

Abbildung: Auszug aus dem Mitteilungsschreiben

 Bundeszentralamt für Steuern		
<small>RÜCKSENDE- ADRESSE</small>	Meldebehörde Musterstadt, 99999 Musterstadt Karin Mustermann Musterstr. 9 99999 Musterstadt	Persönliche Identifikationsnummer: <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> 99 999 999 999 </div>
		Allgemeine Informationen: www.identifikationsmerkmal.de
		01.08.2008
BETREFF Zuteilung der Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung (AO)		
Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, das Bundeszentralamt für Steuern hat Ihnen die Identifikationsnummer 99 999 999 999 zugeteilt. Sie wird für steuerliche Zwecke verwendet und ist lebenslang gültig. Sie werden daher gebeten, dieses Schreiben aufzubewahren , auch wenn Sie derzeit steuerlich nicht geführt werden sollten. Bitte geben Sie Ihre Identifikationsnummer bei Anträgen, Erklärungen und Mitteilungen zur Einkommen-/Lohnsteuer gegenüber Finanzbehörden immer an. Bitte geben Sie vorerst Ihre Steuernummer zusätzlich zur mitgeteilten Identifikationsnummer an. Beim Bundeszentralamt für Steuern sind unter Ihrer Identifikationsnummer - nach den Angaben der für Sie im Regelfall zuständigen Meldebehörde - folgende Daten gespeichert: 01: Mustermann		

mehrere Monate werden über 80 Mio. Mitteilungen über die Vergabe der Identifikationsnummer an alle Einwohner verschickt. Im Ergebnis dürften dann Briefe mit einem Gesamtgewicht von weit über 1 000 Tonnen bewegt worden sein. Aufgrund dieser erheblichen Masse werden die einzelnen Rechenzentren abhängig von ihrer jeweiligen Verarbeitungskapazität in mehreren täglichen Teilmengen mit Daten beliefert. Die Übertragung der kompletten Informationen, die Druckaufbereitung sowie der anschließende Versand der Mitteilungen im gesamten Bundesgebiet wird ungefähr vier Monate dauern.

Nach dem „Massen-Start“ beim Mitteilungsversand an die Bürger werden die weiteren Schreiben, die durch Neuzugänge in der Datenbank ausgelöst werden, zentral vom Bundeszentralamt für Steuern gedruckt und versendet.

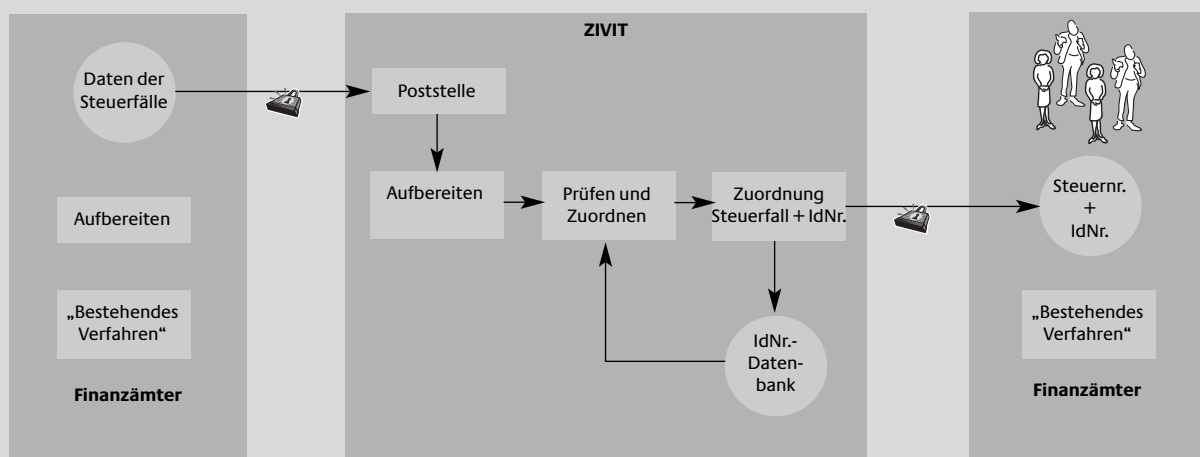
4.3 Der Weg der Identifikationsnummer ins Finanzamt

Die Finanzverwaltungen der Länder erhalten die Identifikationsnummern „ihrer“ Steuerpflichtigen. Dazu übermitteln die Länder die Namen und Steuernummern der Steuerpflichtigen verschlüsselt zum Datenabgleich an das Bundeszentralamt für Steuern. Dort wird geprüft, ob eine eindeutige Zuordnung für den Steuerpflichtigen

in der zentralen Datenbank vorgenommen werden kann und eine Identifikationsnummer vergeben wurde. Ist dies der Fall, wird der Name des zuständigen Finanzamts den Daten in der zentralen Datenbank hinzugefügt. Das sich daraus ergebende „Paar“ (Steuerfall und Identifikationsnummer) wird im Anschluss ebenfalls verschlüsselt an die anfragende Landesfinanzverwaltung zurückgeschickt und dort im landeseigenen System gespeichert. Somit verfügt die Finanzverwaltung über die aktuell vergebene Identifikationsnummer des dort geführten Steuerpflichtigen. Zuständigkeitsänderungen innerhalb der Finanzverwaltung werden von nun an bundesweit von den Finanzämtern zentral an das Bundeszentralamt für Steuern gemeldet und dort verarbeitet. Um anderen Finanzbehörden die Erfüllung ihrer durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgaben zu ermöglichen, können diese zukünftig Meldedaten inklusive der Identifikationsnummer sowie das jeweils zuständige Finanzamt zu einzelnen Steuerpflichtigen in der Datenbank per Online-Suchmaske (Abfragedialog) recherchieren. Die Finanzbehörden können so den Steuerpflichtigen eindeutig identifizieren und über seine aktuellen Grunddaten (Meldedaten, Identifikationsnummer, zuständiges Finanzamt) verfügen, soweit dies für Zwecke des Besteuerungsverfahrens erforderlich ist.

Zuordnung der IdNr. zu den Steuerfällen der Finanzämter

In der IdNr.-Datenbank soll zu jedem Bürger neben seiner IdNr. die StNr. und das zuständige Finanzamt vermerkt sein. Nach erstmaliger Zuordnung der IdNr. ist ein regelmäßiger Datenaustausch zwischen den Finanzämtern und dem BZSt/ZIVIT erforderlich.



5 Anwendungen

Mit der Identifikationsnummer ist die Finanzverwaltung in der Lage, bisher papiergebundene Verfahren und Abläufe in elektronischer Form anzubieten. Damit wird die Steuerverwaltung insgesamt moderner und effizienter. Finanzbehörden können steuerlich relevante Informationen bundesweit leicht und präzise einem konkreten Steuerfall zuordnen. Damit werden Verwechslungen vermieden und so auch einem Anliegen des Datenschutzes Rechnung getragen.

Erste Anwendung wird das mit der gesetzlichen Neuordnung der Besteuerung der sog. Alterseinkünfte eingeführte Rentenbezugsmitteilungsverfahren sein. Dieses Mitteilungsverfahren ermöglicht eine nach Maßgabe des Verifikationsprinzips verfassungsrechtlich gebotene zutreffende steuerliche Erfassung der Renten und hat zentrale Bedeutung für den Vollzug des Gesetzes. Die konkrete praktische Ausgestaltung des Rentenbezugsmitteilungsverfahrens wird derzeit mit den Steuerverwaltungen der Länder abgestimmt.

Darüber hinaus wird die Identifikationsnummer das derzeitige lohnsteuerliche Ordnungsmerkmal (eTIN) ablösen, das der Arbeitgeber zur Übersendung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung an die Finanzverwaltung zu bilden hat. Die Gemeinden werden letztmalig für das Jahr 2010 die bekannte Papierlohnsteuerkarte ausstellen (§ 39 e Abs. 9 Satz 2 Einkommensteuergesetz). Dann soll die Vorderseite der Karton-Lohnsteuerkarte durch eine elektronische Übersendung der lohnsteuerlichen Besteuerungsmerkmale an den Arbeitgeber ersetzt werden. Perspektivisch wird die an die Steuerbürger vergebene Identifikationsnummer helfen können, den Verwaltungsaufwand der Arbeitgeber bei der Durchführung des Lohnsteuerabzugs zu reduzieren. Das gilt im Übrigen auch für die Bundesagentur für Arbeit, die Krankenkassen und andere Stellen, die verpflichtet sind, der Finanzverwaltung die dem Progressionsvorbehalt unterliegende Lohnersatzleistungen wie z. B. Insolvenzgeld und Krankengeld mitzuteilen.

6 Ausblick

Die Identifikationsnummer für Besteuerungsverfahren ist ein bedeutender Beitrag der Bundesregierung zum Abbau von Bürokratie, zur Modernisierung der Finanzverwaltung, zur Steuervereinfachung, zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und damit letztlich auch für mehr Steuergerechtigkeit.

Bislang erschwert der föderale Aufbau der Steuerverwaltung in Deutschland die gleichmäßige und einheitliche Anwendung des Steuerrechts. Ein elektronischer Datenaustausch über Ländergrenzen hinaus ist aufgrund unterschiedlicher EDV-Ausstattungen in der Regel nicht möglich. Ziel der Bundesregierung ist es, die Finanzverwaltung zu modernisieren und bürgerfreundlicher zu gestalten. Dazu müssen die Möglichkeiten elektronischer Kommunikations- und Verarbeitungsverfahren geschaffen und fortlaufend ausgebaut werden. Grundvoraussetzung für den Ausbau von elektronischen Kommunikations- und Verarbeitungssystemen ist die eindeutige Identifizierung des Steuerpflichtigen. Dies ist mit den herkömmlichen Steuernummernsystemen und Merkmalen wie Namen, Geburtsdatum und Anschrift bislang nicht leistbar.

Mit der bundeseinheitlichen Identifikationsnummer ist die eindeutige Identifizierung eines Steuerpflichtigen nunmehr jederzeit möglich. Damit können elektronische Kommunikations- und Verarbeitungsverfahren wesentlich effektiver genutzt werden, was zu einer schnelleren Bearbeitung von Steuererklärungen und von Anträgen des Steuerpflichtigen führen wird.

Serviceleistungen der Steuerverwaltung wie z. B. das Zurverfügungstellen eines vorausgefüllten Steuererklärungsformulars oder die elektronische Übermittlung von Belegen werden damit überhaupt erst möglich. Perspektivisch wird die Identifikationsnummer also den Bürgerinnen und Bürgern die Erledigung von steuerlichen Angelegenheiten zunehmend erleichtern.

Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2005 bis 2007

1	Steuerfahndung	61
2	Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder	61
3	Fazit	65

- Die Steuerfahndung ermittelte im Jahr 2007 in 36 309 Fällen.
- Im Jahr 2007 wurden aufgrund des Einsatzes der Steuerfahndung 1,6 Mrd. € Mehrsteuern bestandskräftig festgesetzt.
- Im Jahr 2007 wurden aufgrund von Ermittlungen der Steuerfahndung 1794 Jahre Freiheitsstrafen verhängt.

1 Steuerfahndung

Nicht jeder Steuerpflichtige kommt seinen steuerlichen Pflichten, also der Erklärung seiner Einkünfte und der Zahlung der darauf festgesetzten Steuern nach. Hat der Steuerpflichtige gegenüber der Finanzverwaltung unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht, sodass Steuern nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig festgesetzt werden konnten, kann es sich um Steuerhinterziehung handeln. In diesem sowie in anderen als Steuerstraftaten definierten Fällen wird die Steuerfahndung tätig, also besondere, mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Beschäftigte der Finanzbehörden.

Entsprechend der Verwaltungszuständigkeit sind die Länderbehörden für die Aufdeckung und Verfolgung von Steuerstraftaten bzw. Steuerordnungswidrigkeiten im Bereich der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. In einigen Bundesländern ist die Steuerfahndung den Finanzämtern angegliedert, in anderen Bundesländern wurden eigenständige Finanzämter für Steuerfahndung eingerichtet.

Im Folgenden werden die aktuellen Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder für den Zeitraum 2005 bis 2007 vorgestellt.

2 Ergebnisse der Steuerfahndung der Länder

Die Fahndungsstellen der Länder führen hauptsächlich Fahndungsprüfungen durch, sind aber in den letzten Jahren in steigendem Maße mit der Erledigung von Amts- und Rechtshilfeersuchen beschäftigt. Amts- und Rechtshilfeersuchen werden von anderen Behörden an eine Fahndungsstelle gerichtet, um Amtshandlungen, wie z.B. die Beschaffung von Beweismitteln für die ersuchende Behörde vornehmen zu lassen. Von den in 2007 erledigten 36 309 Fällen waren 27 450 (76 %) Fahndungsprüfungen und 8 859 (24 %) Amts- und Rechtshilfeersuchen. Ging die Zahl der Fahndungsprüfungen im betrachteten Zeitraum gegenüber 2004 um – 5,2 % zurück so stieg die Zahl der Amts- und Rechtshilfeersuchen um + 5,5 % an.

In der Tabelle 1 (siehe S. 62) ist die Entwicklung der Zahl der Fälle seit 1997 dargestellt, in denen von der Steuerfahndung Ermittlungen vorgenommen wurden. Sie zeigt ein Ansteigen der Fallzahlen von 23 487 auf 48 638 im Jahr 2000 und darauf folgend in der Tendenz sinkende Fallzahlen.

Tabelle 1: Von der Steuerfahndung erledigte Fälle

	Anzahl	Änd. ggü. Vj.
1997	23 487	
1998	30 869	31,4 %
1999	47 309	53,3 %
2000	48 638	2,8 %
2001	45 792	– 5,9 %
2002	46 729	2,0 %
2003	42 393	– 9,3 %
2004	37 370	– 11,8 %
2005	36 195	– 3,1 %
2006	35 666	– 1,5 %
2007	36 309	1,8 %

Die Fahndungsprüfungen werden nach Vorliegen eines Anfangsverdachts eingeleitet. In den Fahndungsprüfungen ermitteln die Steuerfahnder sämtliche Besteuerungsgrundlagen des betroffenen Steuerpflichtigen, ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz. Im Strafverfahren werden dann die strafrechtlich relevanten Ermittlungsergebnisse der Strafzumessung zugrunde gelegt. Die nachfolgende Tabelle 2 weist als „bestandskräftige Mehrsteuern“ sämtliche Ergebnisse der Steuerfahndung aus, die in die

Tabelle 2: Bestandskräftige Mehrsteuern insgesamt

	Mio. €	Änd. ggü. Vj.
1997	1 004,6	
1998	1 146,3	14,1 %
1999	1 467,4	28,0 %
2000	1 532,5	4,4 %
2001	1 523,6	– 0,6 %
2002	1 540,9	1,1 %
2003	1 628,7	5,7 %
2004	1 613,4	– 0,9 %
2005	1 658,0	2,8 %
2006	1 433,6	– 13,5 %
2007	1 603,8	11,9 %

Steuerfestsetzung eingegangen sind, unabhängig davon, ob sie auch in die Strafzumessung eingegangen sind.

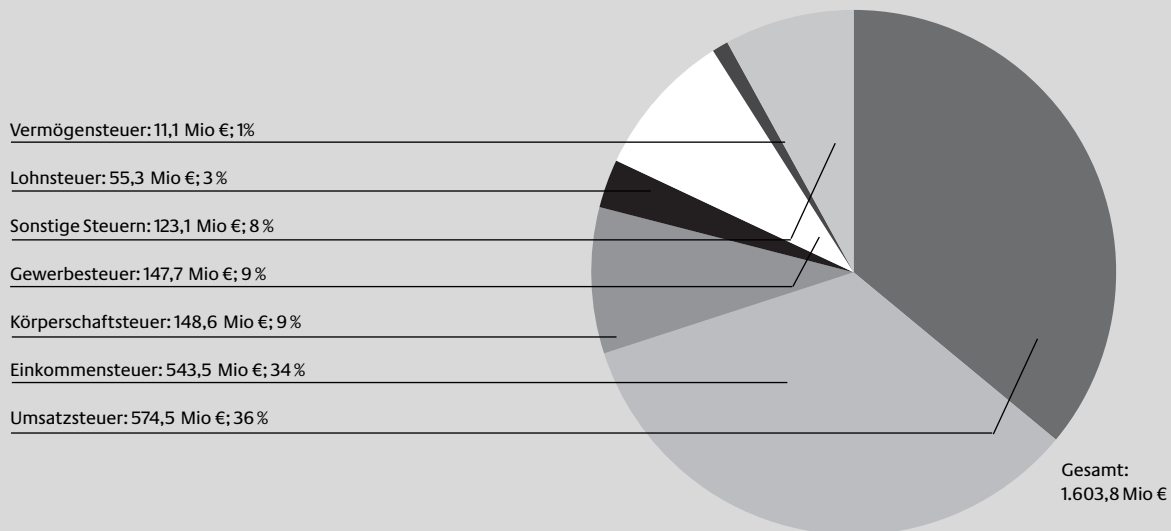
In den Jahren 1998 und 1999 gab es einen erheblichen Anstieg der bestandskräftigen Mehrsteuern von ca. 1 Mrd. € in 1997 auf ca. 1,5 Mrd. € in 1999. Seitdem blieben die Mehrsteuern relativ stabil um 1,6 Mrd. €.

Die Zusammensetzung der bestandskräftigen Mehrsteuern hat sich im Zeitraum 2005–2007 gegenüber 2004 leicht verändert (Tabelle 3).

Tabelle 3: Bestandskräftige Mehrsteuern nach Steuerarten in den Jahren 2004–2007

	Bestandskräftige Mehrsteuern							
	2004		2005		2006		2007	
	in Mio. €	Anteil	in Mio. €	Anteil	in Mio. €	Anteil	in Mio. €	Anteil
Umsatzsteuer	538,7	33 %	591,2	36 %	558,4	39 %	574,5	36 %
Einkommensteuer	657,4	41 %	669,8	40 %	496,9	35 %	543,5	34 %
Körperschaftsteuer	92,9	6 %	115,6	7 %	92,0	6 %	148,6	9 %
Lohnsteuer	67,7	4 %	68,6	4 %	62,8	4 %	55,3	3 %
Gewerbsteuer	74,7	5 %	66,8	4 %	75,8	5 %	147,7	9 %
Vermögensteuer	39,6	2 %	45,9	3 %	14,6	1 %	11,1	1 %
Sonstige Steuern	142,3	9 %	100,3	6 %	133,2	9 %	123,1	8 %
Gesamt	1 613,4		1 658,0		1 433,6		1 603,8	

Abbildung 1: Zusammensetzung der bestandskräftigen Mehrsteuern im Jahr 2007



Im Jahr 2007 entfielen 70 % der Mehrsteuern auf die Einkommensteuer (34 %) und die Umsatzsteuer (36 % – vgl. Abbildung 1), wobei sich der Anteil der Umsatzsteuer gegenüber 2004 leicht erhöht hat (+ 3 Prozentpunkte), während der Anteil der Einkommensteuer zurückging (– 7 Prozentpunkte). Die Anteile von Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer erhöhten sich auf jeweils 9 %.

Die Fahndungsprüfungen führten im Jahr 2007 zur Einleitung von 16 181 Strafverfahren (2005: 16 880; 2006: 16 166). Im Ergebnis der in den jeweiligen Jahren abgeschlossenen Strafverfahren aufgrund Ermittlungen der Steuerfahndung wurden von den Gerichten teilweise Freiheitsstrafen (Tabelle 4) oder Geldstrafen verhängt. In bestimmten Fällen sieht die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts von der Erhebung der öffentlichen Klage ab und erteilt dem Beschuldigten die Auflage, einen Geldbetrag zu zahlen (§ 153a Strafprozessordnung [StPO]). Geringere Verstöße gegen die Steuergesetze werden mit einer Geldbuße gemäß dem Ordnungswidrigkeitengesetz geahndet. Die Höhe der verhängten Geldstrafen, Geldbeträge (§ 153a StPO) und Geldbußen nach Ermittlungen durch die Steuerfahndung ist in Tabelle 5 und Abbildung 2 dargestellt (siehe S. 64).

Tabelle 4: Freiheitsstrafen

	Jahre	Änd. ggü. Vj.
1997	1 013	
1998	1 223	20,7 %
1999	1 154	– 5,6 %
2000	1 022	– 11,4 %
2001	1 148	12,3 %
2002	1 301	13,3 %
2003	1 523	17,1 %
2004	1 624	6,6 %
2005	1 569	– 3,4 %
2006	2 226	41,9 %
2007	1 794	– 19,4 %

Im Zeitraum 1997–2004 wuchsen die rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen von ca. 1 013 Jahren in 1997 auf ca. 1 624 Jahre in 2004 an. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2005 stiegen die rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen im Jahr 2006 um + 41,9 % auf 2 226 Jahre an, um 2007 wieder auf 1 794 Jahre zurückzugehen (– 19,4 %).

Tabelle 5: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§153a StPO)

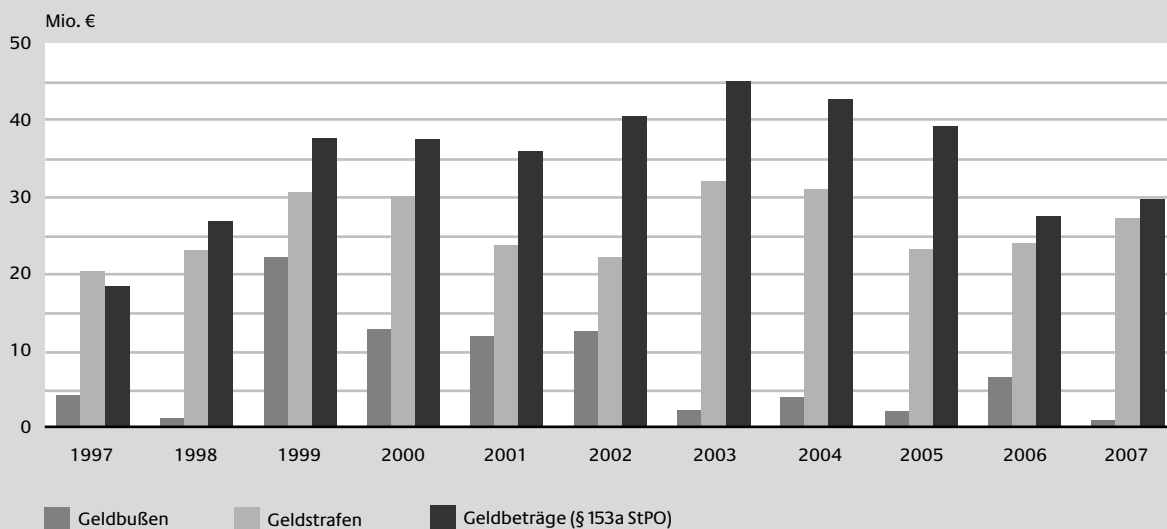
	Geldbußen		Geldstrafen		Geldbeträge (§ 153a StPO)	
	Mio. €	Änd. geg. Vj.	Mio. €	Änd. geg. Vj.	Mio. €	Änd. geg. Vj.
1997	3,9		20,1		18,1	
1998	1,1	– 72,4%	22,9	13,9%	26,4	46,4 %
1999	21,8	1924,9%	30,3	32,7%	37,3	41,0 %
2000	12,6	– 42,4%	29,8	– 1,8%	37,0	– 0,7 %
2001	11,7	– 6,7%	23,4	– 21,4%	35,6	– 3,9 %
2002	12,3	5,1%	21,9	– 6,6%	40,0	12,5 %
2003	2,1	– 83,0%	31,7	44,9%	44,6	11,6 %
2004	3,8	79,6%	30,7	– 3,0%	42,2	– 5,4 %
2005	1,9	– 48,6%	22,8	– 25,9%	38,8	– 8,1 %
2006	6,4	230,8%	23,7	4,0%	27,1	– 30,2 %
2007	0,6	– 90,0%	26,9	13,4%	29,3	8,0 %

Die Geldbußen verzeichneten im Jahr 1999 einen Anstieg auf 21,8 Mio. € gegenüber 1,1 Mio. € in 1998 und fielen in den Folgejahren wieder auf 1,9 Mio. € in 2005. Der sprunghafte Anstieg im Jahr 1999 wurde durch die Vielzahl der in diesem Jahr durch Bußgeldfestsetzungen abgeschlossenen Verfahren im Bankenbereich verursacht. Im Jahr 2006 erhöhten sich die Bußgeldfestsetzun-

gen zwar auf 6,4 Mio. €, gingen dann jedoch im Jahr 2007 auf nur noch 0,6 Mio. € zurück.

Die Geldstrafen zeigten im Zeitraum von 1997 bis 2007 Schwankungen im Bereich zwischen 20–30 Mio. €. Die Geldbeträge nach § 153a StPO sind von 18,1 Mio. € im Jahr 1997 auf 42,2 Mio. € im Jahr 2004 angestiegen und fielen im Berichtszeitraum wieder bis auf 29,3 Mio. € im Jahr 2007.

Abbildung 2: Geldbußen, Geldstrafen, Geldbeträge (§153a StPO)



3 Fazit

Die Steuerfahndungsdienste der Länder leisteten einen erheblichen Beitrag zur Sicherung des Steueraufkommens. Daneben muss jedoch auch ihre Präventivfunktion hervorgehoben werden: Präsenz und Erfolg der Steuerfahndungsdienste schrecken potenzielle Steuerhinterzieher ab. Der Abschreckungseffekt ist allerdings genauso

wenig messbar wie das tatsächliche Ausmaß der Steuerhinterziehung.

Angesichts immer wieder neu auftauchender Betrugs- und Hinterziehungsmuster (wie z.B. Umsatzsteuerbetrug durch „Karussellgeschäfte“) werden die Steuerfahndungsdienste der Länder auch in der Zukunft ein wichtiges Instrument sein, um eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicherzustellen.



Ergebnisse des G8-Gipfels in Toyako

1	Einleitung	67
2	Weltwirtschaft	68
3	Klima	70
4	Afrika	70

Weltwirtschaft

- Ölmärkte: Mehr Transparenz durch „Joint Oil Data Initiative“ und Berichtsauftrag an IWF sowie IEA zur Preisbildung auf den Ölmärkten.
- Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs der Steueroasen durch vollständige Anerkennung der OECD-Standards durch alle Länder.
- Bessere Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie durch Informationsaustausch zwischen den Zollverwaltungen.
- Finanzmärkte: Bekräftigung der Notwendigkeit einer konsequenten Umsetzung der Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität.

Klima

- Verbindlichere Festlegung auf Halbierung des CO₂-Ausstoßes bis 2050; Einrichtung von Klimafonds bei der Weltbank („Climate Investment Funds“).

Afrika

- Besserer Marktzugang und Reduzierung der Transferkosten bei Migrantentransfers („Remittances“) sowie Gründung der Global Remittances Working Group bei der Weltbank.

1 Einleitung

Vom 7. bis 9. Juli 2008 haben sich in Toyako auf der japanischen Insel Hokkaido die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten (Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA sowie Deutschland) unter japanischer Präsidentschaft zu ihrem jährlichen Treffen zusammengefunden.

Der G8-Gipfel 2008 beschäftigte sich in Anknüpfung an den letztjährigen Gipfel in Heiligendamm mit den Schwerpunkten Weltwirtschaft, Umwelt und Klimawandel, Entwicklung und Afrika sowie mit außen- und sicherheitspolitischen Themen. Daneben wurde vor dem Hintergrund der gestiegenen Nahrungsmittelpreise

eine gesonderte Erklärung zur globalen Nahrungsmittelsicherheit verabschiedet.

Im Rahmen eines Afrika-Outreach diskutierten die G8-Staats- und Regierungschefs mit ihren Kollegen aus Algerien, Äthiopien, Ghana, Nigeria, Senegal, Tansania und Südafrika. Außerdem fanden Gespräche zur internationalen Klimapolitik mit den Staats- und Regierungschefs aus China, Indien, Brasilien, Mexiko, Südafrika, Australien, Indonesien und Südkorea statt. An ausgewählten Treffen nahmen zudem die Spitzen der Vereinten Nationen, von Weltbank, Internationalen Währungsfonds (IWF), Welthandelsorganisation (WTO), OECD und der Internationalen Energie Agentur (IEA) teil.

Zur Vorbereitung des Gipfels hatten sich die G8-Finanzminister am 13. und 14. Juni in Osaka getroffen. Die Gespräche konzentrierten sich auf die Themen Weltwirtschaft, weiterhin bestehende Risiken im Finanzsektor, die hohen Öl- und Nahrungsmittelpreise und die damit verbundenen Risiken für das Wachstum. Außerdem standen der Klimawandel und die Fortführung der Diskussion vorheriger Treffen zur Entwicklung in Afrika auf der Agenda.



2 Weltwirtschaft

Bei den weltwirtschaftlichen Themen des Gipfels lag der Fokus auf den gestiegenen Ölpreisen. Es wurden verschiedene Maßnahmen vereinbart, insbesondere ein intensiver Dialog zwischen Konsumenten- und Produzentenländern, die Förderung von Energieeffizienz und neuen Technologien sowie eine Verbesserung der Transparenz durch Stärkung der sog. „Joint Oil Data Initiative“.

Zudem wurden IEA und IWF beauftragt, den spekulativen Anteil an der Preisbildung auf den Ölmärkten zu untersuchen. Japan wird noch in diesem Jahr zu einem Energieforum einladen, in dessen Rahmen insbesondere Fragen der Energieeffizienz und neuer Technologien behandelt werden sollen.

Angesichts der Finanzmarktkrise unterstrichen die G8 außerdem ihr positives Bekenntnis zu offenen Märkten und freiem Kapitalverkehr. Darüber hinaus wurde betont, dass die Umsetzung der Empfehlungen des Forums für Finanzstabilität (FSF) vom April 2008 zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems im Einklang mit der Erklärung der G8-Finanzminister von Osaka weiterhin Priorität hat. Bei der Implementierung der FSF-Empfehlungen sind bereits einige Erfolge zu verzeichnen. Wichtig sind nun auch weitere Schritte des Privatsektors. Wie bereits von den G7-Finanzministern und Notenbankgouverneuren im April 2008 in Washington D.C. vereinbart, wird das FSF im Oktober 2008 einen ausführlichen Bericht zur Implementierung seiner Empfehlungen vorlegen.

In der Gipfelerklärung gelang es, die Notwendigkeit struktureller Reformen angesichts der weiterhin bestehenden globalen Ungleichgewichte zu verankern. Kennzeichen globaler Ungleichgewichte sind das Leistungsbilanzdefizit in den USA, das starke Anwachsen der Währungsreserven in Asien, insbesondere in China, die hohen Leistungsbilanzüberschüsse in Japan, China, Teilen Europas sowie in einer Reihe Erdöl exportierender Länder. Eine geordnete Anpassung der globalen Ungleichgewichte liegt im Interesse der Weltwirtschaft. Um dieses Ziel zu fördern, wurde bereits 2006 eine gemeinsame politische Strategie vereinbart, die beim diesjährigen Gipfeltreffen noch einmal bestätigt wurde.

Eckpunkte der gemeinsamen Strategie sind:

- Die USA streben eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis an;
- Europa führt Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch;
- Japan setzt die Anstrengungen zur Stärkung seines Potenzialwachstums fort;
- Russland schafft eine solide makroökonomische politische Rahmenstruktur und verfolgt eine umsichtige Finanzpolitik im Verbund mit Strukturreformen;
- Kanada bemüht sich, die staatliche Verschuldung weiter zu verringern;
- Schwellenländer mit großen und wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen müssen eine Bewegung ihres effektiven Wechselkurses zulassen;
- die Erdöl produzierenden Länder sollten die Investitionen in Förder- und Verarbeitungskapazitäten sowie die Diversifizierung der Wirtschaft weiter beschleunigen.

Zudem bekräftigten die G8 ihr Bekenntnis zum Heiligendamm-Prozess als einem Dialog auf Augenhöhe mit den großen Schwellenländern Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika zu den Themen Investitionsbedingungen einschließlich Fragen verantwortlicher Unternehmensführung (Corporate Social Responsibility – CSR), Innovationen einschließlich Schutz geistigen Eigentums, Energieeffizienz und Entwicklungszusammenarbeit mit besonderem Akzent auf Afrika.

Auf deutsche Initiative wurden außerdem die weltwirtschaftlichen internationalen Organisationen Weltbank, IWF, WTO, Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und OECD zu verstärkter Kooperation und Kohärenz aufgerufen. Weitere Abschnitte des weltwirtschaftlichen Teils der G8-Erklärung beschäftigen sich mit der Betonung der sozialen Gestaltung der Globalisierung, mit dem Aufruf zum zügigen Abschluss der WTO-Doha-Runde und mit der Unterstützung für die Bemühungen von IWF und OECD zur Erarbeitung von „Best Practices“ für Staatsfonds. Schließlich umfasst die weltwirtschaftliche Erklärung auch substantielle Aussagen zur Stärkung von Transparenzinitiativen im Bereich des Rohstoffhandels („Extractive Industries Transparency Initiative“).

Unter der Überschrift „Abuses of the Financial System“ wiederholt die G8-Gipfelerklärung die Aufforderung der G8-Finanzminister von Osaka, dass alle Länder die OECD-Grundsätze zu Transparenz und effektivem Auskunftsaustausch für Besteuerungszwecke vollständig akzeptieren und implementieren sollen. Damit machen die G8-Staaten erneut und nachdrücklich deutlich, dass sie nicht gewillt sind, die von zahlreichen Finanzzentren und Niedrigsteuergeländen vorgehaltenen Rahmenbedingungen hinzunehmen, die die Steuerhinterziehung fördern oder erst ermöglichen. Mit der Gipfelerklärung soll insbesondere das OECD-Programm zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs, das die G7 im Jahr 1996 initiiert hat – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Ereignisse um Liechtenstein – vorangebracht werden. Die OECD wird darin bestärkt, ihre Arbeiten in diesem Bereich zu intensivieren und hierüber bis 2010 an die G8 zu berichten.

Im Bereich der Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie knüpfen die Beschlüsse des G8-Gipfels von Toyako an die Arbeiten von Heiligendamm an; insbesondere die Fortführung der Initiativen zu einem verbesserten Informationsaustausch zwischen den Zollverwaltungen und anderen Strafverfolgungsbehörden wird begrüßt.

In den Anhängen zur Gipfelerklärung wird auf das BMF-Projekt für einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Zollverwaltungen „INFO_IPR“ (Informationssystem on Intellectual Property Rights) hingewiesen. Auch im Rahmen der in Toyako beschlossenen Ausarbeitung von „Musterleitlinien für den Austausch von Informationen“ werden die aus der zurzeit mit Japan, den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien laufenden Pilotierung von INFO_IPR gewonnenen Erfahrungen Berücksichtigung finden.

3 Klima

Von zentraler Bedeutung war, wie schon im Vorjahr, die internationale Klimapolitik. Verbindlicher als in der Vergangenheit legten die G8 sich dabei auf eine globale Halbierung des CO₂-Ausstoßes bis 2050 fest. Im Hinblick auf mittelfristige Reduktionsziele haben die großen Industrieländer sich zu ihrer Führungsrolle bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bekannt. Aber auch die Schwellenländer sind sich ihrer Verantwortung bewusst und erkennen an, dass auch ihre Volkswirtschaften einen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Zudem einigten sich die G8 auf die Einrichtung von Klimafonds bei der Weltbank („Climate Investment Funds“), für die sie Zusagen in Höhe von etwa 6 Mrd. US-Dollar gemacht haben. Die Fonds sollen in der Zwischenzeit, bis ein neues internationales Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 vereinbart ist, dringend notwendige Investitionen einschließlich des Transfers neuester, klimafreundlicher Technologien in den Entwicklungsländern ermöglichen. Ferner wurde von den Staats- und Regierungschefs der von den G8-Finanzministern im Juni 2008 zur Unterstützung der Entwicklungsländer verabschiedete „G8 Action Plan for Climate Change to Enhance the Engagement of Private and Public Financial Institutions“ gutgeheißen.



4 Afrika

Im entwicklungspolitischen Teil stellte die japanische G8-Präsidentschaft unter Bezugnahme auf die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) die Themen Gesundheit, Wasser und Sanitärversorgung sowie Bildung in den Mittelpunkt. In Anknüpfung an die Beschlüsse des Gipfels in Heiligendamm 2007 werden erneut Grundprinzipien der Entwicklungspolitik wie gute Regierungsführung, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit bekräftigt sowie die Bedeutung des Privatsektors für wirtschaftliches Wachstum und damit für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele hervorgehoben.

Die afrikanischen Partner werden ermutigt, ein gutes Investitionsklima zu schaffen. Die G8 sichern hierbei ihre Unterstützung im Rahmen des von den G8-Finanzministern im Juni 2008 verabschiedeten „G8 Action Plan for Private Sector Led Growth in Africa“ zu.

Im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) werden sie weiter an der Erfüllung ihrer Zusagen arbeiten (der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2009 und die Finanzplanung bis 2012 sieht eine Erhöhung der ODA um insgesamt 3,2 Mrd. € vor); der Dialog mit den Schwellenländern wird im Rahmen des Heiligendamm-Prozesses auch zu ODA-Fragen intensiviert, nicht zuletzt um durch Beachtung des von Weltbank und IWF entwickelten Schuldentragfähigkeitskonzepts neue Überschuldungsprobleme in den Entwicklungsländern zu vermeiden.

Anknüpfend an die deutsche G8-Präsidentschaft und die Erklärung der G8-Finanzminister bei ihrem Treffen am 14. Juni 2008 in Osaka folgten die Staats- und Regierungschefs bei ihren Gipfelberatungen auf Hokkaido den Empfehlungen des „G8 Outreach Meeting“ zu Migranten-transfers („Remittances“). Dieses vom BMF organisierte Treffen fand vom 28. bis 30. November 2007 in Berlin statt. Es ging auf einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm in 2007 zurück, mit dem Deutschland gebeten wurde, eine Bestandsaufnahme der multilateralen und nationalen Initiativen durchzuführen, die auf dem Wirtschaftsgipfel 2004 in Sea Island (USA) initiiert worden waren.

Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich damit unter anderem für eine bessere statistische Erfassung dieser Transfers, eine Reduzierung der Transferkosten und einen verbesserten Marktzugang von Sendern und Empfängern dieser Zahlungen aus. Mit den Beschlüssen der G8 sind die Empfehlungen des Berliner „G8 Outreach Meetings on Remittances“ vollumfänglich umgesetzt. Mehr noch: Die G8 haben sich nicht

nur für die Gründung einer internationalen Arbeitsgruppe, der „Global Remittances Working Group“ ausgesprochen, sondern mit der Weltbank eine internationale Organisation benannt, die diese Arbeitsgruppe führen und unterstützen soll. Der nächste Schritt ist nun, die Global Remittances Working Group zu gründen und ihre Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten.



Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU in Potsdam

Thema: Verbesserung der Qualität der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa

1	Zukünftige Chancen und Herausforderungen für Wirtschaft und Politik in Europa	74
2	Qualität der öffentlichen Finanzen zentral für Wachstum und Beschäftigung in Europa	75
3	Qualität der öffentlichen Finanzen – ein konzeptioneller Rahmen	75
4	Effizienz und Effektivität öffentlicher Ausgaben – „Forschung und Entwicklung“	76
5	Effiziente und stabile öffentliche Einnahmestrukturen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum	77
6	Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	78
7	Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion	79
8	Energie- und Klimawandel als Herausforderung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik	79
9	Herausforderungen für die Gesellschafts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa	80

- Themenschwerpunkt der Tagung war die Qualität der öffentlichen Finanzen. Die EU-Kommission stellte hierzu den „Public Finance Report 2008“ vor, in dem die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum untersucht werden.
- Darüber hinaus wurde die Effizienz und Effektivität von öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Klima und Energie diskutiert.
- Außerdem im Fokus: die Rolle der Einzelstaaten bei der Gestaltung eines ökonomisch und sozial starken Europas.

Am 26./27. Juni 2008 kam der Wirtschaftspolitische Ausschuss (WPA) der EU unter deutschem Vorsitz zu seinem diesjährigen informellen Treffen in Potsdam zusammen.¹ Der Wirtschaftspolitische Ausschuss bereitet den Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU (ECOFIN-Rat) in Brüssel in strukturpolitischen Fragen vor. Im Vordergrund der Diskussion zur Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa standen in diesem Jahr die Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie, Verbesserungen im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die finanzpolitischen Herausforderungen der Klima- und Energiepolitik. Ziel des Meinungsaustausches

der leitenden ökonomischen Fachberater der 27 EU-Mitgliedstaaten war es, die strategische Ausrichtung des ECOFIN-Rates in diesen Politikfeldern zu stärken und so die finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in Europa zu verbessern.

Experten von Universitäten, Forschungsinstituten und internationalen Organisationen steuerten mit Impuls- bzw. Einführungsreferaten wichtige Beiträge für die anschließende Fachdiskussion bei: Dennis Snower, Lucio Pench, Marc Hallerberg, Michele Cincera, Clemens Fuest, Christopher Heady, Per Callesen, Claudia Kemfert und Gert-Jan Koopmann. Am offiziellen Abendessen nahmen – neben dem Bundesminister

¹ Eine ausführliche Tagungsdokumentation wird von BMF im Herbst 2008 veröffentlicht.

der Finanzen Peer Steinbrück als Gastgeber – Gesine Schwan als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, sowie der brandenburgische Finanzminister Rainer Speer teil.²

1 Zukünftige Chancen und Herausforderungen für Wirtschaft und Politik in Europa

In seiner Eröffnungsrede skizzierte der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Dennis Snower, „Future Opportunities and Challenges for Europe“. Snower beleuchtete die Konsequenzen zukünftiger Trends der globalisierten Weltwirtschaft für die Gestaltungsmöglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa und identifizierte politische Herausforderungen für den Zeitraum nach Auslaufen der Lissabon-Strategie im Jahr 2010.

Ausgangspunkt der Überlegungen war die These, dass die Anforderungen an die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Zukunft wesentlich davon abhängen werden, wie sich die Globalisierung weiterentwickeln wird. Nach Snower kann man die Globalisierung in zwei Phasen unterteilen. Die erste Phase sei durch eine Spezialisierung der Länder charakterisiert: Entwickelte Länder konzentrierten sich verstärkt auf Wirtschaftssektoren mit hoher Wertschöpfung, während weniger entwickelte Länder sich vermehrt auf arbeitsintensive Industrien konzentrierten. Die Auffassung sei verbreitet, so Snower weiter, dass die Globalisierung sich in der Zukunft ähnlich weiter entwickeln würde, so dass es zu einer weiteren Spezialisierung der Länder komme. Die Politikantworten würden dann ähnlich aussehen wie in der Vergangenheit. In einer derartigen Welt würde es in den entwickelten Ländern weiterhin klar identifizierbare Globalisierungsgewinner und -verlierer geben, was politischen Handlungsbedarf mit sich brächte.

Snower argumentierte aber, dass die Globalisierung im Wandel sei und diese erste Phase nun zu einem Ende komme. Eine bessere Beschreibung der zukünftigen Entwicklungen gehe dahin, dass die Globalisierung einen tiefen strukturellen Wandel auslöse, in dem es nicht mehr klar identifizierbare Gewinner und Verlierer gebe. So werde in Zukunft die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht mehr grundsätzlich davon abhängen, in welchem Wirtschaftszweig man tätig sei, sondern es werde eine immer größere Rolle spielen, welche Tätigkeit man genau ausübe. Welche Tätigkeiten wie – ob positiv oder negativ – von der Globalisierung betroffen sein werden, ließe sich im Voraus nicht bestimmen. Um in diesem Wandel wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben, bedürfe es in erster Line Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Vertraute Politikantworten würden diesen veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr gerecht. Stattdessen müsse die Wirtschafts- und Finanzpolitik innovativ reagieren, zum Beispiel, indem sie über so genannte Wohlfahrtskonten die richtigen Anreize für die Mitbürger setzt, sich ständig fortzubilden oder andere Fähigkeiten zu erwerben, um selbstständig neue Herausforderungen zu meistern. Eine Kompensation der Verlierer alleine reiche nicht mehr aus.



² Nähere Informationen zu den Rednern der Tagung siehe im Internet unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_nn_1270/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/002_a_redner_tagung,templateId=raw,property=ublicationFile.pdf

2 Qualität der öffentlichen Finanzen zentral für Wachstum und Beschäftigung in Europa

Schwerpunktthema der Tagung bildete die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen: Sie sollen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung fördern und dabei ihre Ziele effizient erreichen. Hiernach gilt es sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmenseite öffentlicher Haushalte auszurichten ebenso wie die institutionellen Rahmenbedingungen finanzpolitischer Entscheidungen. Dazu gehören zum Beispiel Regeln zur öffentlichen Verschuldung und zur mittelfristigen Finanzplanung.

Der Informations- und Erfahrungsaustausch auf EU-Ebene soll den Mitgliedstaaten helfen, ihre Finanzpolitik wachstumsfreundlicher und effizienter auszugestalten. Elemente einer auf mehr „Qualität“ ausgerichteten Finanzpolitik sind auf EU-Ebene bereits institutionell verankert: So räumt der reformierte Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt solchen Maßnahmen ein größeres Gewicht ein, die zu einem höheren Wachstumspotenzial beitragen. Zudem fordern die von den Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Integrierten Leitlinien der Lissabon-Strategie³ eine stärkere Ausrichtung der öffentlichen Finanzen auf mehr Effizienz und Effektivität. Dieses Thema ist seit längerem auf der Agenda des ECOFIN-Rates und auch nationale Initiativen des Bundesfinanzministeriums zur Schuldenbremse, zur Evaluation von Steuersubventionen und zum Subventionsabbau sowie Initiativen in anderen Ländern der EU belegen den Einfluss der EU-weiten Debatte auf die nationale Politikgestaltung.

3 Qualität der öffentlichen Finanzen – ein konzeptioneller Rahmen

Vor diesem Hintergrund stellte die EU-Kommission einen Rahmen zur Bewertung der Qualität der öffentlichen Finanzen vor (siehe Kasten, S. 76), der bewusst das Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt rückt. Der konzeptionelle Rahmen basiert auf sechs Teildimensionen, die alle Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben können: die Größe des Staatssektors im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (Staatsquote); die Höhe des Staatsdefizits und die längerfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen; Zusammensetzung, Effizienz und Effektivität der öffentlichen Ausgaben; die Struktur und Effizienz der Staatseinnahmen; die Qualität der fiskalpolitischen Institutionen sowie die Wechselwirkung zwischen Fiskalpolitik und der Funktionsfähigkeit der Märkte (Flexibilität des Arbeitsmarkts, Regulierungsdichte). Ein Ziel ist es auch, quantitative Indikatoren zu entwickeln, die eine Bewertung der Qualität der öffentlichen Finanzen erlauben. Dabei sind einige methodische Hürden zu überwinden: Zum einen ist der Zusammenhang zwischen den untersuchten Dimensionen und dem Wirtschaftswachstum nicht unumstritten. Zum anderen ist es schwierig, die Ergebnisse finanzpolitischen Handelns zu messen. Dennoch liefern einige Studien bereits jetzt aufschlussreiche Ergebnisse. So weist die Effizienz der Bildungsausgaben von Land zu Land klare Verbesserungspotenziale auf.

Professor Hallerberg, Fellow an der Hertie School of Governance Berlin, diskutierte die von der EU-Kommission präsentierte Konzeption kritisch und sah kurz- und mittelfristig zwischen einigen Dimensionen implizite Zielkonflikte, etwa zwischen Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit. Für den erfolgreichen Umgang mit diesen Zielkonflikten sieht Hallerberg die finanzpolitischen Institutionen als besonders wichtig an. Sie müssen den historischen, kulturellen und institutionellen Gegebenheiten gerecht werden, um erfolgreich sein zu können. So spielen in den

³ Zur Lissabon-Strategie siehe http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm

„Public Finance Report 2008“ der EU-Kommission zu „Qualität der öffentlichen Finanzen“⁴

Die EU-Kommission hat im Vorfeld des Informellen WPA ihren Bericht „Public Finances in EMU 2008“ veröffentlicht und die Rolle der Qualität der öffentlichen Finanzen für die Steuerungsinstrumente der EU präsentiert. Der Bericht beschäftigt sich mit der makroökonomischen und finanzpolitischen Entwicklung in den Mitgliedstaaten der EU und erörtert die Bereiche der öffentlichen Finanzen, in denen eine Qualitätsverbesserung zu Synergien bei den zentralen Instrumenten der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU führen könnte (Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt und Lissabon-Strategie). Trotz der Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung in Europa werden Risiken für die öffentlichen Finanzen gesehen. Sie liegen im begrenzten Wachstumspotenzial aufgrund eines ineffizienten Ressourceneinsatzes im öffentlichen Sektor, der Beeinträchtigung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie dem wachsenden globalen Wettbewerb. Die EU-Kommission nennt vier Handlungsschwerpunkte für eine qualitative Verbesserung der öffentlichen Finanzen:

1. Festlegung von Indikatoren zur Messung der Qualität der öffentlichen Finanzen und systematische Meldungen der Mitgliedstaaten,
2. Fokussierung auf Effizienz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben,
3. Leistungsfähigere staatliche Einnahmensysteme,
4. Monitoring der Qualität der öffentlichen Finanzen als Teil der haushaltspolitischen Überwachung der EU sowie der Lissabonstrategie.

verschiedenen EU- Mitgliedstaaten die Finanzministerien unterschiedliche Rollen, was ihren Einfluss und ihre Einbindung auf staatlicher Ebene angeht. Um ähnliche Politikziele zu verfolgen, sind nach Hallerberg in diesen Ländern unterschiedliche Politikansätze zielführend. Während in Großbritannien der Finanzminister die fiskalische Disziplin aufgrund seiner starken Position sicherstellen kann, erfüllt diese Funktion in den Niederlanden ein fiskalpolitischer Vertrag zwischen den verschiedenen Akteuren, der strenge Regeln und Überwachungsmechanismen bei der mittelfristigen Finanzplanung enthält.

4 Effizienz und Effektivität öffentlicher Ausgaben – „Forschung und Entwicklung“

Die Effizienz und Effektivität der Verausgabung öffentlicher Mittel im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) stand im Mittelpunkt der zweiten Sitzung, die durch Professor Michele Cincera von der Universität Brüssel eingeleitet wurde.

Cincera präsentierte die Resultate einer empirischen Studie, die den konzeptionellen Rahmen der EU-Kommission aufgreift und auf einem makroökonomischen Ansatz aufbaut, der den Zusammenhang zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen F&E-Ausgaben untersucht. Motivation ist das erklärte Ziel der EU Mitgliedstaaten, den F&E-Anteil am BIP auf drei

⁴ Siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/specpub_list9257.htm

Prozent zu steigern, wobei ein Drittel aus öffentlichen und zwei Drittel aus privatwirtschaftlichen Ausgaben bestehen sollen. Die öffentlichen Ausgaben können verschiedenster Natur sein, zum Beispiel berücksichtigt die Studie private F&E-Aktivitäten, die durch den Staat (mit)finanziert werden oder auch F&E-Aktivitäten im Hochschulbereich. Auch andere Faktoren, die die privaten F&E-Ausgaben beeinflussen könnten – wie der Zugang zu den Kapitalmärkten oder die Internationalisierung der Volkswirtschaft oder der Anteil von Hochtechnologieindustrien in der Wirtschaft generell – werden in die Studie einbezogen.

Cincera stellte fest, dass die untersuchten Länder in drei größere Gruppen eingeordnet werden können, wobei die drei Länder mit den effizientesten öffentlichen F&E-Ausgaben – die Vereinigten Staaten, Japan und die Schweiz – sehr unterschiedliche Strategien verfolgen. Daraus folge, dass es nicht nur einen optimalen Politikansatz gebe. In allen Fällen scheine aber der Schutz des geistigen Eigentums eine wichtige Rolle zu spielen. Cincera räumte ein, dass der gewählte makroökonomische Ansatz zwar einen wichtigen Beitrag zu der notwendigen Politikdiskussion liefern könne, aber durch mikroökonomische Ansätze sowie länderspezifische Fallstudien ergänzt werden müsse, um konkretere wirtschaftspolitische Empfehlungen zu erlauben.

5 Effiziente und stabile öffentliche Einnahmestrukturen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Effiziente und stabile öffentliche Einnahmestrukturen sind zentrale Bedingungen für Wirtschaftswachstum und langfristig tragfähige Staatsfinanzen. Vor diesem Hintergrund beleuchteten Christopher Heady (OECD) und Professor Clemens Fuest (Universität Oxford und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF) die Frage nach der richtigen Ausgestaltung nationaler Steuerpolitiken in Reaktion auf Globalisierung und demografischem Wandel.

Heady präsentierte eine neuere OECD-Studie, nach der die Steuerstruktur unabhängig von der Höhe der Steuereinnahmen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum habe. Die Studie weist ein Ranking der Steuern nach ihrem negativen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf. Die Steuern auf Wohneigentum wirken sich auf das langfristige Wachstum des Pro-Kopf-BIP am wenigsten schädlich aus, gefolgt von den Konsumsteuern, der Einkommensteuer und schließlich der Körperschaftsteuer (KSt). Heady sieht bei der Gestaltung der Steuerstruktur einen Zielkonflikt zwischen Wachstum und Gerechtigkeit, der eine politische Herausforderung darstelle.

Im zweiten Teil seiner Präsentation rückte Heady die Stabilität der Einnahmen in den Mittelpunkt und stellte fest, dass es über Jahrzehnte in den EU-Ländern drei wesentliche Einnahmequellen gegeben habe. Diese seien Verbrauchsteuern, Einkommensteuern und Sozialbeiträge; die Körperschaftsteuer spiele dagegen quantitativ eine untergeordnete Rolle. Überraschend sei, dass der Anteil der Körperschaftsteuer am BIP in den letzten Jahrzehnten nicht – wie man vielleicht aufgrund der gesunkenen KSt-Sätze vermuten würde – gefallen, sondern gestiegen sei. Allgemein seien die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer am wenigsten stabil, da sie sehr konjunkturreagibel seien und Unternehmen sich dauerhaft bemühen würden, ihre Steuerbelastung zu minimieren.

Professor Fuest analysierte in seinem Vortrag die Verteilungswirkungen von Steuern und

Sozialtransfers im Zeitablauf. Welchen Einfluss hat in diesem Prozess die Globalisierung? Die empirische Analyse belege trotz Datenproblemen, dass es nur schwache Anzeichen für einen Rückgang der Umverteilungswirkung der Steuersysteme in den vergangenen Jahren gebe. Zweitens untersuchte er, ob die Umstrukturierung der Steuersysteme hin zu mehr indirekten Steuern zu einem regressiveren Steuersystem führt und stellte fest, dass ein Steuersystem mit einem größeren Anteil an indirekten Steuern einerseits regressiver sei und andererseits die reduzierte Steuer- und Sozialabgabenlast auf den Faktor Arbeit eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten darstelle. In weiteren Forschungen wäre zu untersuchen, welcher der beiden Effekte dominant sei, so Fuest.

6 Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss entwickelt derzeit in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission Projektionen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf EU-Ebene, die im kommenden Jahr unter tschechischer EU-Ratspräsidentschaft im ECOFIN beraten werden. In den Projektionen wird für den Zeitraum bis 2050 quantifiziert, in welchem Umfang der demografisch bedingte Alterungsprozess der Gesellschaft zu fiskalischen Belastungen für die öffentlichen Haushalte führt. Auf seiner Tagung diskutierte der Ausschuss die Fortschritte bei den Vorarbeiten der für 2009 vorgesehenen Projektionsrunde. Hintergrund der Projektion ist die Tatsache, dass fast alle Staaten mit dem Phänomen alternder Gesellschaften konfrontiert sind und die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen daher eine wichtige Aufgabe geworden ist. Das Bundesfinanzministerium hat zu der Debatte mit dem Zweiten Tragfähigkeitsbericht für Deutschland erst vor kurzem eine aktualisierte empirische Grundlage geliefert. Die Schlussfolgerungen dieser Analyse lauten: Die Folgen des demografischen Wandels für die öffentlichen Haushalte sind beherrschbar. Die auf Konsolidierung und Wachstum ausgerichtete Finanzpolitik und die Strukturreformen der Bundesregierung haben Deutschland dem Ziel der Tragfähigkeit ein wesentliches Stück näher gebracht. Diesen Fortschritt gilt es nun weiter voranzutreiben.



7 Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion

Im Mai 1998 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU, dass die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zum 1. Januar 1999 beginnen und an diesem Tag der Euro eingeführt werden soll. Aus diesem Anlass wurde von der EU-Kommission ein umfassender Bericht „Zehn Jahre europäische WWU“ vorgestellt, der die Erfolge und Herausforderungen für den gemeinsamen Währungsraum skizziert.⁵

Wesentliche Errungenschaft der Währungsunion ist aus Sicht der EU-Kommission die gestiegene makroökonomische Stabilität und die bessere Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks, gerade in Zeiten der aktuellen Finanzmarktkrise. Die WWU sei Katalysator der Finanzmarktintegration und der Euro nunmehr zweitwichtigste Weltreservewährung. Das EZB-Stabilitätsziel habe für geringe Inflation gesorgt und der Binnenmarkt sei insgesamt gestärkt worden. Es sei ebenfalls als Erfolg zu werten, dass in den vergangenen zehn Jahren in der EU 16 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Dagegen bestehe bei der Wachstums- und Produktivitätsdynamik Nachholbedarf. Zwar seien – nicht zuletzt in Deutschland – wichtige Strukturreformen durchgeführt worden, ein hohes Maß an Preis- und Lohnstarrheiten bestehe jedoch fort. Auch bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte seien die Ergebnisse gemischt, sodass der präventive Arm des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts noch der Verbesserung bedürfe. Aus Sicht der EU-Kommission liege eine große Herausforderung für die WWU in den zunehmenden Heterogenitäten zwischen den Staaten der Eurozone. Möglichkeiten zur Weiterentwicklung lägen in der internen Euroraum-Agenda, insbesondere in einem ökonomisch fundierten strukturpolitischen Monitoring der Eurozone sowie einer höheren Effizienz bei den WWU-Lenkungsstrukturen.

Befund und Vorschläge der EU-Kommission waren Thema der Diskussion der Mitglieder der Eurozone. Für das 2. Halbjahr 2008 unter französischer EU-Ratspräsidentschaft wurde eine tiefer gehende Erörterung der Analyse sowie der Vorschläge für die strukturpolitische Überwachung vereinbart.

8 Energie- und Klimawandel als Herausforderung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die letzte Sitzung der Konferenz hatte die ökonomischen und finanzpolitischen Herausforderungen des Klimawandels zum Thema. Referenten waren Per Callesen, Staatssekretär im dänischen Finanzministerium und Sonderbeauftragter für Energie der dänischen Regierung, sowie Professor Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin).

Callesens skizzierte in seinem Vortrag die ökonomischen Konsequenzen der Klimapolitik und legte zunächst die Herausforderungen des Klimawandels dar: Es sei technisch und volkswirtschaftlich durchaus möglich, bis zum Jahre 2050 die Schadstoffemissionen zu halbieren, politisch sei dies aber nur schwer erreichbar. Es werde weder eine weltweite Politiklösung geben noch auf Länderebene nationale Politiklösungen, was bedauerlich sei, da es viele gute Gründe zum Handeln gebe. Eine neue Energiepolitik könne zu einer Reduzierung der ökonomischen Verschwendung beitragen, Energiesicherheit und politische Stabilität erhöhen und weitere indirekte Vorteile für die Umwelt haben.

Callesen äußerte sich kritisch zu Studien, die die Kosten des politischen Handelns und Nichthandelns zu quantifizieren versuchen. Diese Studien nähmen an, dass effiziente Politiklösungen gefunden und umgesetzt würden. Die Realität zeige aber, dass gerade im Bereich der Energiepolitik ineffiziente Wege gegangen würden, bspw. werde speziell in Asien der Verbrauch von fossilen Brennstoffen massiv subventioniert. Diese Subventionen für fossile Brennstoffe betragen weltweit ein Vielfaches der Subvention für erneuerbare Energien. Positiver ausgedrückt hieße dies, dass es ein großes Potential für Effizienzsteigerungen gebe.

Professor Kemferts Präsentation skizzierte die volkswirtschaftlichen und fiskalischen Konsequenzen, die sich aus den Schlussfolgerungen der Klimawandelkonferenz in Bali 2007 ergeben könnten. Kemfert betonte, dass der Handlungsspielraum zunehmend eingeengt sei, jedoch sei

⁵ Für weitere Informationen siehe http://ec.europa.eu/economy_finance/emu10/index_en.htm

sofortiges Handeln notwendig, um die weltweiten Treibgasemissionen unter Kontrolle zu bekommen. Selbst ein Verzögern von wenigen Jahren würde die Herausforderung deutlich vergrößern. Ein wesentlicher Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen sei die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Sollten die Subventionen für fossile Brennstoffe zukünftig für die Entwicklung von neuen Energien verwendet werden, so gäbe es Aussicht auf Erfolg.



9 Herausforderungen für die Gesellschafts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa

Am offiziellen Abendessen des Informellen WPA nahmen – neben dem Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück als Gastgeber – Professor Gesine Schwan als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, sowie der brandenburgische Finanzminister Rainer Speer teil.

Minister Steinbrück wies in seiner Begrüßungsrede auf die Vorteile des Erfahrungsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik hin. Der Austausch so genannter „best practices“ trage dazu bei, die Politik und im Ergebnis die Situation und Chancen aller Bürgerinnen und Bürger in Europa zu verbessern. Die Mitgliedstaaten müssten allerdings die Globalisierung bei demographischem und technologischem Wandel offensiv annehmen und Antworten auf veränderte Rahmenbedingungen, etwa bei Energie und Klima formulieren. Auch die Auswirkungen der Finanzkrise seien noch zu schultern. Eine abwartende Haltung sei bei all diesen Herausforderungen keine sinnvolle Handlungsoption.

Die Rolle des Staates sei hier die des Gestalters eines modernen, sozialen Europas. Er müsse die Gesellschaft und jeden Einzelnen in die Lage versetzen, sich an die Herausforderungen anpassen zu können und gleichzeitig soziale Kohäsion gewährleisten. Dies sei die Aufgabe eines modernen Wohlfahrtsstaates. In Deutschland werde diese Philosophie derzeit konkret und erfolgreich umgesetzt, indem eine solide Haushaltspolitik mit Schwerpunktsetzung in Zukunftsbereichen (Forschung und Entwicklung, Bildung, Kinderbetreuung) kombiniert werde.

Perspektivisch sei es notwendig, sich frühzeitig Gedanken um die Zukunft der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa zu machen – und zwar über das Ende des Planungszeitraums der Lissabon-Strategie 2010 hinaus. Dabei seien klare politische Antworten für ein ökonomisch und sozial starkes Europa anzustreben. Die Finanzminister der EU sollten hierbei eine führende Rolle spielen.

Der Finanzminister des Landes Brandenburg, Rainer Speer, verwies in seiner Begrüßungsrede

darauf, dass schon Preußen für die Finanzpolitik frühzeitig die Losung ausgegeben habe, keine neuen Schulden aufzunehmen und strikte Ausgabendisziplin zu wahren. Brandenburg sei nach wie vor von strukturellen Verwerfungen geprägt. Dennoch habe das Land im Jahr 2007 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Das sei auch die eingeschlagene Richtung für die kommenden Jahre, trotz zurückgehender Solidarpaktmittel. Die demografische Entwicklung stelle eine der zentralen Herausforderungen für die Finanzpolitik der kommenden Jahre dar. Brandenburg stelle sich der Aufgabe für einen erfolgreichen Anpassungsprozess frühzeitig, um spätere schmerzhaft Korrekturen zu vermeiden. Dazu gehörten ein nachhaltiger Umgang mit den öffentlichen Ressourcen und die Umsetzung der Lissabon-Strategie mit Blick auf zukunftsorientierte Politikfelder auch auf Landesebene. Diesen Anspruch spiegele die aktuelle Prioritätensetzung des öffentlichen Haushalts nachdrücklich wider.

Frau Professor Schwan, stellte in einer Dinnerrede ihre Vorstellungen einer bürgerfreundlichen, demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Europa vor. Ausgehend von den aktuellen Entwicklungen um den Lissabon-Vertrag betonte sie, dass Freiheit und Sicherheit zu den Grundprinzipien einer bürgernahen und gleichzeitig zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik in Europa zählten. Dem derzeitigen Politikverständnis fehle es in Teilen an diesen zentralen Maximen, und dies sei eine der Ursachen für die Diskrepanz zwischen aktueller Europapolitik und dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen als Koordinatorin für die deutsch-polnischen Beziehungen sei es geradezu zwingend, unter Einbindung breiter Bevölkerungsschichten eine neue gemeinsame Plattform für einen Dialog in Europa zu finden. Diese müsse in aller erster Linie geprägt sein vom Verständnis für die kulturellen und historischen Eigenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten Europas.





Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	86
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	110
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	86
1 Kreditmarktmittel	86
2 Gewährleistungen	87
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	87
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	88
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009	90
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	94
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	96
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	98
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	99
10 Entwicklung der Staatsquote	100
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	101
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	102
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	103
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	104
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	105
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	106
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	107
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	110
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	110
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008	110
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2008	111
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2008	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	114
2 Preisentwicklung	114
3 Außenwirtschaft	115
4 Einkommensverteilung	115
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	116
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	117
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	118
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	119
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	120
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	121

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Mai 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. Juni 2008
	Mio. €			
Anleihen	599 218	0	0	599 218
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	18 000	2 000	0	20 000
Bundesobligationen	164 000	5 000	0	169 000
Bundesschatzbriefe	9 905	110	199	9 816
Bundesschatzanweisungen	114 000	8 000	14 000	108 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 512	5 875	5 877	35 511
Finanzierungsschätze	2 104	108	152	2 060
Schuldscheindarlehen	14 620	0	3	14 617
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	957 564			958 427

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Mai 2008	Stand: 30. Juni 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	167 742	167 662
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	313 399	307 368
langfristig (mehr als 4 Jahre)	476 423	483 397
Kreditmarktmittel insgesamt	957 564	958 427

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2008	Belegung am 30. Juni 2008	Belegung am 30. Juni 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	100,3	96,4
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	25,9	24,5
bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,1	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	95,0	51,7	52,4
Internationale Finanzierungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	–	–

3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2007 Ist	2008 Soll	2009 RegEntw	2010	2011 Finanzplanung	2012
	Mrd. €					
1. Ausgaben	270,4	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,6	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,8
2. Einnahmen¹	255,7	271,1	277,5	286,0	294,8	300,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 9,8	+ 6,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	238,0	248,7	255,4	266,3	276,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 12,8	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	– 14,7	– 12,1	– 10,9	– 6,4	– 0,4	– 0,4
in % der Ausgaben	5,4	4,3	3,8	2,2	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (–)	222,1	232,5	225,5	221,3	217,8	221,1
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	– 8,4	2,3	–	–	–	–
6. Tilgungen (+)	216,2	221,0	214,6	214,9	217,4	220,7
7. Nettokreditaufnahme	– 14,3	– 11,9	– 10,5	– 6,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	– 0,4	– 0,2	– 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,4
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,7	25,9	25,9	25,5	25,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 15,4	– 5,9	+ 4,9	+ 0,2	– 1,5	– 0,8
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4, 2. ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2008.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007 Ist	2008 Soll	2009 Entwurf	2010	2011 Finanzplanung	2012
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	26 762	27 796	28 252	28 610	29 079
Aktivitätsbezüge	19 662	20 276	20 964	21 340	21 669	22 100
Ziviler Bereich	8 498	9 199	9 372	9 930	10 415	10 920
Militärischer Bereich	11 164	11 077	11 592	11 409	11 254	11 179
Versorgung	6 376	6 486	6 832	6 912	6 941	6 979
Ziviler Bereich	2 334	2 308	2 392	2 400	2 399	2 394
Militärischer Bereich	4 041	4 178	4 441	4 512	4 542	4 585
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	21 053	21 286	21 311	21 732
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 473	1 451	1 462	1 475	1 453
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 581	10 281	10 526	10 554	10 988
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	9 321	9 298	9 283	9 291
Zinsausgaben	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
an andere Bereiche	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
Sonstige	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	41 774	41 435	43 343	44 647	47 023
an Ausland	3	3	2	2	–	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	171 897	173 720	176 362	177 865
an Verwaltungen	14 003	14 463	14 569	13 951	13 743	13 588
Länder	8 698	8 890	8 378	7 776	7 474	7 298
Gemeinden	38	23	21	19	13	12
Sondervermögen	5 267	5 549	6 170	6 155	6 256	6 277
Zweckverbände	1	1	1	1	0	0
an andere Bereiche	146 349	155 307	157 328	159 770	162 618	164 277
Unternehmen	15 399	23 740	23 800	24 144	24 307	24 473
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	29 123	28 276	27 063	25 723	24 899	24 764
an Sozialversicherung	97 712	98 521	101 269	104 702	108 175	109 786
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	964	1 409	1 415	1 401	1 390
an Ausland	3 240	3 801	3 782	3 785	3 834	3 862
an Sonstige	5	5	5	1	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	258 128	262 225	266 645	270 971	275 740
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	6 903	7 273	7 791	7 596	7 305	7 269
Baumaßnahmen	5 478	5 783	6 201	6 019	5 763	5 772
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	1 057	1 034	1 003	956
Grunderwerb	516	480	533	543	540	542
Vermögensübertragungen	16 947	14 306	14 838	15 111	15 009	14 828
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	13 924	14 442	14 737	14 648	14 468
an Verwaltungen	8 234	5 416	4 971	5 015	4 965	4 960
Länder	6 030	5 342	4 906	4 949	4 888	4 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	68	60	61	72	77
Sondervermögen	2 150	6	5	5	5	5
an andere Bereiche	8 345	8 509	9 471	9 722	9 683	9 508
Sonstige – Inland	6 099	6 082	6 463	6 535	6 476	6 348
Ausland	2 247	2 427	3 008	3 187	3 206	3 160
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	397	374	361	360
an andere Bereiche	367	382	397	374	361	360
Sonstige – Inland	162	164	156	149	141	140
Ausland	205	218	241	225	220	220

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007 Ist	2008 Soll	2009 Entwurf	2010 Finanzplanung	2011 Finanzplanung	2012 Finanzplanung
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 461	3 638	3 601	3 581	3 592
Darlehensgewährung	2 100	2 717	2 739	2 773	2 853	2 745
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 100	2 716	2 738	2 772	2 852	2 745
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	900	1 308	1 174	1 195	1 199	1 204
Ausland	1 199	1 407	1 564	1 577	1 653	1 540
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	899	828	728	847
Inland	28	26	13	13	1	1
Ausland	604	718	886	815	728	846
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	26 582	25 040	26 266	26 307	25 895	25 690
¹ Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24 658	25 870	25 933	25 534	25 330
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	32	– 91	– 552	– 1 666	– 830
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	288 400	292 400	295 200	300 600

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
0 Allgemeine Dienste	53 285	46 989	25 105	16 676	-	5 208
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 350	5 981	3 883	1 210	-	888
02 Auswärtige Angelegenheiten	8 182	3 466	461	159	-	2 847
03 Verteidigung	30 930	30 613	16 032	13 703	-	877
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 741	3 242	2 088	949	-	205
05 Rechtsschutz	385	351	259	77	-	15
06 Finanzverwaltung	3 696	3 336	2 381	577	-	377
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 342	11 016	477	709	-	9 830
13 Hochschulen	2 648	1 653	10	10	-	1 633
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 962	1 962	-	-	-	1 962
15 Sonstiges Bildungswesen	507	440	9	66	-	364
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 531	6 473	457	629	-	5 386
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	693	488	1	4	-	484
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	140 774	139 952	231	229	-	139 492
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	96 841	96 841	55	-	-	96 786
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 016	6 016	-	-	-	6 016
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 000	2 753	-	47	-	2 706
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 503	33 387	49	116	-	33 222
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	140	140	-	-	-	140
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 273	814	128	65	-	621
3 Gesundheit und Sport	1 216	800	275	264	-	261
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	410	345	146	146	-	53
312 Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	410	345	146	146	-	53
32 Sport	129	108	-	7	-	101
33 Umwelt- und Naturschutz	366	196	85	58	-	53
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	311	151	44	53	-	54
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 713	450	-	12	-	438
41 Wohnungswesen	1 131	441	-	2	-	438
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	-	-	-	-	-
44 Städtebauförderung	581	8	-	8	-	-
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 025	543	29	136	-	378
52 Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	124	124	-	60	-	63
533 Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	124	124	-	60	-	63
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	225	168	29	74	-	65

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
0 Allgemeine Dienste	1 126	2 477	2 693	6 296	6 251
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	367	2	0	369	369
02 Auswärtige Angelegenheiten	68	2 198	2 450	4 716	4 715
03 Verteidigung	220	97	–	317	273
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	320	178	–	498	498
05 Rechtsschutz	32	2	–	34	34
06 Finanzverwaltung	117	0	243	361	361
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	223	3 093	11	3 327	3 327
13 Hochschulen	1	995	–	996	996
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	67	–	67	67
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	201	1 847	11	2 059	2 059
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	20	184	–	205	205
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	11	811	1	823	471
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	245	1	247	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	111	–	116	7
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	455	–	459	459
3 Gesundheit und Sport	221	196	–	417	417
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	56	10	–	65	65
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	56	10	–	65	65
32 Sport	–	21	–	21	21
33 Umwelt- und Naturschutz	7	163	–	171	171
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	158	2	–	160	160
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 260	3	1 263	1 263
41 Wohnungswesen	–	687	3	690	690
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	–
44 Städtebauförderung	–	573	–	573	573
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15	466	1	483	483
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	425	1	426	426
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	15	41	1	57	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 040	3 401	54	662	-	2 685
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	884	805	-	519	-	286
621 Kernenergie	271	271	-	-	-	271
622 Erneuerbare Energieformen	47	17	-	4	-	13
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	567	517	-	516	-	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 117	2 101	-	4	-	2 097
64 Handel	122	122	-	54	-	68
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	638	14	-	12	-	2
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 279	359	54	73	-	233
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 100	4 143	1 064	1 995	-	1 085
72 Straßen	7 607	960	-	868	-	91
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 728	835	510	260	-	66
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	5	-	-	-	5
75 Luftfahrt	189	189	50	17	-	122
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 239	2 155	504	850	-	801
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 813	11 787	-	17	-	11 770
81 Wirtschaftsunternehmen	10 285	6 261	-	17	-	6 244
832 Eisenbahnen	3 922	87	-	8	-	79
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 363	6 175	-	10	-	6 165
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 527	5 526	-	-	-	5 526
873 Sondervermögen	5 506	5 506	-	-	-	5 506
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	21	20	-	-	-	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 092	43 145	561	354	41 479	751
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	788	750	-	-	-	750
92 Schulden	41 501	41 501	-	22	41 479	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	802	894	561	332	-	1
Summe aller Hauptfunktionen	288 400	262 225	27 796	21 053	41 479	171 897

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	733	904	1 639	1 639
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	79	–	79	79
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	30	–	30	30
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	50	–	50	50
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	17	–	17	17
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	624	–	624	624
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	14	904	919	919
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 192	1 765	–	7 956	7 956
72 Straßen	5 229	1 419	–	6 647	6 647
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	892	–	–	892	892
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	70	14	–	84	84
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	3 999	24	4 025	4 025
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	1	3 999	24	4 024	4 024
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 826	10	3 836	3 836
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	174	14	188	188
873 Sondervermögen	1	–	–	1	1
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 791	14 838	3 638	26 266	25 870

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	- 4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1198,2
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	715,6

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse							Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	283,2	288,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7	1,8
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	271,1	277,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 12,1	- 10,9
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	26,8	27,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8	3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4	9,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,4	14,9	14,9	14,8	40,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	41,8	41,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0	- 0,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	56,8	56,2	56,1	56,0	58,3	58,1	57,9	61,3	60,5
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,7	25,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7	9,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,9	35,4	34,0	34,2	34,0	40,0	35,8	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	238,0	248,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0	86,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8	89,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,9	43,6
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2	3,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3	40,6
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	71,2	955,7	X	X
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1497,1	1502,9	1508 ^{1/2}	1516
darunter: Bund	Mrd.€	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	917,6	937,5	949	959 ^{1/2}

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	604,3	611,3	619,6	614,6	627,7	636,9	646,8
Einnahmen	557,7	554,6	551,7	549,0	575,2	597,0	647,3
Finanzierungssaldo	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,5	- 39,2	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	257,1	260,0	258,7	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	233,5	237,2	248,7	267,3
Finanzierungssaldo	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 22,7	- 10,0	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148,3	150,0	149,9	150,1	153,2	155,7	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	150,9	158,6	169,3
Finanzierungssaldo	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0	8,6
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	- 0,8	2,1	1,5	1,6
Einnahmen	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,8	3,8	8,4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	- 1,0	1,1	- 0,5	2,0
Einnahmen	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,1	1,7	3,2
Einnahmen	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,1	6,7

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juli 2008.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7	0,1
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 0,6
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4	0,1
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1	0,4
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,2	0,2
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8	- 5,4
Länder	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 8,7	- 3,9	1,3
Gemeinden	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,5	1,9	5,4
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,1	10,9
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7	6,6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juli 2008.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008 ²	554,4	281,9	272,5	50,8	49,2
2009 ²	571,1	293,4	277,6	51,4	48,6
2010 ²	595,2	312,0	283,2	52,4	47,6
2011 ²	620,0	331,7	288,3	53,5	46,5
2012 ²	645,3	351,4	293,8	54,5	45,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008.
Stand: Mai 2008.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 ³	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 ³	22,8	40,1	21,0	37,3
2007 ³	23,8	40,3	22,2	37,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Mai 2008.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,9	26,1	20,8
2006 ⁵	45,4	25,3	20,1
2007 ⁵	43,8	24,6	19,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte ohne Kassenverstärkungskredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 253 194	1 325 731	1 395 004	1 447 505	1 497 122	1 502 196
Bund ²	719 397	760 453	802 994	872 653	917 554	937 545
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
Länder	384 773	414 950	442 972	468 214	480 486	482 752
Gemeinden	82 661	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Zweckverbände	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560
nachrichtlich:						
Bund + SR	778 607	819 283	860 244	888 020	932 110	937 645
Länder + Gemeinden	467 434	499 019	527 229	552 018	562 362	561 991
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	322 900	348 111	372 352	394 148	405 914	408 548
Länder (Ost)	61 873	66 840	70 620	74 066	74 572	74 204
Gemeinden (West)	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387	68 488
Gemeinden (Ost)	15 506	15 343	15 276	14 774	13 489	13 310
Länder und Gemeinden (West)	390 055	416 837	441 333	463 178	474 301	477 036
Länder und Gemeinden (Ost)	77 379	82 183	85 896	88 840	88 061	87 514
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
ERP	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	0
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	38 650			
Entschädigungsfonds	369	469	400	301	199	100
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,5	61,3	63,1	64,5	64,5	62,0
Bund ²	33,6	35,1	36,3	38,9	39,5	38,7
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6	0,0
Länder	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5	3,3
nachrichtlich:						
Bund + SR	36,3	37,9	38,9	39,6	40,1	38,7
Länder + Gemeinden	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2	23,2
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	15,1	16,1	16,8	17,6	17,5	16,9
Länder (Ost)	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1
Gemeinden (West)	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9	2,8
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5
Länder und Gemeinden (West)	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4	19,7
Länder und Gemeinden (Ost)	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8	3,6
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand ⁴	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	15195	16066	16909	17559	18188	18310
je Erwerbstätigen	32054	34234	35880	37263	38301	37904
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2143,2	2163,8	2211,2	2244,6	2322,2	2423,8
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315	82,261
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088	39,737

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 2006 inkl. Extrahaushalt BPS-PT (Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.); ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

³ West- und Ost-Berlin.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	X	X
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 ⁵	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,5	- 2,3
2006 ⁵	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 39,2	- 1,7
2007 ⁵	3,5	- 5,8	9,3	0,1	- 0,2	0,4	1,5	0,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2008.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,8	- 3,4	- 1,6	0,0	- 0,5	- 0,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,6
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 5,6	- 7,4	- 5,1	- 2,6	- 2,8	- 2,0	- 2,0
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,2	- 0,3	1,0	1,8	2,2	0,6	0,0
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 2,9	- 2,4	- 2,7	- 2,9	- 3,0
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,7	0,4	1,4	1,6	3,0	0,3	- 1,4	- 1,7
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 3,4	- 1,9	- 2,3	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,5	- 4,1	- 2,4	- 1,2	3,3	1,7	1,8
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,5	- 1,2	- 0,1	1,3	2,9	2,4	2,3
Malta	-	-	-	- 4,2	- 6,2	- 9,8	- 4,6	- 3,0	- 2,5	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,7	- 0,3	0,5	0,4	1,4	1,8
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,7	- 2,1	- 1,4	- 3,7	- 1,5	- 1,5	- 0,5	- 0,7	- 0,6
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 2,6	- 2,2	- 2,6
Slowenien	-	-	-	- 8,5	- 3,8	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,1	- 0,6	- 0,6
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,6	2,4	2,9	4,1	5,3	4,9	4,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,9	- 2,5	- 1,3	- 0,6	- 1,0	- 1,1
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	0,0	1,4	1,8	3,0	3,4	3,2	3,2
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	0,0	1,9	5,0	4,8	4,4	3,9	2,9
Estland	-	-	-	1,1	- 0,2	1,8	1,6	1,8	3,4	2,8	0,4	- 0,7
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,2	0,0	- 1,1	- 2,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,5	- 1,2	- 1,7	- 1,5
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,0	- 2,5	- 2,6
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 2,5	- 2,9	- 3,7
Schweden	-	-	-	- 7,4	3,7	- 0,9	0,8	2,2	2,3	3,5	2,7	2,3
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,2	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,6	- 2,2	- 2,0	- 2,3
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 3,0	- 3,6	- 2,7	- 1,6	- 1,4	- 1,1
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 5,5	- 4,0	- 3,6
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,3	- 3,4	- 3,4	- 2,6	- 2,9	- 3,3	- 3,3
EU-27	-	-	-	-	0,6	- 3,1	- 2,8	- 2,5	- 1,4	- 0,9	- 1,2	- 1,3
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,4	- 3,6	- 2,6	- 3,0	- 5,0	- 5,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,7	- 1,4	- 1,6	- 1,9	- 2,7

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Stand: April 2008.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0	63,1	61,6
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	98,6	94,2	92,1	88,2	84,9	81,9	79,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	97,9	98,6	98,0	95,3	94,5	92,4	90,2
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,0	39,7	36,2	35,3	35,2
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	62,9	64,9	66,4	63,6	64,2	64,4	65,1
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	31,1	29,5	27,4	25,1	25,4	26,9	28,8
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	105,8	106,5	104,0	103,2	102,6
Zypern	-	-	-	-	58,8	68,9	70,2	69,1	64,8	59,8	47,3	43,2
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,3	6,1	6,6	6,8	7,4	7,6
Malta	-	-	-	-	55,9	69,3	72,6	70,4	64,2	62,6	60,6	58,8
Niederlande	45,8	70,1	76,8	76,1	53,8	52,0	52,4	52,3	47,9	45,4	42,4	39,0
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,5	61,8	59,1	57,7	56,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,9	58,3	63,6	64,7	63,6	64,1	64,3
Slowenien	-	-	-	-	27,2	27,9	27,6	27,5	27,2	24,1	23,4	22,5
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,3	39,2	35,4	31,9	29,1
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,3	69,2	69,1	69,6	70,2	68,5	66,4	65,2	64,3
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	45,9	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	10,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	43,8	36,4	30,4	26,0	21,7	18,4
Estland	-	-	-	9,0	5,2	5,5	5,1	4,5	4,2	3,4	3,4	3,5
Lettland	-	-	-	-	12,3	14,6	14,9	12,4	10,7	9,7	10,0	11,2
Litauen	-	-	-	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	17,3	17,0	16,8
Polen	-	-	-	-	36,8	47,1	45,7	47,1	47,6	45,2	44,5	44,1
Rumänien	-	-	-	-	24,7	21,5	18,8	15,8	12,4	13,0	13,6	14,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	52,3	51,2	50,9	45,9	40,6	35,5	31,9
Slowakei	-	-	-	22,2	50,4	42,4	41,4	34,2	30,4	29,4	29,2	29,7
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	30,1	30,4	29,7	29,4	28,7	28,1	27,2
Ungarn	-	-	-	85,1	54,3	58,0	59,4	61,6	65,6	66,0	66,5	65,7
Vereinigtes Königreich	52,3	51,7	33,3	50,7	41,0	38,7	40,4	42,1	43,1	43,8	45,6	48,2
EU-27	-	-	-	-	61,7	61,7	62,1	62,6	61,3	58,7	58,9	58,4
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,3	62,3	62,8	62,3	62,5	65,6	69,8
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	159,5	167,1	177,3	179,7	180,7	182,8	185,5

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Stand: April 2008.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,7	20,9	22,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	34,8	35,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	46,9	45,4	43,9	43,3	43,0
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,7	48,4	48,8	49,0	49,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,4	47,5	47,4
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,6	52,5	52,5
Griechenland	–	–	45,8	46,6	46,6	43,0	42,0	43,1	42,4	42,4
Irland	–	53,2	42,8	41,1	31,6	33,8	34,2	36,4	38,1	38,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,0	48,8	48,5	48,7	48,7
Luxemburg	–	–	37,7	39,7	37,6	41,8	38,6	37,5	38,8	39,4
Malta	–	–	–	39,7	41,0	45,0	43,9	42,5	42,5	41,8
Niederlande	55,8	57,5	54,9	51,6	44,2	45,2	46,1	45,9	45,9	45,7
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,0	51,3	49,6	49,1	48,0	47,7	47,5
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,7	45,9
Slowenien	–	–	–	53,3	47,5	46,0	45,3	43,3	43,3	42,5
Spanien	–	–	–	44,4	39,1	38,5	38,6	38,8	39,7	40,2
Euroraum	–	–	–	–	37,0	43,6	43,6	43,9	43,9	43,8
Bulgarien	–	–	–	–	46,2	47,4	46,8	46,3	46,2	46,2
Dänemark	–	–	–	–	–	39,2	36,4	37,8	37,7	37,7
Estland	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,6	51,0	50,8
Lettland	–	–	–	41,4	36,5	33,5	33,0	33,7	36,1	36,5
Litauen	–	–	31,6	38,9	37,3	35,6	37,9	38,0	38,2	38,5
Polen	–	–	–	35,7	39,1	33,6	33,9	35,6	36,4	36,7
Rumänien	–	–	–	47,7	41,1	43,3	43,8	42,4	42,6	42,3
Schweden	–	–	–	–	48,4	33,5	35,3	36,9	38,5	39,9
Slowakei	–	–	–	65,2	55,6	55,0	54,2	52,5	52,8	52,6
Tschechien	–	–	–	48,4	50,7	38,1	37,2	36,9	36,3	36,1
Ungarn	–	–	–	54,5	41,8	44,9	43,6	42,4	42,2	41,8
Vereinigtes Königreich	–	–	–	–	46,5	49,9	51,9	50,1	49,1	48,4
Zypern	47,2	48,7	41,1	43,9	36,8	44,0	43,8	43,6	44,1	44,3
EU-27	–	–	–	–	–	46,8	46,3	45,8	45,8	45,8
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,7	35,6	36,8	37,9
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	40,6	40,4	37,9	38,2	38,7	40,0

¹ 1980–1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2008.

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 ¹				EU-Haushalt 2008 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
Gesamtbetrag	126 383,2	100,0	113 845,8	100,0	129 149,7	100,6	120 346,8	100,0

¹ = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

² = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

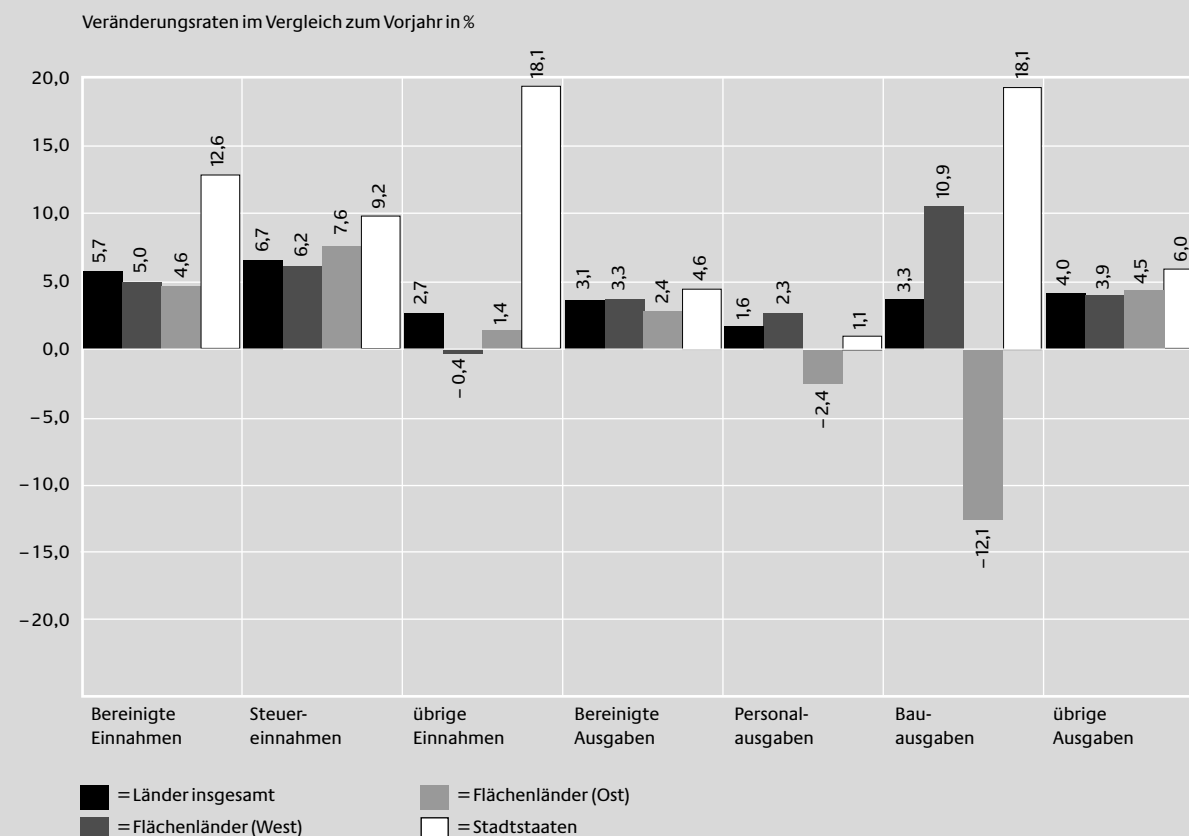
Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	5,7 0,0	15,4 –	3 109,6 0,0	6 734,1 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	7,3 2,0	10,3 –	498,8 4,7	760,0 0,0
5. Verwaltung	4,4	4,4	306,0	306,7
6. Ausgleichszahlungen	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
Gesamtbetrag	2,2	5,7	2 766,5	6 500,9

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	185 454	95 810	52 358	26 476	33 903	18 364	265 449	137 255
darunter:								
Steuereinnahmen	151 937	78 694	27 422	14 102	20 722	11 067	200 082	103 863
übrige Einnahmen	33 517	17 117	24 936	12 375	13 181	7 297	65 367	33 393
Bereinigte Ausgaben	191 110	95 098	52 373	24 457	34 873	17 858	272 090	134 017
darunter:								
Personalausgaben	73 854	37 737	12 335	5 902	10 911	5 540	97 099	49 179
Bauausgaben	2 616	835	1 644	471	716	202	4 976	1 508
übrige Ausgaben	114 640	56 525	38 395	18 084	23 246	12 117	170 015	83 330
Finanzierungssaldo	- 5 654	713	- 15	2 019	- 964	506	- 6 633	3 238

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2008



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juni 2007			Mai 2008			Juni 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
		in Mio. €								
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	119 996	129 819⁵	241 918⁵	103 037	107 861	204 258	126 469	137 255	256 129
111	darunter: Steuereinnahmen	106 990	97 317 ⁵	204 307 ⁵	88 518	82 672	171 190	111 142	103 863	215 005
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	116 340 ³	27 695	144 035	82 420 ³	25 756	108 176	106 491 ³	29 025	135 516
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	134 628	129 964	256 695	119 379	109 976	222 715	139 634	134 017	266 056
122	Bauausgaben	13 308	48 413	61 721	11 212	41 201	52 413	13 605	49 179	62 784
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 784	1 461	3 245	1 465	1 168	2 632	1 972	1 508	3 480
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	–	155	155	–	–51	–51	–	–65	–65
		103 328	37 560	140 888	90 034	38 062	128 096	112 480	41 372	153 852
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–14 631	–145⁵	–14 776⁵	–16 342	–2 116	–18 457	–13 165	3 238	–9 927
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	14 059	–9 921	4 137	–6 625	–11 724	–18 349	–4 994	–11 964	–16 958
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	535	535	–	1 399	1 399	–	715	715
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	165	165	–	1 220	1 220	–	1 903	1 903
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	573	10 726 ⁵	11 299 ⁵	9 804	14 568	24 371	8 112	16 971	25 083
32	Vorschüsse	–	12 694	12 694	–	22 871	22 871	–	29 593	29 593
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	9 654	9 654	–	12 940	12 940	–	12 812	12 812
34	Saldo (31–32+33)	573	7 686 ⁵	8 259 ⁵	9 804	4 637	14 441	8 112	190	8 302
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	–1 681	–1 681	–13 163	–6 583	–19 746	–10 047	–5 918	–15 964
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0	1 223	1 223	13 163	3 840	17 003	10 047	3 889	13 936
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	1 165	1 165	–	763	763	–	325	325
56	Zusammen	0	2 388	2 388	13 163	4 603	17 766	10 047	4 214	14 261
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	708	708	0	–1 980	–1 980	0	–1 704	–1 703
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	1 235	1 235	–	1 843	1 843	–	2 109	2 109
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	3 376	3 376	–	3 489	3 489	–	3 567	3 567

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung Juni 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	17 997,5	20 478,1	4 927,0	10 388,1	3 468,3	10 933,3	25 092,9	6 201,8	1 332,8
111	darunter: Steuereinnahmen	14 128,1	17 107,4	2 661,4	8 777,7	1 784,9	8 453,0	21 337,7	4 732,5	1 101,9
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	301,1	–	260,5	166,8	80,0	132,2	46,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 326,1	953,1	1 347,0	233,4	290,7	2 020,3	5 758,4	2 830,5	703,8
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	17 354,6	18 738,7	4 846,8	10 390,1	3 298,6	11 289,5	25 163,7	6 584,7	1 678,7
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	7 303,7	8 373,1	1 087,9	3 520,7	735,7	4 423,6 ³	9 084,4 ³	2 628,6	690,0
122	Bausgaben	138,0	356,6	11,6	161,1	66,8	61,5	38,8	15,4	19,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 016,6	1 598,3	–	1 435,8	–	–	–235,6	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 382,6	2 132,2	1 534,7	2 347,9	843,5	3 825,4	9 161,2	3 649,3	647,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	642,9	1 739,4	80,2	–2,0	169,7	–356,2	–70,8	–382,9	–345,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	918,5	–1 005,9	86,4	–2 260,9	–528,4	–1 780,9	–3 440,3	–803,3	56,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	863,3	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4 100,0	2 002,7	588,3	1 293,7	264,1	117,7	2 339,7	1 507,1	169,3
32	Vorschüsse	7 183,9	8 785,9	1 291,7	238,2	0,7	608,7	133,7	1 170,0	21,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	342,0	5 186,3	–	896,9	327,1	1 824,7	598,7	1,6	11,7
34	Saldo (31–32+33)	–2 741,9	–1 596,9	–703,4	1 952,4	590,5	1 333,7	2 804,8	338,8	159,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–108,9	0,0	–536,8	–310,4	231,8	–803,4	–706,3	–847,4	–130,4
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	289,1	41,8	–	345,0	1 848,0	847,8	148,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	300,0	–	25,0	–	–	–
56	Zusammen	–	–	289,1	341,8	–	370,0	1 848,0	847,8	148,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–108,9	0,0	–247,7	31,4	231,8	–433,4	1 141,7	0,4	17,6
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	1 388,9	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 824,7	564,3	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Juli-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommenen Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2008.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	8 486,2	4 843,4	3 870,0	4 751,5	10 927,0	1 822,7	5 699,8	137 255,1
111	darunter: Steuereinnahmen	4 624,0	2 528,7	3 055,2	2 502,7	5 225,9	1 145,4	4 696,1	103 862,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	553,3	304,4	59,1	316,5	1 471,6	273,8	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–403,2	3 942,1	1 013,2	626,6	3 143,4	834,1	–594,4	29 025,1
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	6 992,3	4 892,6	4 382,0	4 426,7	10 404,7	2 098,4	5 440,5	134 017,3
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	2 011,3	1 045,9	1 713,2	1 021,1	3 338,9	651,4	1 549,5	49 179,0
122	Baus Ausgaben	264,4	60,4	44,5	68,1	47,7	30,5	123,7	1 508,4
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	85,3	–64,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 770,0	2 616,5	891,9	1 089,1	4 703,2	777,5	–	41 372,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 493,9	–49,2	–512,0	324,8	522,3	–275,7	259,3	3 237,8
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–2 174,6	1 352,6	150,2	–466,2	–1 559,6	76,4	–583,7	–11 963,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	715,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	–	–	–	–	–	–	1 902,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	423,6	3 039,6	0,0	–6,7	484,8	57,7	589,7	16 971,3
32	Vorschüsse	2 530,5	4 456,5	0,0	8,9	–	–24,3	3 187,4	29 593,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 033,7	69,5	0,0	206,5	381,3	211,7	719,9	12 811,6
34	Saldo (31–32+33)	–73,2	–1 347,4	0,0 ⁵	190,9	866,1	293,7	–1 877,8	189,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–70,7	–43,9	–361,8	49,5	–171,2	94,4	–2 202,2	–5 917,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	–	180,0	–9,5	199,0	3 889,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	325,0
56	Zusammen	–	–	–	–	180,0	–9,5	199,0	4 214,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–70,7	–43,9	–361,8	49,5	8,8	84,9	–2 003,2	–1 703,5
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁶	–	–	–	–	–	–	719,9	2 108,8
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	381,3	76,8	719,9	3 567,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Juli-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2008.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
					Veränderung in % p. a.			in %	
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	2,9	2,2	2,4	18,0
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,7	18,5
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,0	1,2	17,9

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2008.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,7	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	1,5	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,6	- 1,1
2007	4,4	1,8	0,6	1,7	1,7	2,3	0,2
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,1	- 0,3	1,3	1,6	1,6	- 0,2

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2008.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2007	8,2	4,6	169,84	167,66	46,7	39,7	7,0	6,9
2002/1997	7,8	5,9	35,9	- 4,6	31,6	29,8	1,7	- 0,3
2007/2002	8,1	7,6	117,4	97,4	40,4	35,2	5,2	4,3

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2008.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1,5
2007	4,1	6,6	2,9	64,8	66,4	1,5	- 0,6
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	0,9	68,0	69,3	0,9	- 0,7

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2008.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,1	0,8	2,9	2,5	1,8	1,5
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	1,7	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,8	4,2	4,0	3,4	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	2,2	1,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	1,6	1,4
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	4,5	4,4	6,0	5,7	5,3	2,3	3,2
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,5	0,6	1,8	1,5	0,5	0,8
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	4,2	3,9	4,0	4,4	3,7	3,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,1	3,6	3,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,2	3,4	3,4	3,8	2,6	2,5
Niederlande	2,7	4,2	3,1	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	3,5	2,6	1,8
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,4	2,2	1,8
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,8	1,5	0,9	1,3	1,9	1,7	1,6
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,1	4,2	3,8
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,8	4,9	4,4	2,8	2,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,8	0,8	2,1	1,6	2,8	2,6	1,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,3	6,2	5,8	5,6
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,3	2,5	3,9	1,8	1,3	1,1
Estland	-	-	4,5	9,6	7,2	8,3	10,2	11,2	7,1	2,7	4,3
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	12,2	10,3	3,8	2,5
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,8	6,1	3,7
Polen	-	-	7,0	4,3	3,9	5,3	3,6	6,2	6,5	5,3	5,0
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,2	7,9	6,0	6,2	5,1
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	1,9	4,1	3,3	4,1	2,6	2,2	1,8
Slowakei	-	-	5,8	1,4	4,8	5,2	6,6	8,5	10,4	7,0	6,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	6,5	4,7	5,0
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	1,3	1,9	3,2
Vereinigtes Königreich	3,5	0,8	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,9	3,0	1,7	1,6
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,9	3,1	2,8	2,0	1,8
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,4	2,0	1,2	1,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,2	0,9	0,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Stand: April 2008.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	1,0	1,8	1,9	1,8	2,3	2,9	1,8
Belgien	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	3,6	2,3
Griechenland	3,4	3,0	3,5	3,3	3,0	3,7	3,6
Spanien	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	3,8	2,6
Frankreich	2,2	2,3	1,9	1,9	1,6	3,0	2,0
Irland	4,0	2,3	2,2	2,7	2,9	3,3	2,4
Italien	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0	3,0	2,2
Zypern	4,0	1,9	2,0	2,2	2,2	3,8	2,5
Luxemburg	2,5	3,2	3,8	3,0	2,7	4,2	2,5
Malta	1,9	2,7	2,5	2,6	0,7	3,4	2,2
Niederlande	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,7	2,9
Österreich	1,3	2,0	2,1	1,7	2,2	3,0	1,9
Portugal	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,8	2,3
Slowenien	5,7	3,7	2,5	2,5	3,8	5,4	3,3
Finnland	1,3	0,1	0,8	1,3	1,6	3,4	2,3
Euroraum	1,9	2,1	2,2	2,2	2,1	3,2	2,2
Bulgarien	2,3	6,1	6,0	7,4	7,6	9,9	5,9
Dänemark	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	3,3	2,3
Estland	1,4	3,0	4,1	4,4	6,7	9,5	5,1
Lettland	2,9	6,2	6,9	6,6	10,1	15,8	8,5
Litauen	– 1,1	1,2	2,7	3,8	5,8	10,1	7,2
Polen	0,7	3,6	2,2	1,3	2,6	4,3	3,4
Schweden	2,3	1,0	0,8	1,5	1,7	2,4	1,9
Slowakei	8,4	7,5	2,8	4,3	1,9	3,8	3,2
Tschechien	– 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	6,2	2,7
Ungarn	4,7	6,8	3,5	4,0	7,9	6,3	3,7
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,8	2,2
EU-27	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	3,6	2,4
Japan	– 0,3	0,0	– 0,3	0,3	0,1	0,7	0,6
USA	2,3	2,7	3,4	3,2	2,8	3,6	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Stand: April 2008.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,3	9,7	10,7	9,8	8,4	7,3	7,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,3	7,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,3	8,3	8,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	9,3	10,6
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	8,0	8,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,6	5,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,1	6,0	5,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	3,9	3,7	3,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5	4,4
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,4	6,3	6,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,9	2,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,4	4,2	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,1	3,9	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	7,9	7,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,8	4,7	4,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,9	6,3	6,1
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	8,6	8,8	8,8	8,2	7,4	7,2	7,3
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	6,9	6,0	5,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,7	3,1	3,2
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,7	6,0	6,0
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,0	6,4	6,9
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,3	4,5	4,8
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,6	7,1	6,1
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	6,4	6,1	5,9
Schweden	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,1	9,8	9,3
Slowakei	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	6,5
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,3	4,5	4,4
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,4	8,3	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,5	4,9	4,7	4,8	5,3	5,2	5,4	5,7
EU-27	–	–	–	8,7	8,9	9,0	8,9	8,1	7,1	6,8	6,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,4	6,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Stand: April 2008.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,2	8,5	7,0 ↓	6,5 ↓	9,5	9,7 ↓	13,1↑	9,5↑	7,5	4,5 ↓	4,8↑	2,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	6,8 ↓	6,3 ↓	9,7	9,0	11,4↑	8,4	9,5	5,9	5,8↑	2,9↑
Ukraine	7,1	7,3	5,6	4,2 ↓	9,0	12,8	21,9↑	15,7↑	-1,5	-4,2 ↓	-7,6 ↓	-9,7 ↓
Asien	8,9	9,1↑	7,5 ↓	7,8 ↓	3,7	4,8	5,5↑	3,9 ↓	5,7	6,5 ↓	5,3 ↓	5,2 ↓
darunter												
China	11,1	11,4	9,3 ↓	9,5 ↓	1,5	4,8	5,9↑	3,6 ↓	9,4	11,1	9,8 ↓	10,0 ↓
Indien	9,7 ↓	9,2 ↑	7,9 ↓	8,0 ↓	6,2	6,4	5,2↑	4,0 ↑	-1,1↑	-1,8 ↓	-3,1 ↓	-3,4 ↓
Indonesien	5,5	6,3	6,1	6,3 ↓	13,1	6,4	7,1 ↑	5,9	3,0↑	2,5 ↑	1,8↑	1,2↑
Korea	5,1 ↑	5,0 ↑	4,2 ↓	4,4 ↓	2,2	2,5	3,4↑	2,9↑	0,6	0,6	-1,0 ↓	-0,9 ↓
Thailand	5,1	4,8 ↑	5,3↑	5,6↑	4,6	2,2	3,5	2,5	1,1 ↓	6,1↑	3,4↑	1,3 ↓
Lateinamerika	5,5	5,6	4,4↑	3,6 ↓	5,3	5,4	6,6↑	6,1↑	1,5	0,5 ↑	-0,3 ↑	-0,9
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	7,0↑	4,5	10,9	8,8	9,2	9,1	2,5	1,1↑	0,4↑	-0,5↑
Brasilien	3,8	5,4 ↑	4,8↑	3,7 ↓	4,2	3,6	4,8	4,3	1,3	0,3	-0,7 ↓	-0,9 ↓
Chile	4,0	5,0	4,5 ↓	4,5 ↓	3,4	4,4	6,6↑	3,6↑	3,6	3,7 ↓	-0,5 ↓	-1,3 ↓
Mexiko	4,8	3,3	2,0 ↓	2,3 ↓	3,6	4,0	3,8 ↓	3,2 ↓	-0,3	-0,8	-1,0 ↑	-1,6 ↑
Venezuela	10,3	8,4	5,8	3,5	13,7	18,7	25,7 ↑	31,0↑	14,7	9,8 ↑	7,2 ↑	5,0 ↑
Sonstige												
Türkei	6,9 ↑	5,0 ↑	4,0 ↓	4,3 ↓	9,6	8,8	7,5↑	4,5 ↓	-6,1↑	-5,7↑	-6,7↑	-6,3 ↑
Südafrika	5,4	5,1 ↑	3,8 ↓	3,9 ↓	4,7	7,1	8,7↑	5,9	-6,5	-7,3 ↑	-7,7 ↓	-7,9 ↓

¹ Prognosen des IWF [↑/↓= aktuelle Prognose ggü. der vorigen (Oktober 2007) angehoben/gesenkt].
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2008.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 14. August 2008)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 14.8.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dow Jones	11 616	13 265	– 12,43	10 963	13 058
Eurostoxx 50	2 902	3 684	– 21,22	2 711	3 635
Dax	6 442	8 067	– 20,14	6 082	7 949
CAC 40	4 421	5 614	– 21,25	4 061	5 550
Nikkei	12 957	15 308	– 15,36	11 788	14 691

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 14.8.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2008	Hoch 2008
			in %		
USA	3,90	4,03	–	3,31	4,26
Bund	4,20	4,36	0,31	3,69	4,67
Japan	1,44	1,50	– 2,46	1,25	1,88
Brasilien	13,95	13,23	10,05	12,37	15,16

Währungen

	Aktuell 14.8.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dollar/Euro	1,48	1,46	1,49	1,44	1,60
Yen/Dollar	109,77	111,38	– 1,45	97,44	111,62
Yen/Euro	162,55	162,49	0,04	153,22	169,56
Pfund/Euro	0,79	0,74	7,82	0,73	0,81



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, AUGUST 2008

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

KÖLLEN DRUCK + VERLAG GMBH, BERLIN/BONN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.